

# Preußische Allgemeine



Nr. 25 · 21. Juni 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

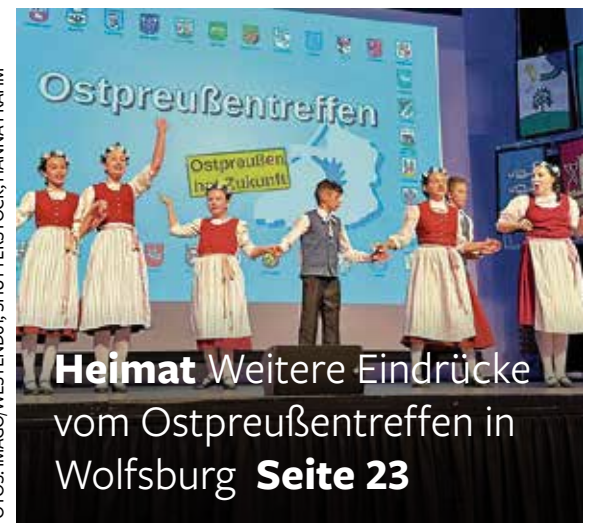


## Offensichtliches Scheitern

Vor allem in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wollte die Ampel „mehr Fortschritt wagen“. Auf beiden Gebieten entpuppt sich ihr Vorgehen immer deutlicher als Irrweg **Seiten 1, 3 und 24**



**Datenschutz** Neueste Spionage-Software auf Mobiltelefonen **Seite 12**



**Heimat** Weitere Eindrücke vom Ostpreußentreffen in Wolfsburg **Seite 23**

VON WERNER J. PATZELT

POLITIK

## Das deutsche Staatsschiff gerät in gefährliche Gewässer

Anstatt sich den Gründen einer tiefen Unzufriedenheit im Volk zu widmen, setzen die etablierten Parteien weiter auf Delegitimierung der Proteststimmung

Demokratie versteht man am besten als die Ausgestaltung eines Staates, bei der die Regierenden nicht allzu weit – oder nicht allzu lange – von dem abweichen können, was die Regierten hinzunehmen bereit sind. Wo eine parlamentarische Demokratie vorhanden ist, sind die wichtigsten Anzeichen für Defizite bei deren Funktionieren das Aufkommen, die Verfestigung und der mehrfache Wahlsieg einer Protestpartei. Die richtige Reaktion der Regierenden wäre der Versuch, die Motive der Protestierenden zu verstehen, die eigene Politik nötigenfalls zu korrigieren oder auch das Streitgespräch mit den Aufbegehrenden zu suchen.

Alles davon hat Deutschlands Politiker-, Journalisten- und Akademikerkreis leider falsch gemacht, seit sich in Gestalt der PEGIDA-Demonstrationen vor etwa zehn Jahren anhaltender Protest von rechts zu entfalten begann. Mehr und mehr Leute bekundeten damals ihre Sorgen über die zunehmende Zuwanderung von insbesondere Muslimen nach Deutschland. Die Reaktion in Politik, Medien und Universitäten war fast ausnahmslos so: Für derlei Sorgen gäbe es keinen sachlichen Grund; also zeugten sie von Rassismus – und gegen den habe man sich unbedingt zu wehren. Und zwar so: weghören, Verstehensversuche ablehnen, ausgrenzen.

Auch als die AfD so gut wie alle PEGIDA-Themen aufgriff, veränderte sich jenes Reaktionsmuster nicht. Und da man in der Wahlkabine niemanden durch öffentliche Beschämungsversuche zum Verbergen seiner Meinung bewegen kann, eilte die AfD von Wahlerfolg zu Wahlerfolg. Doch auch weiterhin wurden jene Gesellschaftsprobleme, die zu den Erfolgen der AfD führten, als rein eingebildet hingestellt, obwohl sie von vielen Bürgern im Alltag erlebt, anderswo beobachtet oder als bald das eigene Leben zum Schlechteren verändernd befürchtet wurden.

Nie aber reagierte Deutschlands Politiker-, Journalisten- und Akademikerkreis konstruktiv auf jene wachsende Zahl besorgter Bürger, die sich von den bislang regierenden Parteien abwandten und zu AfD-Wählern wurden. Allenfalls die CDU setzte zuletzt in ihrem neuen Programm vorsichtige Neuakzente. Doch die gelten vielen Linksrünen weiterhin als Futter für die AfD – gerade so, als wäre nicht die Politik Angela Merkels selbst eine wichtige Ursache des Aufkommens und Erfolgs der AfD gewesen.

### Die Schwäche der Etablierten

Den SPD-Granden fällt gleich gar nichts anderes mehr ein, als die AfD mit Stumpf und Stiel zur Partei mit „gesichertem Rechtsextremismus“ zu erklären. Anscheinend hofft die deutsche Linke weiterhin auf ein Wunder der Art, irgendwie werde die mit solchen Zaubersprüchen belegte Partei schon verschwinden, oder sie werde irgendwann vom Verfassungsgericht verboten – obwohl man jahrelang gar kein Verbotverfahren vorbereitet, sondern immer nur faktisch folgenlose Diskussionen über ein AfD-Verbot geführt hat. Doch mit wie überzeugenden Gründen – und mit welchen Folgen – wird man in einer Demokratie die jetzt stärkste Partei im Osten der Republik verbieten können?

Fakt ist: Durch Gegen-PR und üble Nachrede löst man nicht jene Probleme, an denen sich Protest entzündet. Also wird

der Protest von Bauern und Handwerkern, von Facharbeitern und Spediteuren, auch aus den Reihen mittelständischer Unternehmen und seitens von deren Verbänden, gewiss nicht verstummen. Vielmehr wird er das weitere Wahlverhalten prägen. Und eine Union, die sich lieber in Anti-AfD-Koalitionen flüchtet als auf eine Rückeroberung der AfD-„Realos“ hinzuwirken, die ihre politische Heimat einst in der Union hatten, wird weder zur Lösung der nicht länger zu vertuschenden Probleme unseres Landes in der Lage sein noch zur Schaffung von Glaubwürdigkeit ihrer Behauptungen, sie könne wirklich Grundlegendes an unserer Migrations-, Energie-, Sozial- und Sicherheitspolitik ändern.

In dieser Lage wäre es hilfreich, auf rein symbolische AfD-Beschimpfungen ebenso zu verzichten wie auf jene quasi-religiösen Bittgänge namens „Demonstration gegen rechts“. Vielmehr sollten sich viele Politiker und Intellektuelle vor großem Publikum auf persönliche Streitgespräche mit AfD-Politikern einlassen. Denn falls AfD-Positionen wirklich so dumm und AfD-Politiker tatsächlich moralisch verkommene Neonazis sein sollten wie allseits behauptet, dann müsste sich das doch auch in harten Debatten mit Führungskräften jener Partei zeigen lassen.

Fehlt es wohl am Mut der selbsterklärten Anständigen unseres Landes, sich auf solche Streitgespräche tatsächlich einzulassen? Denn gewiss sind die viel unange-

nehmer als einvernehmliches „Fascho“-Beschimpfen im Kreis von Gleichgesinnten. Doch wie sollten wir jene einschätzen, die derlei Streitverweigerung unablässig praktizieren, damit schon jahrelang keinen Stich gegen die AfD gemacht haben, sich aber dennoch wie echte Kämpferaturen vorkommen? Oder empfinden AfD-Gegner eben doch oft genug, ihre Feindbilder würden den niederzuringenden politischen Gegner gar nicht sachgetreu wiedergeben?

Falls aber AfD-Gegner wirklich davon überzeugt sind, in Gestalt dieser Partei kehre der altböse Feind mit Oberlippenbart samt SA-Gejohle und SS-Schwadronen zurück: Wäre es dann nicht ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, endlich ein Verfahren zum Verbot der AfD vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten – statt davon stets nur raunend zu faseln?

Schöne Verteidiger unserer Demokratie sind es, die weiterhin einen solchen Kurs des Staatsschiffs halten wollen, der sich – ausweislich aller Umfrage- und Wahlergebnisse – nicht nur von den Wünschen, sondern auch von der Hinnahmefähigkeit der Regierten so weit entfernt. Im schlimmsten Fall werden in fünf, sechs Jahren dann wohl Parlamentsmehrheiten einer weiterhin Radikalitäts- und Demagogie-geneigten AfD zu nötigen Kurskorrekturen führen. Muss man unser Staatsschiff aber erst einmal in so gefährliche Gewässer führen oder treiben lassen?

IN DIESER AUSGABE

**Politik**  
Werden die Haushaltsprobleme zur Sollbruchstelle der Ampelkoalition?  
**Seite 4**

**Kultur**  
Im Königsberg von heute entstand ein Film über das Berlin des Jahres 1989  
**Seite 9**

**Das Ostpreußenblatt**  
Eine Lehrerin erfüllt sich den Traum von der Wiedergeburt eines jüdischen Theaters  
**Seite 13**

**Lebensstil**  
Auf Salpeter gebaut – Hamburgs Chilehaus wird 100 Jahre alt  
**Seite 21**



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt



**Eskalation** Ende Mai schalteten ukrainische Drohnen russische Radaranlagen aus. Was wie eine legitime Abwehrmaßnahme des angegriffenen Landes aussieht, hat das Potential, den Krieg auf eine neue Ebene zu heben

## Kiews Spiel mit dem ganz großen Feuer

Mit den Angriffen auf russische Radarstationen verliert Moskau einen bedeutenden Teil seiner atomaren Zweitschlagfähigkeit

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Einsatz russischer Atomwaffen gegen die Ukraine oder die NATO könnte ein deutliches Stück wahrscheinlicher geworden sein. Das resultiert aus zwei ukrainischen Drohnenangriffen auf russische Radarstationen vom Typ Woronesch (siehe unten). Die erste Attacke erfolgte in der Nacht vom 22. zum 23. Mai. Dabei wurden zwei Antennen in Armawir in der südrossischen Region Krasnodar beschädigt. Eine weitere Langstreckendrohne sollte die Radaranlage bei Orsk in der Oblast Orenburg südlich des Ural-Gebirges treffen, ging jedoch am 26. Mai auf einem Feld nieder, ohne nennenswerte Zerstörungen zu verursachen.

### Unklare Motivlage

Die beiden Radarstationen 1500 beziehungsweise 1800 Kilometer östlich der russisch-ukrainischen Grenze sind Teil des nuklearen Abwehrrschirms der Russischen Föderation. Sie haben die Aufgabe, ballistische Langstrecken-Raketen zu orten, die aus südwestlicher oder südöstlicher Richtung auf Russland zurasen – beispielsweise nach Abschüssen durch strategische Atom-U-Boote des Gegners im Atlantik oder Indischen Ozean. Die Angreifer können bereits über eine Distanz von 10.000 Kilometern erfasst werden. Aufgrund der Erdkrümmung sind die Woronesch-Anlagen aber außerstande, niedrig fliegende Kurz- oder Mittelstreckenraketen, Marschflugkörper, Bomber und Drohnen zu orten. Das gilt auch für die amerikanischen ATACMS- beziehungsweise HIMARS-Raketen, die an Kiew geliefert wurden.

Daher entspricht die ukrainische Behauptung, der Angriff auf die Stationen in Armawir und Orsk sei erfolgt, weil sie „Aktionen der ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte ... überwachen“, nicht der Wahrheit: Die attackierten Radargeräte besitzen keinerlei Bedeutung für die Kriegführung in der Ukraine. Das wirft die Frage nach den wahren Motiven für den Einsatz der Kamikaze-Drohnen

auf, wobei auch zu berücksichtigen ist, dass dieser ohne entsprechende Geheimdienstinformationen und Satellitenunterstützung seitens der NATO kaum möglich gewesen wäre.

Einige unabhängige US-Militärexperten wie Brandon Smith gehen davon aus, dass das Ganze eine Antwort auf die russischen Drohnen mit Atomschlägen sei: Moskau solle die Verletzlichkeit seiner eigenen nuklearen Abwehrsysteme exemplarisch vor Augen geführt werden. Darüber hinaus sieht der Professor für Strategische Studien an der schottischen University of St. Andrews, Phillips O'Brien, eine Botschaft Kiews an den Westen: „Die Ukraine ist überzeugt, dass es keine atomaren Angriffe Russlands geben wird“, und habe dies mit den bislang ja tatsächlich folgenlos gebliebenen Attacken unter Beweis

stellen wollen. Sollte dem so sein, würde Kiew allerdings sehr hoch pokern.

### Russlands atomare Achillesfersen

Denn durch die Beschädigung der Anlage in Armawir klafft nun eine große Lücke in der russischen Abwehrfront gegen nukleare Angriffe, welche ohnehin schon unter diversen blinden Flecken leidet. So fehlen immer noch etliche Radarstationen entlang der russischen Grenzen oder im befreundeten Ausland, weswegen zwei teilweise unüberwachte Angriffskorridore aus Richtung Atlantik und Pazifik existieren.

Gleichzeitig hat Russland es bis heute nicht vermocht, ein funktionierendes und flächendeckendes weltraumgestütztes Frühwarnsystem aufzubauen. Selbst die Beobachtung der Startplätze von Interkontinentalraketen auf dem US-Festland

kann nicht lückenlos erfolgen, weil dafür neun Satelliten nötig wären, von denen derzeit aber nur vier aktiv sind.

Vor diesem Hintergrund besteht die reale Gefahr, dass die ukrainische Attacke Moskau dazu veranlasst, gemäß der geltenden „Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation in Bezug auf die nukleare Abschreckung“ zu verfahren. In der am 2. Juni 2020 von Präsident Wladimir Putin erlassenen Anweisung Nr. 355 heißt es unter Punkt c) des Artikels 19: Zu den „Bedingungen, unter denen ein Einsatz von Atomwaffen durch die Russische Föderation möglich ist“, gehören „gegnerische Angriffe auf sensible Regierungs- und Militärstandorte der Russischen Föderation, deren Beeinträchtigung die Reaktion der Nuklearstreitkräfte untergraben würde“. Und das gilt definitiv auch

für die Drohnenattacken der Ukraine Ende Mai. Immerhin liegt die Vorwarnzeit beim Anflug ballistischer Atomraketen auf Moskau bis zur Wiederherstellung der Anlage in Armawir nun unter Umständen bei Null.

### Reaktionen in Moskau

Dementsprechend scharf fielen die russischen Reaktionen aus. Der stellvertretende Außenminister und Putin-Vertraute Sergej Rjabkow erinnerte „ausdrücklich“ an „die Möglichkeit des Ersteinsatzes von Atomwaffen“ durch Russland und warf den USA vor, sich „maximal unverantwortlich“ zu verhalten, weil Washington die Attacken der Ukraine auf das nukleare Verteidigungssystem Moskaus zulasse oder gar unterstütze. Noch deutlicher wurde der Vizepräsident des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew: „Ganz gleich, wie viele pensionierte NATO-Fürze darüber reden, dass Russland niemals taktische Atomwaffen gegen die ... Ukraine und noch weniger gegen einzelne NATO-Länder einsetzen würde, das Leben ist viel beängstigender als ihre leichtsinnigen Träumereien.“ Und der ehemalige russische Vertreter bei der NATO sowie frühere stellvertretende Ministerpräsident Russlands, Dmitrij Rogosin, setzte hinzu: Washington sei „nun zum Auftraggeber eines Verbrechens geworden, indem es einen unverantwortlichen Kriminellen angeheuert hat, zu versuchen, eine Anlage unseres Raketenwarnsystems, eines Schlüsselements der strategischen Nuklearstreitkräfte, zu beschädigen“.

Nach Berichten der „Washington Post“ soll das Weiße Haus „besorgt über die jüngsten Angriffe der Ukraine auf russische Radarsysteme“ sein, aber eine offizielle Reaktion blieb bisher aus. Stattdessen äußerten westliche Militärexperten wie der norwegische Marineoffizier Thord Are Iversen deutliche Kritik am Vorgehen Kiews: „Es gibt haufenweise Ziele in Russland, die man mit Drohnen angreifen kann. Und es gibt eine Handvoll Ziele, die man vermeidet.“ Dazu zählten ohne jeden Zweifel auch die Radaranlagen in Armawir und Orsk.



Soll Russland vor einem atomaren Angriff warnen: Das Frühwarnsystem „Woronesch“. Westliche Experten gehen davon aus, dass bis zu zehn derartige Anlagen über Russland verteilt sind – womit die Russen nun ein Fünftel ihrer Kapazitäten verloren hätten

### HINTERGRUND

## Russlands lückenhaftes Frühwarnsystem

Mit seinen Woronesch-Anlagen kann das Militär zwar weit um die Welt Lufträume aufklären – allerdings nicht aus dem All

Die in der Nacht vom 22. zum 23. Mai von einer Angriffsdrohne des ukrainischen Militärgeheimdienstes Holowne Upravlinnja Roswidky (HUR) getroffene Radarstation Armawir befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Militärflughafens Baranowski rund drei Kilometer südwestlich des Dorfes Glubokij im nördlichen Vorland des Kaukasus. Sie besitzt zwei 30 Meter hohe, nach Südosten beziehungsweise Südwesten ausgerichtete Antennen und ist Teil des Netzes von modernen Radaranlagen des Typs Woronesch, die dem Zweck dienen, im Anflug auf Russland befindliche feindliche ballistische Raketen mit oder ohne Atomsprenkopf zu erfassen.

Armawir ging 2015 in Betrieb und ersetzt seitdem drei ältere Frühwarnstationen. Die ersten beiden standen in Sewastopol auf der Krim sowie in Mukatschewo in der westukrainischen Oblast Transkar-

patien, während die dritte Anlage auf aserbaidjanischem Territorium errichtet worden war. Diese Station in Gabala nördlich der Grenze zum Iran musste Russland im Jahre 2012 nach Auslaufen des Pachtvertrages aufgeben.

### Radar statt Satelliten

Die Woronesch-Anlage in Armawir wurde von dem Rüstungsunternehmen NIIDAR entwickelt und durch die Firmen Spezstroj und Speztechmontasch errichtet, wobei sich die Gesamtkosten auf rund 4,3 Milliarden Rubel summierten. Das von den Weltraumstreitkräften der Russischen Föderation betriebene Radar arbeitet mit Dezimeterwellen. Es soll in der Lage sein, größere Ziele ab einer Entfernung von etwa 10.000 Kilometern zu lokalisieren und kleinere Objekte von der Größe eines Fußballs in bis zu 8000 Kilometern Abstand zu orten.

Neben den zwei Radarantennen von Armawir besitzt Russland noch mindestens sechs weitere Woronesch-Stationen zur Früherkennung von Raketenangriffen. Eine davon steht auf dem Gelände der Moschaiski-Militär-Weltraum-Akademie in Lechtussi bei Sankt Petersburg. Sie wurde 2012 in Dienst gestellt, um die 1998 demontierte Anlage im lettischen Skrunda zu ersetzen.

Die Woronesch-Station Nummer Drei arbeitet seit 2014 und gehört zu den russischen Militäranlagen auf dem ehemaligen Luftwaffenstützpunkt Dunjewa (Marienhof) bei Pionerskij, dem früheren Neukuhren, im Königsberger Gebiet.

### Keine Abdeckung der gesamten Landesfläche

Andere Radaranlagen vom Typ Woronesch befinden sich in der Nähe des süd-sibirischen Dorfes Mischeljowka in der

Das von den Weltraumstreitkräften betriebene Radar arbeitet mit Dezimeterwellen. Es soll in der Lage sein, größere Ziele ab etwa 10.000 Kilometern zu lokalisieren

Oblast Irkutsk, bei Jenissejsk in der Region Krasnojarsk, im Umfeld der Stadt Barnaul im Altai sowie in der Steppe bei Orsk in der Oblast Orenburg unweit der Grenze zu Kasachstan. Diese gingen allesamt zwischen 2015 und 2017 in Betrieb.

### Vom Polarkreis bis zur Krim

Vermutlich wurden seitdem auch noch die nördlich des Polarkreises liegenden Woronesch-Stationen von Workuta in der russischen Teilrepublik Komi und Olene-gorsk in der Oblast Murmansk fertiggestellt. Deren Aufgabe besteht darin, Raketen zu erfassen, welche über den Arktischen Ozean auf Russland zufliegen. Außerdem soll das veraltete Dnestr-Radar unweit von Sewastopol auf der Krim demnächst durch eine moderne Woronesch-Anlage ersetzt werden. Diese läge dann allerdings ebenfalls in Reichweite ukrainischer Kamikaze-Drohnen. W.K.



# Dasselbe in Grün

In der „Klimaneutralen Gesellschaft“ erlebt die sozialistische Planwirtschaft ihre Auferstehung. Doch auch sie wird scheitern – weil sie nicht auf eine freie marktwirtschaftliche Ordnung setzt, sondern auf staatliche Lenkung

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Diese Rede hatte es in sich. Als die am 17. April 2024 von Dr. Theodor Weimer auf einer Veranstaltung des Wirtschaftsbeirats Bayern gehaltene Ansprache zum Thema „Deutschland verbrennt seine alten Industrien“ Ende Mai auf YouTube hochgeladen wurde, dauerte es nicht lange, bis sie durch die Sozialen Medien rauschte und ihren Weg in die Medien fand.

Weimer ist Chef der Deutschen Börse, er spricht mit den Spitzen der in Dax und Tech-Dax gelisteten Unternehmen, mit ausländischen Investoren, auch mit der Bundesregierung, vor allem mit Olaf Scholz, Christian Lindner und Robert Habeck. Sein Resümee fällt nicht freundlich aus: „Ich hatte inzwischen mein 18. Treffen mit unserem Vizekanzler und Wirtschaftsminister Habeck hinter mir und ich kann Ihnen sagen, es ist eine schiere Katastrophe.“ Was der Börsenchef in seiner Rede darlegte, war die Meinung, die ausländische Investoren und auch die Chefs der deutschen Dax-Unternehmen von der deutschen Politik haben, aber nie öffentlich zu äußern wagen.

Weimers Appell zur Selbstbehauptung dagegen: „Wir müssen eine Private Economy werden, wo die Unternehmer wieder sagen, wir machen nicht mehr mit. Der Staat wird es nicht richten, ausländische Investoren ziehen sich zurück.“ Die deutschen Unternehmer, so der Börsen-Chef, sollten nicht länger wie das Kaninchen auf die Schlange nach Berlin starren, bis es gefressen wird, sondern sie sollten wieder selbstständig und unbeeindruckt von der Regierung entscheiden. Als Beispiel führte er die USA an, wo ihm die Unternehmer sagten, dass es ihnen egal sei, welcher alte Mann Präsident sei, denn „wir als Unternehmer führen das Land“.

Damit setzt Weimer einen Kontrapunkt zur „Government Economy“, also zu einer staatlich gelenkten Wirtschaft, in die insbesondere die Grünen und deren verantwortlicher Ressortminister Deutschland Schritt für Schritt verwandeln – mit fatalen Folgen.

## Märchen statt Wirtschaft

Die beiden Kernthemen der Wirtschaft, die letztlich über Erfolg und Wohlstand entscheiden, sind – Energie und Innovation. Von der Grundlagenindustrie wie Stahl- und Zementproduktion über KI bis hin zu Transport und Logistik ist für das Wirtschaftswachstum und für bezahlbare Preise, auch für private Nahrungsmittelkosten, die zuverlässige Verfügbarkeit von auch im internationalen Vergleich geringsten Energiekosten entscheidend.

Doch die Ampelregierung mit ihrem ideologietriebenen Wirtschaftsminister, der das Wirtschaftsministerium zum Märchenministerium umbaut, unternimmt das Gegenteil von dem, was wichtig und richtig ist. Sie stellt die Sicherheit der Energieversorgung in Frage, was zwar dramatisch, aber für die Öffentlichkeit noch nicht sichtbar ist, und sie sorgt für hohe Energiepreise. Wenn Habeck mit der frohen Botschaft durch die Lande zieht, dass die Energiepreise und die CO<sub>2</sub>-Emissionen gesunken seien, dann entspricht das nicht der Wahrheit, sondern folgt nur der Methode, mit der Wahrheit zu lügen. Selbst Habecks Freunde bei der „Agora Energiewende“ mussten eingestehen, dass die Emissionen sich nur deshalb verringert haben, weil die Industrieproduktion zurückgegangen ist. Die Unternehmen verlassen in Scharen Deutschland, weil die Energie zu teuer ist und ihre Produkte damit nicht mehr auf dem Weltmarkt konkurrieren können, sowie auch wegen der ausufernden Bürokratie, beispielsweise des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes.

Wohin die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen führt und unter welchen Voraussetzungen sie



Leitbild einer „Klimaneutralen Gesellschaft“: Eine Wirtschaft, die vollständig durch Erneuerbare Energien gesteuert wird

funktioniert, zeigen folgende Daten. Deutschland will bis 2045 die Emissionen auf Null reduzieren, fünf Jahre übrigens vor der gesamten EU. 2024 soll die Reduktion 88 Prozent betragen, 2030 65 Prozent. Von 1990 bis ins Jahr 2020, also in 30 Jahren, gelang eine Reduktion von 40 Prozent. Doch zum großen Teil glückte diese, weil die Industrie der DDR, die alten Dreckschleudern, abgeschaltet worden sind. Heißt, die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen, zu der sich die Bundesregierung verpflichtet hat, lässt sich nur durch De-Industrialisierung erreichen – und dahin sind wir auf dem besten Weg.

Im letzten Jahr befand sich Deutschland in einer Rezession, das Wirtschaftswachstum sank um 0,3 Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. Seit 2018 erlebt Deutschland einen Rückgang des verarbeitenden Gewerbes um 9,2 Prozent, während die Schweiz einen Anstieg um 19,7 Prozent, Österreich um 7,3 Prozent und die gesamte EU, obwohl Deutschland die Bilanz stark nach unten zieht, um immerhin noch um 3,6 Prozent vorweisen kann. Im gleichen Zeitraum geht die Produktion in der Automobilindustrie um 14 Prozent und in der chemischen Industrie sogar um 20 Prozent zurück. Das Einzige, was derweil anstieg, waren die Kosten für die Erneuerbaren Energien.

## Die Ursachen der hohen Energiekosten

Damit wären wir bei Habecks zweiter Lüge. Die Energiepreise sind nicht gefallen, der Endverbraucher zahlt nur weniger, weil die EEG-Umlage in den Staatshaushalt verlegt wurde. Der Strompreis lag in den Jahren 2014 bis 2022 bei 28,03 Cent bei einem Jahresverbrauch von 4000 Kilowattstunden (KWh). Im Jahr 2022 stieg der Preis aufgrund der energiepolitischen Geisterfahrt von Baerbock und Habeck rasant auf 43,02 Cent bei einem Jahresverbrauch von 4000 KWh.

Aktuell liegt der Strompreis bei 37,73 Cent, also immer noch höher als bis zum Jahr 2022, denn die Voraussetzung dafür, die Energiewende finanziell noch einigermaßen beherrschbar zu halten, findet sich im billigen Erdöl und Erdgas aus Russland. Noch im Jahr 2018 sagte Jürgen Trittin dem „Spiegel“: „Das Grundargument, man würde sich von den Russen abhängig machen, ist falsch. Pipelinegas führt zu einer gegenseitigen Abhän-

gigkeit, weil die Bindung zwischen Produzent und Konsument groß ist. Der Produzent ist sogar abhängiger, wenn der Konsument auch andere Quellen hat. Während Europa recht einfach auf Flüssiggas LNG aus den USA oder Katar wechseln könnte, kann Russland eben nicht so einfach den Abnehmer wechseln. Dafür müssten die ja eine neue Pipeline nach China bauen.“ Und: „Die Idee, der Russe würde aus Jux und Dollerei eben mal den Gashahn zudrehen, ist deshalb absurd: Der Kream würde sich vorsätzlich selbst schädigen. Das hat nicht einmal die Sowjetunion im Kalten Krieg getan.“ Stimmt, die Russen haben auch nicht den Gashahn zugezogen, sondern Baerbock und Habeck wollten nach Ausbruch des Ukrainekriegs kein russisches Erdöl und Erdgas mehr importieren – und dann hat noch ein „hilfreicher“ Geist die Nordstream-Pipelines gesprengt.

Wie fahrlässig die Bundesregierung mit der Zukunft der Wirtschaft und der Privatsache umgeht, zeigt folgende kleine Chronologie: Im Frühjahr 2023 wurden die letzten drei von ursprünglich 17 Atomkraftwerke abgeschaltet. Im Jahr 2024 erlässt die Bundesregierung mit dem Gebäudeenergiegesetz de facto ein Ölheizungsverbot. Im Jahr 2035 soll das Verbrenner-Aus komplett sein, der Kohleausstieg soll zwischen 2030 und 2038 erfolgen, Erdgasausstieg bis 2045, außerdem sollen 80 Prozent der Gasnetze „zurückgebaut“, also zerstört werden.

## Der grüne Elektrifizierungswahn

Stattdessen soll die grüne Elektrifizierung-Utopie auf der Basis von Wasserstoff und Erneuerbaren Energien Wirklichkeit werden. Hatte Lenin einst mit dem GOELRO-Plan verkündet, dass Kommunismus nichts anderes sei als Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes, so modernisieren die Grünen nun Lenin: Klimaneutrale Gesellschaft ist Herrschaft der Grünen plus Elektrifizierung des ganzen Landes.

Allerdings erreichen die Grünen dann doch nicht Lenins Qualität, denn zur Elektrifizierung nutzte die Sowjetmacht alle Erzeugungsarten von Strom, so auch die AKW, während die Grünen die geniale Idee verfolgen, den Strombedarf durch die Komplettelektrifizierung zu maximieren und zugleich die zu-

verlässigsten Quellen für die Stromgewinnung – Kernenergie, Kohleverstromung, später die Verstromung von Erdgas – versiegen zu lassen. Die Erhöhung des Bedarfs bei gleichzeitiger Verringerung des Angebots ist eine einmalige ökonomische Variante.

## Der lenkende Staat

Um diese Idee durchzusetzen, baut Habeck den Staat als zentrale Leitungs- und Planungsbehörde aus, die durch Subventionen und Interventionen auf der Angebotsseite die Wirtschaft in die grüne Ecke drängt sowie gleichzeitig auf der Nachfrageseite die Bürger und die Institutionen des Staates zwingt, die teuren grünen Produkte – etwa E-Autos statt preiswerter Verbrenner – zu kaufen.

Dadurch wird eine Staatswirtschaft als Subventionswirtschaft errichtet: Wenn die Umrüstung der Produktion auf die Herstellung von „Grünem Stahl“ teuer ist, dann fördert der Staat mit Milliardenbeträgen die Umrüstung. Wenn der produzierte Stahl wesentlich teurer auf dem Weltmarkt ist als der herkömmlich produzierte Stahl, dann übernimmt der Staat die Differenz von Weltmarktpreisen und Herstellungskosten und weist alle Behörden an, teuren „Grünen Stahl“ zu kaufen.

Die simple Wahrheit, dass Wirtschaft etwas erwirtschaften und nicht Steuergelder verwirtschaften soll, ist Habeck unbekannt. Bei seiner Vordenkerin, der italo-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlerin Marian Mazzucato, klingt das so: Der Staat „soll und kann die Richtung bestimmen, in der die Wirtschaft sich entwickelt“; er sollte als „Investor erster Instanz“ fungieren und Risiken übernehmen. Er kann und soll Märkte so gestalten, dass sie einen Zweck erfüllen. „Die Märkte werden freilich nicht von sich aus in eine grüne Richtung finden. Dem Staat fällt eine fundamentale Rolle dabei zu, für stabile, konsistente Investitionen zu sorgen, die sicherstellen, dass Regulierung und Innovation einen grünen Weg einschlagen, der das Problem des Klimawandels angeht.“

## Warum die Wirtschaft stillhält

Die Frage, weshalb sich die Konzerne zum Teil darauf einlassen, ist leicht beantwortet. Wenn Manager, also Angestellte, ihre Boni erhöhen können, weil sie die Produktion ihrer Unternehmen subventionieren lassen und das unternehmerische Risiko dem Staat überhelfen können, sich selbst weniger dem anstrengenden Wettbewerb unterziehen müssen, dann ist das für sie eine tolle Angelegenheit. Wenn etwa ein Energieversorger prächtig an der Abschaltung eines AKW verdient, das Geld in den USA investieren kann, dann bezahlt aufgrund der Habeckschen Wirtschaftspolitik der deutsche Steuerzahler die De-Industrialisierung. Manager, die mit fremdem Geld agieren, lieben nicht den Kapitalismus, sondern sie lieben das Geldverdienen – das wird zuweilen verwechselt und erklärt, weshalb der BDI, der die großen Konzerne vertritt, mit Habeck kuschelt. Man macht ein Geschäft zu Lasten Dritter – die deutschen Steuerzahler.

Der neue Treiber für den Wohlstand ist indes Technologie. Doch statt das zu begreifen, versinkt Deutschland geradezu in Technologiefindlichkeit. Für die Entwicklung neuer Technologien sind Investitionen erforderlich, nicht nur Staatsgelder, sondern vor allem privates Kapital. Doch die guten Investoren investieren nicht mehr in Deutschland. Aus Deutschland holt man nur Subventionen ab, das „stupid german money“. Und das war es dann.

● Dr. Klaus-Rüdiger Mai ist Schriftsteller, Dramaturg und Publizist. Zuletzt erschien „Die Kommunistin. Sahara Wagenknecht. Eine Frau zwischen Interessen und Mythen“ (Europa Verlag 2024).  
[www.europa-verlag.com](http://www.europa-verlag.com)



## MELDUNGEN

## FDP will mehr Resilienz

**Berlin** – Die beiden stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Konstantin Kuhle und Michael Georg Link haben die Einrichtung eines Zentrums für psychologische Verteidigung vorgeschlagen. Zur Begründung gab Kuhle an, Russland führe, „etwa durch Angriffe gegen kritische Infrastrukturen, durch finanzielle und politische Kooperationen mit rechtsextremen Parteien wie der AfD sowie durch gezielte Desinformation, eine Einflussoperation gegen Deutschland durch, um unsere Gesellschaft mübe zu machen und der Unterstützung für die Ukraine den Boden zu entziehen.“ Nach Ansicht der FDP-Politiker sollte das Zentrum alle erforderlichen Maßnahmen gegen Desinformationskampagnen bündeln und darüber hinaus bislang unbekannte psychologische Schwachstellen unserer Gesellschaft finden. W.K.

## Rückgang auf hohem Niveau

**Berlin** – In Deutschland wurden vergangenes Jahr 761 Gruppenvergewaltigungen registriert. Das ist ein minimaler Rückgang gegenüber 2022, als es mit 789 Fällen ein Allzeithoch gab. Die meisten Gruppenvergewaltigungen ereigneten sich 2023 in Berlin. Mit 111 angezeigten Delikten und einer Rate von 3,11 deliktartiger Verbrechen pro 100.000 Einwohner liegt die Bundeshauptstadt weit über dem deutschlandweiten Durchschnitt von 0,91. Hohe Raten meldeten neben Berlin auch Sachsen-Anhalt und Brandenburg mit 2,16 und 1,51. Am anderen Ende stehen Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern mit Raten von 0,09 und 0,19. 48 Prozent der Täter besaßen keine deutsche Staatsangehörigkeit bei einem Ausländeranteil im Lande von gut 16 Prozent. Die meisten nichtdeutschen Gruppenvergewaltiger waren Syrer. Danach folgten Afghanen, Iraker und Türken. W.K.

## Allzeithoch bei Drogentoten

**Berlin** – Wie aus dem Jahresbericht des Sucht- und Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Burkhard Bliener (SPD), hervorgeht, lag die Zahl der in der Bundesrepublik registrierten Drogentoten per anno im vergangenen Jahr so hoch wie nie zuvor. An illegalen Drogen starben mindestens 2227 Menschen. Das war ein Anstieg von rund zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahr. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Drogenopfer auf deutschem Boden mehr als verdoppelt. 1479 der Drogentoten starben 2023 durch den parallelen Konsum verschiedener Substanzen. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind groß. Trauriger Spitzenreiter in der Statistik war das bevölkerungsreichste Land, Nordrhein-Westfalen, mit 872 Todesfällen aufgrund von Drogenmissbrauch, gefolgt von Berlin mit 271 Toten. Am Ende der Rangliste stehen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit 20 beziehungsweise 16 Fällen. Bliener nannte die Bilanz des Jahres 2023 „extrem schmerzhaft“. W.K.

Sie bezeichnet die in seinem Ministerium angestellte Überlegungen zu einem Nachtragshaushalt als „Taschenspielertrick“, mit dem die Ampel für das kommende Jahr vorbauen wolle: Gitta Connemann, Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), sowie Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen und Bundesvorsitzender der FDP

Foto: pa/Annette Riedl



## HAUSHALTSPLANUNG 2025

## Nur ein Taschenspielertrick?

FDP-Ministeriumsplan für mehr Schulden ohne Lockerung der Schuldenbremse

VON HERMANN MÜLLER

Üblicherweise einigen sich der Bundesfinanzminister und seine Kabinettskollegen bereits im Frühjahr über die Eckpunkte des Haushalts des Folgejahres. In diesem Jahr indes ist die Bundesregierung mit der Haushaltsplanung spät dran. Entsprechend groß ist nun der Zeitdruck. Von Bundesfinanzminister Christian Lindner wird erwartet, dass er spätestens bis zum 3. Juli einen Haushaltsentwurf vorlegt. Geht alles gut, beschließt das Kabinett den Etat und übermittelt den Entwurf noch

ganz knapp vor der parlamentarischen Sommerpause an den Bundestag. Kommt zwischen SPD, Grünen und FDP bis zum Beginn der Sommerpause am 6. Juli keine Einigung zustande, muss unter noch größerem Zeitdruck im Herbst weiterverhandelt werden.

Schon jetzt birgt die starke Verzögerung der Haushaltsplanung bis hinein in den Sommer eine Gefahr für die Ampel: Details der Planung, etwa zu Kürzungen oder aber zu umstrittenen Ausgaben, werden von einigen Medien vermutlich gern aufgegriffen werden, um das nachrichtenarme Sommerloch zu füllen. Gleiches gilt für den Fall, dass die Ampel über

den Sommer ihren Streit um Geld in aller Öffentlichkeit weiterführt.

## „Sollbruchstelle der Koalition“

Das Potential für Zoff ist tatsächlich so groß, dass Kommentatoren mit Blick auf den Bundesetat 2025 auffällig oft von einer „Sollbruchstelle der Koalition“ oder vom „Platzen der Ampel“ reden. Die Marschrichtung, die bei der Finanzplanung des Bundes eingeschlagen werden muss, hatte der Finanzminister bereits im Frühjahr vorgegeben: „Es gibt keine Mehreinnahmen, die zu verteilen sind, sondern jetzt geht es um Konsolidierung.“ Laut einer Prognose der Steuer-

schätzer aus dem Mai wird der Staat im kommenden Jahr ungefähr 22 Milliarden Euro weniger Steuern einnehmen als geplant. Habecks Wirtschafts- und Klimaschutzministerium hat zudem mitgeteilt, dass die Zuschüsse des Bundes für Ökostrom neun Milliarden Euro höher sein werden, als bislang kalkuliert. Insgesamt diskutiert die Ampel über eine Finanzierungslücke von 30 Milliarden Euro, die über Einsparungen, Mehreinnahmen oder Schulden geschlossen werden muss.

Dessen ungeachtet haben das grüngeführte Auswärtige Amt sowie die SPDgeführten Ministerien für Inneres, Arbeit, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit entweder Kürzungen abgelehnt oder sogar Mehrbedarf angemeldet. Noch im vergangenen Monat sprach Lindner mit Blick auf diese Vorstellungen von „exorbitanten Wunschzetteln“, die „gewissermaßen für Weihnachten, Ostern und Geburtstag zusammen“ reichten.

## Gesichtswahrende Lösung

Mit ihrer Ablehnung eines Sparkurses haben SPD und Grüne möglicherweise mehr im Blick, als im Wahljahr 2025 die Wähler nicht zu verärgern. Die nicht zu den Einnahmen passenden Ausgabewünsche können auch als genereller Angriff der beiden Koalitionspartner auf die Schuldenbremse gesehen werden. SPD-Politiker haben wiederholt ein Aussetzen der Schuldenbremse und Steuererhöhungen gefordert, um den Bundeshaushalt 2025 zu finanzieren. Lindner bekräftigt wiederum, dass nach den enormen Corona-Schulden die Schuldenbremse ab diesem Jahr wieder greift. „Denn Schulden sind ja auch eine Belastung des zukünftigen Steuerzahlers in Form von Zinsen“, so Lindner.

Dessen ungeachtet wird im Finanzministerium über eine Möglichkeit nachgedacht, über eine zusätzliche Schuldenaufnahme in diesem Jahr den Streit über den Haushalt 2025 zumindest etwas zu entschärfen. Eine Gelegenheit dazu würde ein Nachtragshaushalt zum Haushalt 2024 bieten. Die bislang schlechte Wirtschaftsentwicklung erlaubt es nämlich ganz im Einklang mit der Schuldenbremse, die Kreditaufnahme des Bundes neu zu berechnen. Derzeit ist von einer Nettokreditaufnahme von bis zu elf Milliarden Euro die Rede, die der Bund noch in diesem Jahr zusätzlich aufnehmen kann. Gitta Connemann, Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), der ehemaligen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, kommentierte die Überlegungen zu einem Nachtragshaushalt bereits als „Taschenspielertrick“, mit dem die Ampel für das kommende Jahr vorbauen wolle.

## SACHSEN

## „Das erinnert fatal an die DDR“

Der Freistaat lässt Schüler weiterführender Schulen zu Familie und Politik befragen

Der Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN) ist dem CDU-geführten Innenministerium des Freistaates unterstellt und zeichnet unter anderem für die Landesstrategie „Prävention im Team“ (PIT) verantwortlich. Diese verfolgt das Ziel, „Kinder und Jugendliche in ihrer gesamten Persönlichkeit zu stärken“, damit sie in der Lage seien, „respektvoll und demokratisch zu handeln“. Dabei legt der Landespräventionsrat Wert darauf, „negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und ihnen möglichst frühzeitig entgegenzuwirken“.

Letzterem Zwecke dient nun auch eine Umfrage unter Schülern ab der Klasse 5 an allen weiterführenden Schulen der Landkreise Meißen und Zwickau sowie an einigen ausgewählten Schulen der übrigen Landkreise Sachsens durch

die INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung mit Sitz in Berlin. Im Rahmen dieser Erhebung mit 29 Fragenkomplexen auf 25 Seiten sollen sogenannte „Risiko- und Schutzfaktorenprofile“ erstellt werden – und zwar ausdrücklich unter Einbezug der „Kontexte Familie, Schule, Peer Group und Wohnumfeld/Nachbarschaft“. Was das konkret bedeutet, zeigen die Fragen.

So will man von den Schülern wissen, ob es zu Hause „oft zu einem schlimmen Streit“ komme oder ein Familienmitglied „irgendwann mal wegen krimineller Delikte im Gefängnis gesessen“ habe. Ebenso werden die teilweise erst zehn Jahre alten Kinder gefragt: „Hat dein Freund oder deine Freundin dich in den letzten 12 Monaten zu sexuellen Handlungen gezwungen, die du nicht wolltest?“

Ein Teil der Fragen dient darüber hinaus ganz eindeutig der Ermittlung von weltanschaulich-politischen Standpunkten. Noch relativ harmlos sind dabei Erkundigungen über die Haltung zum Klimawandel oder zur Wichtigkeit von Glaube und Religion. Allerdings sollen die Kinder und Jugendlichen auch mitteilen, inwieweit sie folgenden Aussagen zustimmen oder widersprechen: „Es gibt zu viele ausländische Schüler in deutschen Schulklassen“, „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“, „Ausländer erhöhen die Kriminalität“, „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Spätestens beim Thema Arbeitsplätze und Sozialmissbrauch ist klar, dass es um im Elternhaus oder Familienkreis geäußerte Meinungen geht, denn Minderjährige werden hierzu in aller Regel nur das

wiedergeben, was sie bei ihren älteren Bezugspersonen aufgeschnappt haben.

Offiziell muss kein Schüler an der Befragung teilnehmen, jedoch dürften die speziellen Macht- beziehungsweise Abhängigkeitsverhältnisse im System Schule es oftmals sehr schwierig machen, die Mitwirkung zu verweigern.

Erstaunlicherweise stieß das Vorgehen des LPR SN bislang auf wenig Kritik seitens der Politik. Explizit empört äußerte sich lediglich die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel, die seit Mai 2024 als Landesvorsitzende der Wertunion Nordrhein-Westfalen fungiert: Die Schüler in Sachsen würden auf „übergriffige Weise instrumentalisiert“ und „ausgehört, um die politische Einstellung ihrer Eltern preiszugeben. Das erinnert fatal an die DDR.“ Wolfgang Kaufmann



## EU-WAHL

## Die Genossen im Jammertal

Einstige SPD-Hochburg Brandenburg verliert an Bedeutung – AfD und BSW dagegen im Aufwind

VON HERMANN MÜLLER

War es ein Fehler der SPD, im Wahlkampf zur EU-Wahl Werbung mit Bundeskanzler Olaf Scholz zu machen? Aus Sicht des Jusochefs Philipp Türmer war die Europawahl „eine Abstimmung über die Ampel-Politik – und über Olaf Scholz, den wir überall plakatiert haben“. Juli Zeh, in Brandenburg lebende Schriftstellerin und SPD-Mitglied, bezeichnete die Plakataktion mit Scholz in der ARD-Talkrunde „Hart aber fair“ mit vulgären Worten als „beschissene Kampagne“.

Der Versuch der SPD, die Bekanntheit des Kanzlers für Wahlkampfzwecke zu nutzen, hat auch in Brandenburg ihren Absturz bei der Europawahl nicht verhindert. Die Sozialdemokraten, die dort seit 1990 immer den Regierungschef gestellt haben, landeten bei der Wahl mit 13,1 Prozent nur noch auf dem vierten Platz. Selbst das neugegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) zog mit 13,8 Prozent der Stimmen an der märkischen SPD vorbei. Klarer Gewinner wurde die AfD, die 27,5 Prozent der Stimmen erhielt, zweitstärkste Kraft wurde in der Mark Brandenburg die CDU mit 18,4 Prozent.

Aus Sicht der Sozialdemokraten ist das Ergebnis der Europawahl extrem alarmierend. Sie unterboten in ihrer jahrzehntelangen Hochburg Brandenburg sogar noch das desaströse gesamtdeutsche Wahlergebnis. Bundesweit erreichte die SPD mit ihrer Spitzenkandidatin Katarina Barley 13,9 Prozent. Für die Partei war dies das schlechteste Ergebnis bei einer nationalen Wahl seit der Reichstagswahl 1887. Seinerzeit hatten die Sozialdemokraten ganz knapp die Marke von zehn Prozent übersprungen.

Im Willy-Brandt-Haus, der Berliner SPD-Bundeszentrale, wachsen mittlerweile Befürchtungen, die einstige Volkspartei könnte im Herbst bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen sogar an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern und in Dresden und Erfurt gar nicht mehr im Landtag vertreten sein.

**Absturz von Grünen und FDP**

In Brandenburg droht dieses Schicksal der Linkspartei und den Grünen. Die Linke verlor im Vergleich zur Europawahl



Wenig geschätzt in Brandenburg: Für die SPD war das Erscheinen von Olaf Scholz auf Wahlplakaten für die EU-Wahl reines Gift

2019 fast zwei Drittel ihrer Wähler und stürzte in Brandenburg auf 4,4 Prozent ab. Die Grünen schafften nur noch sechs Prozent. Dies war eine Halbierung gegenüber 2019. Auch die FDP mit 3,2 Prozent und die Freien Wähler mit 2,1 Prozent müssen nach ihrem Abschneiden bei der Europawahl fürchten, in gut drei Monaten nicht in den neuen Brandenburger Landtag gewählt zu werden. Hinauslaufen könnte dies auf ein Landesparlament, in dem nach dem Wahltag am 22. September nur noch SPD, CDU, AfD und Wagenknechts BSW vertreten sind.

Klarheit geschafft hat die Europawahl in der lange diskutierten Frage, welcher Partei das Bündnis Sahra Wagenknecht Wählerstimmen wegnehmen wird. Die Vermutung, bisherige AfD-Anhänger könnten zur BSW wechseln, hat sich mit der EU-Wahl nicht bestätigt. Wirklich fürchten müssen die Neugründung laut den Wahlanalysen stattdessen die Linkspartei und die SPD. Das Abschneiden des BSW in den östlichen Bundesländern war

für CDU-Chef Friedrich Merz offenbar Anlass, gleich am Montag nach der Europawahl Koalitionen der Union mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht kategorisch auszuschließen.

Nach Kritik aus den eigenen Reihen folgte kurz darauf eine Kehrtwende. Merz erklärte, auf der Landesebene müsse „man im Lichte der Wahlergebnisse sehen, welche Konstellationen sich ergeben, welche Regierungsfähigkeiten dort auch denkbar und möglich sind“.

**Rechtsruck in der Jugend**

Wie der CDU-Chef weiter ausführte, würden in den Ländern andere Entscheidungen als auf Bundesebene getroffen: „Da geht es etwa nicht um die Frage der Bundeswehr. Da geht es auch nicht um die Frage der Wirtschaftspolitik des Bundes.“

Zum Abschneiden der AfD sagte Merz: „Für das Erscheinungsbild der Politik sind wir alle verantwortlich, natürlich auch die CDU. Aber nach meinem Eindruck fällt die Reaktion gegen die Ampel

in Berlin in Ostdeutschland besonders heftig aus.“ Der CDU-Chef weiter: „Insbesondere Einwanderung und Integration stießen hier auf besondere Ablehnung.“

Eine gesonderte Diskussion hat sich mittlerweile um das gute Abschneiden der AfD unter Jugendlichen entwickelt. Bundesweit schnitt die AfD bei Jungwählern als zweitstärkste Kraft ab. Die Erklärungsversuche erstrecken sich vom erfolgreichen Bespiel der Videoplattform TikTok durch die AfD über Protestwahl bis hin zu einem allgemeinen europaweiten Rechtsruck in der Jugend.

Katharina Stolla, Bundessprecherin der Grünen Jugend, machte als Ursache für den Wahlerfolg unter anderem die Vernachlässigung sozialer Themen und des Klimawandels aus. Vollkommen anders sieht das hingegen ihr früherer Parteikollege, der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer: Das Hautproblem junger Menschen sei „Gewalt von Migranten, gerade unter jungen, in Deutschland sehr friedfertigen Menschen“.

## INFRASTRUKTUR

## Wiederaufbauplan für eine Slum-Stadt?

Überall Dreck und Chaos – Berlin-Besucher lästern über die unzumutbaren Zustände in der Hauptstadt

Die Fußball-Europameisterschaft und auch die Ukraine-Wiederaufbaukonferenz bieten Berlin in diesem Sommer eigentlich Gelegenheit, bei ausländischen Besuchern einen guten Eindruck zu erwecken. Statt Lob macht derzeit allerdings vor allem Verärgerung, aber auch Verwunderung über die maroden Zustände in der Stadt die Runde.

Bei ukrainischen Besuchern der Wiederaufbaukonferenz haben die Verhältnisse in der Stadt spöttische Reaktionen ausgelöst. Anlass war das Umfeld des Konferenzortes auf dem Berliner Messegelände. Besucher, die mit der S-Bahn zum Kongress anreisten, mussten auf ihrem Weg zum Messegelände unter anderem auch eine Fußgängerunterführung durchqueren, die von der „Berliner Zeitung“ sehr zutreffend mit „berühmt-berüchtigt“ beschrieben wird. Die herunter-

gekommene Atmosphäre des Fußgängertunnels im Schick der 70er Jahre und die trostlose Umgebung insgesamt sollen bei Besuchern des Wiederaufbaukongresses sogar zu der Frage geführt haben, ob nicht eher Berlin einen Wiederaufbauplan nötig habe.

Ähnliche Gedanken sind möglicherweise auch der Berlin-Besucherin Ivana Knöll durch den Kopf gegangen. Der als „Miss Kroatien“ bekannte, medienwirksam leichtbekleidete Superfan der kroatischen Fußballnationalmannschaft verfügt auf Instagram über drei Millionen sogenannte Follower. Diese Reichweite nutzte Knöll, um sich ihren Unmut über ihre Unterkunft in einem Berliner Nobelhotel von der Seele zu schreiben: „650 Euro pro Nacht für mich allein. Alte Räume, verfügt über keine Heizung, der Fitnessraum und der Pool sind wegen Renovierung nicht

begehrbar, Manager unhöflich.“ Nach Berlin gekommen ist die 31-jährige Influencerin, um alle Vorrundenspiele der kroatischen Mannschaft zu verfolgen. Sollte „Miss Kroatien“ für den Weg vom Nobelhotel zum Berliner Olympiastadion auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen, könnte dies schnell eine weitere Instagram-Beschwerde zur Folge haben.

Selbst Einheimische haben oft ihre Mühe, wenn Berliner S-Bahn, BVG oder Deutsche Bahn versuchen, ihre Kunden über Streckenänderungen, Ausfälle oder Ersatzangebote zu informieren. Das Resultat sind oft verwirrende Durchsagen, mitunter aber auch das Ausbleiben jeglicher Informationen. Gesteigert wird der Fahrgast-Frust noch durch Informationstafeln, die selbst bei ortskundigen Fahrgästen „alle Klarheiten beseitigen“. Sehr zutreffend schilderte der Leser einer Ber-

liner Tageszeitung in einem Kommentar diesen Kommunikationsstil: „Als Berliner findet man dann irgendwie noch einen Weg, aber die ganzen Touristen am Bahnhof, die standen vor echten Herausforderungen. Tolle Werbung für die Stadt.“

Derlei ist eigentlich Alltag und den meisten Berlinern kaum noch der Rede wert. Breiten Volkszorn hat allerdings kürzlich das Verkehrschaos anlässlich des Selenskiy-Besuchs in Berlin ausgelöst. Aus Sicherheitsgründen hatten die Behörden den Verkehr in der Stadt so stark eingeschränkt, dass der Eindruck aufkommen konnte, es gelte ein Gipfeltreffen aller Staatschefs der Welt abzusichern. Naheliegender kam die Frage auf, wie eigentlich andere Hauptstädte, etwa Washington, D.C., Staatsbesuche organisieren, ohne die Stadt gleich flächendeckend lahmzulegen. H.M.

## KOLUMNE

## Parknöte

VON THEO MAASS

Auch unter dem CDU-geführten Senat geht der verdeckte Kulturkrieg gegen die 1,3 Millionen Berliner Autobesitzer weiter. Kurz bevor sie aus dem Amt gewählt wurde, schloss die damalige grüne Verkehrsministerin Bettina Jarasch die herabgestufte frühere Bundesautobahn A 104 (im Volksmund Schlange genannt) für den Verkehr. Nun erfolgt unter der CDU ein Teilabriss. Nach Art der Salami-Taktik verschwindet der Rest bestimmt auch bald.

Der Bahnhof Südkreuz ist eine der Verkehrsdrehscheiben Berlins. S- und Regionalbahn sowie ICE verkehren dort. Das Autobahnkreuz Schöneberg liegt einen Steinwurf entfernt. Als der Bahnhof 2006 eröffnet wurde, gab es ein Parkdeck Nord mit 1000 und ein Parkdeck Süd mit 400 Stellplätzen. Möglichst viele Automobilisten sollten ihre Fernreise mit der Bahn antreten. War es Gedankenlosigkeit oder Sabotage? Das Parkdeck Nord erhielt keine Zufahrt, und seit 18 Jahren wurde dort kein einziges Auto abgestellt. Ist das nicht lustig? Die Bahn will uns weismachen, dies sei wegen nicht ausreichenden Bedarfs und der fehlenden Wirtschaftlichkeit unterblieben.

Das freut den Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (Grüne). Nun wurde das Büro Kollektiv A beauftragt die „Brache“ nachhaltig zu gestalten. Schaut man sich die Homepage des Kollektivs an, findet man schöne moderne Bauwerke mit dem Charme einer Bahnhofshalle und Texte mit dem woken Binnen-„I“. Auf dem Parkdeck Nord sollen nun ein Freiluftkino, Leserräume, Bienenstöcke, ein Grillplatz, Garten mit Solarpaneelen, Radstellplätze und ein Radparkhaus entstehen. Eine der Berliner Tageszeitungen schrieb über das Parkdeck Nord, es sei Berlins größter „Sinnlos-Parkplatz“. Nein, das ist er natürlich nicht: einfach eine Rampe zur Zufahrt des Parkdecks Nord bauen und zusehen, wie die Zahl der Fahrgäste im Fernverkehr steigt. Ist doch ganz einfach.

## MELDUNG

## „Spreegipfel“ warnt vor Wassermangel

Berlin – Die Regierungschefs von Berlin, Brandenburg und Sachsen fordern vom Bund Unterstützung bei der zukünftigen Wasserversorgung in der Lausitz und in der Region Berlin-Brandenburg an. Hintergrund ist ein drohender Wassermangel als Folge des für 2038 beschlossenen Ausstiegs aus der Braunkohleförderung. Laut einer Studie des Umweltbundesamts wird mit dem Ende der Kohleförderung in der Lausitz deutlich weniger Grundwasser in die Spree gepumpt. Dies kann unter anderem auch Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung der Hauptstadt haben. Anlässlich eines „Spreegipfels“ der drei Regierungschefs warf Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke dem Bund vor, sich bei der Finanzierung des Wassermanagements nach dem Braunkohleausstieg bisher zurückgehalten zu haben. Woidke sagte, es handle sich um ein „Generationen-Thema“ bei dem er den Bund zu 100 Prozent in der Pflicht sehe. H.M.



## ● MELDUNGEN

## „Leben in einer Demokratie“

Wien – Der Wiener Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr (Neos) hat sich für die landesweite Einführung eines neuen Pflichtfachs „Leben in einer Demokratie“ ab der ersten Volksschulklasse ausgesprochen. Religionsunterricht hingegen sollte nach Ansicht des Liberalen nur noch als sogenanntes Freifach angeboten werden. Hintergrund der Forderung sind neue Daten der religiösen Bekenntnisse an Wiener Schulen für das Schuljahr 2023/24. Laut diesen Daten beträgt der Anteil muslimischer Schüler an den öffentlichen Volksschulen mittlerweile 35 Prozent. Der Anteil von Volksschulkindern mit einer christlichen Glaubensrichtung liegt bei 37 Prozent, 26 Prozent sind ohne Bekenntnis. Laut Wiederkehr zeigen Erhebungen, dass muslimische Schüler im Schnitt deutlich religiöser sind, zum Teil aber auch vermehrt abwertende Haltungen zeigen. H.M.

## Von der Leyen forciert Tempo

Brüssel – Die amtierende EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen hat sich für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine ab Ende dieses Monats ausgesprochen. Auf der internationalen Ukraine-Wiederaufbaukonferenz in Berlin sagte von der Leyen, die Ukraine habe alle vereinbarten Reformfortschritte erfüllt. Die EU-Kommissionspräsidentin kündigte an, dass der Ukraine bis Monatsende ein zusätzlicher Betrag von 1,9 Milliarden Euro aus dem neuen bis zu 50 Milliarden Euro schweren Ukraine-Unterstützungsprogramm zur Verfügung gestellt wird. Bereits Ende Mai hatte Europa-Staatsministerin Anna Lührmann (Grüne) erklärt, die Ukraine erfülle nach Einschätzung der Bundesregierung alle Auflagen für EU-Beitrittsgespräche. Innerhalb der EU gilt vor allem Ungarn als Gegner von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine. Bislang hat die Ukraine wie Georgien und die Republik Moldau den Status eines Beitrittskandidaten. H.M.

## Ritter Sports wichtiger Markt

Waldenbuch – Rittersport-Chef Andreas Ronken will trotz erhaltener Morddrohungen am Russlandgeschäft festhalten. Die Entscheidung sei richtig, weil Russland der zweitgrößte Markt des Unternehmens ist. Würde man sich von diesem zurückziehen, verlören 200 Mitarbeiter am schwäbischen Standort Waldenbuch ihre Arbeit. Ritter Sport war 2022 in die Kritik geraten, weil der Schokoladenhersteller Russland weiterhin beliefert. Damals gab Ronken zu bedenken, dass es Grauimporte geben würde, bei denen die Ware für weniger Geld in Russland verkauft worden wären. Das Familienunternehmen, das auch im österreichischen Burgenland produziert, beschäftigt knapp 2000 Mitarbeiter und ist in etwa 100 Ländern vertreten. 2022 verzeichnete das Unternehmen einen Umsatz von 538 Millionen Euro, ein Jahr später stieg er auf 565 Millionen Euro. Die Gewinne aus seinem Russlandgeschäft spendet das Familienunternehmen an die Ukrainehilfe. MRK

## NEUWAHLEN FRANKREICH

## Genialer Schachzug oder verrückte Idee?

Nach Debakel für sein Bündnis bei der EU-Wahl: Macron kündigt vorgezogene Parlamentswahlen an

VON PETER ENTINGER

Warum“, ist derzeit eines der Lieblingswörter der Franzosen. Warum hat Staatspräsident Emmanuel Macron bloß noch am Abend der Europawahlen angekündigt, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen in wenigen Wochen angesetzt?

„Ich kann nicht so tun, als sei nichts geschehen“, sagte Macron, dabei stand er gar nicht zur Wahl. Doch sein liberales Wahlbündnis erlebte eine krachende Niederlage. Lediglich rund 15 Prozent Stimmenanteil für die Präsidenten-Partei; mehr als doppelt so viele entfielen auf Marine Le Pens rechten Rassemblement National (RN). „Ich vertraue auf die Fähigkeit des französischen Volkes, die richtige Wahl für sich selbst und für künftige Generationen zu treffen. Mein einziges Bestreben ist es, unserem Land, das ich so sehr liebe, nützlich zu sein“, sagte Macron.

Doch wie das für den ersten Wahlgang am 30. Juni gelingen soll, ist fraglich. Seit Juni 2022 regiert der Präsident mit einer

Minderheitsregierung. „Franzose zu sein bedeutet im Grunde, sich dafür zu entscheiden, die Geschichte zu schreiben, anstatt sie zu erleiden“, sagte Macron. Neuwahlen seien besser als „alle Arrangements, alle unsicheren Lösungen“.

## „Geschichte schreiben“

Für einen Sieg der Kandidaten in ihren Wahlkreisen ist in der ersten Runde die absolute Mehrheit erforderlich; wo diese nicht erreicht wird, kommt es zur Stichwahl. Die linken Parteien haben bereits angekündigt, auf Konkurrenz Kandidaturen zu verzichten. Doch das Bündnis aus Grünen, Sozialdemokraten, Kommunisten und Linkspopulisten ist fragil und erreichte bei den Europawahlen lediglich 32 Prozent.

In den vergangenen Monaten hatte sich gezeigt, dass vor allem in der Nahost-Frage keine Einigkeit zu erzielen ist. Im rechten Parteienspektrum tut sich dagegen einiges. Marine Le Pen kündigte flugs an, dass der Sieger der Europawahl, Jordan Bardella, auch das Gesicht des kommenden Wahlkampfes sein werde. Sollte der RN gewinnen, stünde der erst 29-Jäh-

rige als Premierminister bereit. Doch wie wahrscheinlich ist dieses Szenario?

Für eine Mehrheit im Parlament müsste der RN sein Ergebnis von 2022, als er sensationell 88 Sitze erreichte, weit mehr als verdoppeln. Allein wird er das nicht schaffen. Und hier kommen die konservativen Republikaner ins Spiel. Die Ex-Gaullisten, lange das französische Pendant zur

CDU, stürzten bei der EU-Wahl auf rund sieben Prozent ab. Der Partei könnte das politische Aus drohen. Eine Koalition mit Macrons liberalem Bündnis schloss die Führung am Wahlabend aus.

„Eine Allianz des rechten politischen Spektrums – für alle, die sich in den Ideen und Werten der Rechten wiederfinden“, kündigte Parteichef Eric Ciotti ein Wahlbündnis mit dem RN an. Das heißt für ihn, sollte es dazu kommen, wäre es historisch. Doch die Partei drohte in der vergangenen Woche zu kollabieren. Zahlreiche Spitzenfunktionäre gingen auf Distanz zum Vorsitzenden, eine Vorstandsmehrheit erklärte ihn für abgesetzt. Ciotti sprach von einem Putsch und hielt die Maßnahme für nichtig.

## Allianz von RN und Republikanern

Le Pen hatte dem Noch-Parteichef und seinem Gefolge in Aussicht gestellt, dass sie in gewissen Wahlkreisen bereit wäre, auf eine Bewerbung zu verzichten und stattdessen einen Republikaner zu unterstützen. Das empfanden viele als verlockend. Und noch jemand möchte auch auf der politischen Bühne mitspielen: Le Pens Nichte Marion Maréchal, die als Spitzenkandidatin der rechten Partei „Reconquête“ (Rückeroberung) rund fünf Prozent der Stimmen bei der Europawahl erhielt, war bereit, über ihren Schatten zu springen und sich mit ihrer früheren Partei zu versöhnen. Doch ihr Parteivorsitzender, Eric Zemmour, bereitete dem Treiben ein Ende, schloss Maréchal und drei Getreue aus der Partei aus und benannte Kandidaten in mehreren Wahlkreisen. Chancereich ist das Unterfangen aber kaum. Am Ende dürfte es die Aussichten des RN kaum schmälern.

Es gibt Spekulationen, Macron wolle gar einen Sieg der Rechten. Die Verfassung erlaubt es einem französischen Präsidenten nämlich, den Premier und seine Regierung auf vielfältige Weise aufzulösen zu lassen. „Cohabitation“ (Zusammenleben) nennt man das, wenn der Präsident und seine Regierung nicht dem gleichen Lager angehören. Le Pens Truppe könne sich blamieren, so das Kalkül. Und Macron würde als der Präsident in die Geschichte eingehen, der die Rechten gestoppt hätte. Frankreichs Kommentatoren sind sich uneins. Die Reaktionen reichten von „genial“ bis „verrückt.“

„Ich vertraue auf die Fähigkeit des französischen Volkes, die richtige Wahl für sich selbst und für kommende Generationen zu treffen“

Emmanuel Macron  
Französischer Präsident



Wagt die Flucht nach vorn: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron

Foto: pa/Associated Press

## EU-WAHL

## Ordnungshüter setzten verstärkt auf rechte Parteien

Geringschätzung ihrer Arbeit – Polizisten und Militärangehörige fühlen sich im Stich gelassen

Mehrere Studien belegen, dass Polizisten und Militärangehörige immer mehr rechts wählen. Das gilt zunächst für Frankreich, wo der Terror radikaler Moslems bereits sehr früh sowie in Bataclan und Nizza mit größter Grausamkeit zugeschlagen hat. In Frankreich wählen zwischen 50 und 60 Prozent der Polizisten und Militärs die radikale Rechte, wie Umfragen zeigen.

Bereits im Jahr 2015 zeigte eine Umfrage in Frankreich, dass 30 Prozent der Polizei- und Militärangehörigen im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2012 für den Front National gestimmt und dass 51,5 Prozent die Partei auch im ersten Wahlgang der Regionalwahlen 2015 angekreuzt hatten. Im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2017 gaben 57 Prozent der Polizisten und Militärangehörigen an, einen Stimmzettel für Marine Le Pen in die Wahlurne geworfen zu ha-

ben. 2022 waren es noch mehr, allerdings verteilt auf zwei Parteien, weil mit der Partei „Reconquête“ von Eric Zemmour eine Partei rechts von Le Pen zur Wahl stand.

## Protestwahl einer Zunft

Diese Zahlen belegen, dass nicht jeder, der die radikale Rechte wählt, ein Rassist sein muss. Viele Polizisten wählen rechte Parteien, weil sie eine sehr starke Geringschätzung ihres Berufs erleben. Zu einem guten Teil handelt es sich um die Protestwahl einer Zunft, die das Gefühl hat, nicht über die nötigen Mittel zu verfügen, um ihre Arbeit korrekt auszuführen, und von ihrer Obrigkeit und der Regierung im Stich gelassen wird.

Auch in Deutschland sind viele Polizeiangehörige nach dem Mord an einem Polizisten in Mannheim vor laufenden

Kameras extrem verunsichert. Wie konnte ein Polizist trotz zahlenmäßig großer Überlegenheit von einem radikalislamischen Einzeltäter ermordet werden, fragen sich viele. Mehr als 30 Polizisten aus der Einheit des Ermordeten, meldeten sich kurz darauf krank. Die Politik reagierte auf das brutale Geschehen erst zwei Tage später, als der Polizist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen war. Bis dahin waren fast alle Berichte auf den islamkritischen Redner von Pax Europa fokussiert, dem das Attentat eigentlich galt. Man hoffte wohl insgeheim, dass der verletzte Polizist überlebt und dann die ganze Diskussion um die Polizeiarbeit scheinbar überflüssig würde.

Jetzt gibt es kein Entrinnen, die Defizite müssen aufgedeckt werden. Auch diejenigen im Zusammenhang mit dem Asylrecht müssen aufgearbeitet werden, denn

der Messerstecher war 2014 aus Afghanistan als Asylsucher nach Deutschland eingereist.

## Abschiebungen nach Afghanistan als Lösung angesagt

Schnell wurden aus Kreisen der Ampelregierung Rufe laut, die Abschiebungen nach Afghanistan wieder aufzunehmen, die es bis 2021 gab. Warum war bis 2021 der in Baden-Württemberg lebende Afghane, dem der Asylstatus verweigert worden war, nicht abgeschoben worden, anders als Dutzende Afghanen aus Bayern?

Wenn nach den Europawahlen das Thema Abschiebungen von kriminellen Afghanen wieder in der Schublade verschwindet, werden sich die Polizisten das vermutlich merken bei ihrer nächsten Wahl. Bodo Bost



VON PETER ENTINGER

Ein Wagen über die Uber-App bestellen und in ein klassisches Taxi einsteigen – das war bisher undenkbar. Doch nach erfolgreichen Pilotprojekten geht das aus den USA stammende Unternehmen nun den nächsten Schritt.

In Berlin und München verlief eine Testphase nach Aussage eines Sprechers überaus vielversprechend. Und nun soll die Kooperation in der ganzen Republik möglich sein. Taxi- oder Mietwagenunternehmen, die ihre Dienstleistungen über Uber anbieten wollen, können sich ab sofort über ein Formular anmelden. „Mit der Öffnung unserer App für alle Taxifahrer deutschlandweit unterstreichen wir unser Interesse, Partner der Taxibranche in Deutschland zu sein“, sagt Christoph Weigler, Deutschland-Chef von Uber. „Auch Taxis können von Digitalisierung, aktivem Werben um Kunden und der hohen Nachfrage auf unserer Plattform profitieren. Das digitale Buchen von Dienstleistungen ist zum Standard geworden; mit der Uber-App bieten wir die technologische Lösung und vermitteln den Taxifahrern einfach und transparent zusätzliche Aufträge.“

Taxifahrer sollen Uber im Gegensatz zu vielen klassischen Taxizentralen keine starre Mitgliedsgebühr zahlen, und dies unabhängig davon, ob sie auch Fahrten machen. Stattdessen sollen sie für jede tatsächlich vermittelte Fahrt eine prozentuale Vermittlungsgebühr entrichten. Für die Taxizentralen sind dies besorgniserregende Nachrichten. Seit dem Markteintritt von Uber und anderen Anbietern ist ein regelrechter Preiskampf entstanden. Fahrdienste, die per App bestellt werden können, sind inzwischen in der Überzahl.

#### Dumpingpreis-Verbote gefordert

Schon vor Monaten hat die Taxibranche die Verantwortlichen in Berlin dazu aufgerufen, gesetzliche Möglichkeiten auszuschöpfen und aktiv zu werden. Wer in Berlin mit Uber, FreeNow oder Bolt unterwegs ist, solle in naher Zukunft spürbar höhere Fahrpreise zahlen. „Preis-Dumping“ soll verboten werden, hieß es. Doch geschehen ist seitdem wenig. Und Uber wurde immer mutiger.

Nach Erkenntnissen der Berliner Taxizentrale liegen die Fahrpreise bei Uber & Co. um bis zu 40 Prozent unter den Taxitarifen. „Angesichts solcher Dumpingpreise kann man es den Fahrgästen nicht verdenken, dass sie auf diese Angebote fliegen. Jeder versucht, Geld zu sparen – auch wenn dies dazu führt, Steuerhinterziehung und Sozialbetrug zu fördern. Denn anders können die Mietwagenunternehmen nicht überleben“, lauten die massiven Vorwürfe.



Ein Taxi bequem übers Smartphone bestellen: Mit der Uber-App ist das ab sofort deutschlandweit möglich

#### TAXIGEWERBE

## Uber mischt den deutschen Mietfahrzeug-Markt auf

Ab sofort ist das US-Unternehmen deutschlandweit tätig – Alteingesessene Taxiunternehmen befürchten Einbußen durch eine neue Billig-Konkurrenz

Taxis seien meist schlechter ausgelastet, wobei eingeräumt wird, dass Fahrdienste deutlich effizienter unterwegs sind. Uber erklärte, die Vorwürfe seien haltlos. Man kooperiere ausschließlich mit lokalen, lizenzierten Taxi- und Mietwagenunternehmen, welche die Beförderungsleistung durchführen. „Die Fahrer der Partnerunternehmen besitzen ausnahmslos einen Personenbeförderungsschein und erfüllen sämtliche Voraussetzungen für die gewerbliche Personenbeförderung. Alle Fahrten sind dementsprechend vollständig versichert“, hieß es in einer Mitteilung.

Das Geschäfts-Modell von Mietwagenfirmen, die Fahrdienstleistungen mithilfe von Uber und anderen Plattformen anbieten, sei oftmals „organisierte Schwarzarbeit“, sagte dagegen Axel Osmenda, Fachgebietsleiter der Finanzkontrolle Schwarz-

arbeit beim Hauptzollamt Berlin, im vergangenen Jahr dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Seit Jahren steigt die Anzahl der Fahrzeuge von Mietwagenfirmen, die sich Fahrten von Uber oder Bolt vermitteln lassen, vor allem in großen Städten.

#### Uber weist die Vorwürfe zurück

Der Berliner Senat gab für das vergangene Jahr an, dass mittlerweile 4437 Mietwagen in der Hauptstadt unterwegs waren. Der größte Teil davon kann über Apps wie Uber, Bolt oder FreeNow gebucht werden. Der Service bei Uber ist teilweise ungleich größer als bei herkömmlichen Taxi-Unternehmen. Bei Fahrten, die über die App vermittelt werden, sehen die Fahrgäste vor Fahrtantritt jeweils den Namen des durch Uber vermittelten Taxi-Unternehmens

sowie das Profil des lizenzierten Fahrers mit Fotos, Kennzeichen und Service-Bewertung. Nach Abschluss der Fahrt wird automatisch bargeldlos mit Kreditkarte, PayPal, Apple Pay oder Google Pay bezahlt. Die Uber-App bietet nach eigenen Angaben zahlreiche Sicherheitsmerkmale. Nutzer können etwa den Status und den Standort ihrer Fahrt mit Freunden oder der Familie teilen.

Selbst alteingesessene Taxifahrer müssen einräumen, dass das Geschäftsmodell für Kunden attraktiv ist. Das klassische Taxi als Ein-Mann-Unternehmen oder kleine Firma mit drei oder vier Autos und Festangestellten könnte aussterben. In den Großstädten kommen noch andere Alternativen wie Leihräder, Carsharing oder Roller ins Spiel. Doch die Marktfüh-

#### ITA AIRWAYS

## „Ein Angriff auf Italien“

Rom warnt EU-Kommission vor Blockade des Einstiegs der Lufthansa bei Alitalia-Nachfolger

Die italienische Regierung hat die EU-Kommission mit scharfen Worten davor gewarnt, die Übernahme der Fluglinie ITA Airways durch die Lufthansa zu blockieren. Die deutsche Fluggesellschaft will zunächst 41 Prozent des Alitalia-Nachfolgers kaufen. In zwei weiteren Schritten sollen dann ein weiterer Anteil von 49 Prozent und schlussendlich auch noch der Restanteil übernommen werden. In einigen Jahren soll Lufthansa dann 100 Prozent an der derzeit staatlichen ITA Airways halten. Bei der Prüfung des geplanten Geschäfts durch EU-Kommissarin Margrethe Vestager waren immer neue Hürden aufgetaucht. Eingeleitet worden war die Prüfung bereits im Januar. Für Frust und Alarmstimmung in Rom sorgte die EU-Kommission, als sie die Frist, bis zu der eine Entscheidung be-

kannt gegeben werden soll, erst unlängst bis zum 4. Juli verlängerte.

Italiens Verkehrsminister Matteo Salvini (Lega) warf der Kommission daraufhin ein taktisches Vorgehen in Bezug auf die EU-Wahl vor. Verbunden war dies mit einer scharfen Warnung: Ein Nein aus Brüssel wäre ein „ernsthafter Angriff auf Italien, dem wir nicht tatenlos zusehen werden“, so Salvini. Der stellvertretende Ministerpräsident erklärte weiter: „Wenn jemand aus Egoismus oder aufgrund Drucks der französischen Bürokratie daran denkt, Tausende Arbeitnehmer über Bord zu werfen und Italiens nationale Fluggesellschaft zu einem ungewissen Schicksal von Entlassungen zu verurteilen, wäre das ein ernsthafter Angriff.“

Salvinis Warnung scheint die Entscheidungsfindung in Brüssel beschleunigt zu

haben. Bereits wenige Tage nach der Europawahl meldeten mehrere Medien nämlich, die Genehmigung der EU zur Übernahme von ITA durch die Lufthansa stehe unmittelbar bevor. Bei der Prüfung durch die EU-Wettbewerbsbehörden waren vor allem die dominierende Rolle der ITA am Flughafen Mailand-Linate und die Auswirkungen der Übernahme auf Kurz- und Langstreckenflüge Knackpunkte.

Um dennoch grünes Licht aus Brüssel zu bekommen, hat der Lufthansa-Konzern der EU-Kommission mehrmals Zugeständnisse gemacht. Zuletzt hinterlegte Lufthansa bei der Kommission weitere Garantien zu ITA-Streckenrechten. Ganz konkret haben sich Lufthansa und ITA verpflichtet, nach einem Zusammengehen sogenannte Slots an den Flughäfen Rom und Mailand-Linate abzugeben. Dies

soll es Easyjet und der spanischen Fluglinie Volotea ermöglichen, Konkurrenzstrecken zu Lufthansa-Drehkreuzen zu entwickeln.

Für viel Streit zwischen Lufthansa und der EU-Wettbewerbskommissarin haben insbesondere die künftigen Langstreckenangebote von Lufthansa/ITA zwischen Italien und Nordamerika gesorgt. Für die Lufthansa sind die gemeinsam mit United und Air Canada betriebenen Transatlantik-Routen ein besonders lukratives Geschäft. Angeboten hatte die deutsche Fluglinie der EU-Kommission, ITA in den ersten beiden Jahren nicht in ihr Transatlantik-Gemeinschaftsunternehmen mit United und Air Canada einzubeziehen. Die Kommission soll dagegen laut einem Bericht von „Politico“ sogar eine zehnjährige Zusage gefordert haben. *Hermann Müller*

#### MELDUNGEN

## Immer später, immer teurer

Stuttgart – Die Fertigstellung des Neubaus des Stuttgarter Hauptbahnhofs, bekannt unter dem Projektnamen Stuttgart 21, ist abermals verschoben worden, diesmal auf das Jahr 2026. Der neue Durchgangsbahnhof sollte ursprünglich 2019 fertiggestellt sein und 2,5 Milliarden Euro kosten. Heute liegen die geschätzten Kosten bei 11,5 Milliarden Euro. Der Baubeginn liegt bereits 14 Jahre zurück. Ein Hauptgrund für die neuerliche Verzögerung ist laut Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne), dass die Digitalisierung des Knotenpunkts Stuttgart im Schienennetz komplexer ist als ursprünglich angenommen. Daher sprach er davon, dass die Pläne für die vollständige Eröffnung „einstweilig“ seien. „Die Inbetriebnahme bleibt ambitioniert“, so Hermann. Auf die Frage, ob das Milliarden-Grab am Ende noch teurer werden könnte, schweigen sich die Politiker aus. *D.R.*

## Warnung vor Isolierung

Potsdam – Der Präsident des Brandenburger Landesbauernverbandes, Henrik Wendorff, warnt vor einer Isolierung Deutschlands in der EU durch die grüne Agrarpolitik. Im Interview mit der „Berliner Zeitung“ sagte Wendorff, die Politik biete der Landwirtschaft kaum noch realistische Perspektiven. Als Folge einer verfehlten Agrarpolitik ist laut Wendorff in Brandenburg binnen dreier Jahre die Zahl der Schweine um 32 Prozent und die der Betriebe um 16 Prozent gesunken. Das Höfesterben zieht laut dem Verbandschef eine Kettenreaktion nach sich, die auch Fleischverarbeitung, -vermarktung und -vertrieb mit in den Abgrund reißt. Tierhaltung sei auch für den Anbau von Gemüse unerlässlich, um geschlossene Nährstoffkreisläufe zu gewährleisten, so Wendorff. Der Verbandschef wies zudem auf den Import von Billigweizen aus der Ukraine hin, der seinen Angaben zufolge hiesige Bauern in Existenzängste stürzt. *H.M.*

## Rätseln über Verlängerung

Brüssel – Wie die auf Wirtschaftsinformationen spezialisierte Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, sollen EU-Offizielle über die Möglichkeit diskutieren, den zum Jahresende auslaufenden Gastransitvertrag zwischen der Ukraine und Russland zu verlängern. Der Chef des staatlichen ukrainischen Energiekonzerns Naftogaz, Olexij Tschernyschow, hatte noch vergangenen Oktober in einem Interview mit dem US-Sender Radio Liberty angekündigt, sein Land werde ab 2025 kein russisches Gas mehr in den Westen leiten. Trotz des Krieges läuft bislang der Transit von russischem Gas durch die Ukraine weiter. Über die sogenannte Transgas-Pipeline werden bislang noch die Slowakei, Österreich, Ungarn und Italien mit russischem Gas versorgt. Mit einem Wegfall des Transitweges Ukraine würde die Bedeutung der Turkstream-Pipeline und der Türkei als Drehscheibe für den Gashandel nach Europa weiter wachsen. *H.M.*



## GESCHICHTSPOLITIK

## Russland und der „D-Day“

BODO BOST

Fast 3000 Kilometer von den Stränden in der Normandie entfernt, an denen am 6. Juni 1944 die Alliierten landeten, haben die russischen Behörden vor der französischen Botschaft in Moskau ein Plakat aufgebaut, das das Porträt eines Soldaten der „Brigade Charlemagne“ zeigt. Während des Zweiten Weltkriegs umfasste diese SS-Einheit Kollaborateure des Vichy-Regimes, einige dieser französischen Milizionäre haben 1945 sogar zu den letzten Verteidigern Berlins gehört. „Diese Franzosen kämpften bereits auf der Seite der Nazis gegen Russland“, kommentiert eine Legende in schwarzen und roten Buchstaben dieses von den Moskauer Behörden ausgewählte Foto.

Der Grund für diese Aktion ist, dass die Russen nicht zu den Feierlichkeiten anlässlich des 80. Jahrestags der Landung der Alliierten eingeladen waren. Zuvor hatte bereits die französische Botschaft ihre Außenwand mit Schwarz-Weiß-Fotos von General Charles de Gaulle und der französisch-russischen Normandie-Niemen-Staffel, die während des Zweiten Weltkriegs in der Sowjetunion mit der Roten Armee gekämpft hatte, bedeckt, um an den gemeinsamen Krieg gegen Hitler-Deutschland zu erinnern.

## Spiel mit der Erinnerung

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat es der Élysée-Palast zwar abgelehnt, eine russische Delegation zu den Gedenkfeiern für die anglo-amerikanische Landung am 6. Juni 1944 einzuladen, aber durch verschiedene Gesten plant er dennoch eine Ehrung der rund 25 Millionen sowjetischen Toten und des „entscheidenden Beitrags“ der Roten Armee zum Kriegsgewinn über Deutschland. Die Botschaft: Wenn die Sowjets, die zwischen Juni 1941 und Juli 1943 als einzige auf dem europäischen Kontinent gegen den Gegner kämpften, nicht durchgehalten hätten, wäre es nicht sicher gewesen, ob die Landung der Alliierten erfolgreich gewesen wäre.

Russland betont hingegen ausschließlich die Bedeutung der Ostfront und relativiert damit die Rolle der westlichen Alliierten. Während Moskau Stalins ursprünglichen Pakt mit Hitler in

die Geschichtsbücher verbannt, erinnert die Führung an frühere europäische Kollaborationen mit den Nazis, um die angeblichen aktuellen faschistischen Bündnisse zwischen Kiew und seinen westlichen Verbündeten besser anprangern zu können. So dient das Plakat vor der französischen Botschaft in Moskau dem Kreml-Narrativ von heute, dass Russland mit seiner „Spezialoperation“ in der Ukraine diese „entnazifizieren“ wolle, sowie dem Vorwurf an Kiews westliche Verbündete, ein neofaschistisches Regime zu unterstützen.

## Geschichte im Dienst der Politik

Als Reaktion auf die jüngste Ankündigung in Paris, möglicherweise französische Militärberater in den Donbass zu entsenden, warnte der Kreml, dass die französischen Soldaten in der Ukraine gezielt angegriffen und eliminiert werden sollen. Insbesondere prangern russische Medien die Anwesenheit des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bei den D-Day-Feierlichkeiten an, während der russische Präsident Wladimir Putin, der 2014 und 2004 zum 60. und 70. Jahrestag eingeladen worden war, nun Persona non grata ist. Schlimmer noch: Da er vom Internationalen Strafgerichtshof verfolgt wird, hätte ihm bei seiner Ankunft in Frankreich eine Verhaftung gedroht.

Einen Monat vor dem 6. Juni hatte der Kremlchef und Hobby-Historiker am 9. Mai auf dem Roten Platz anlässlich der Feier des sowjetischen Sieges über Hitler-Deutschland erklärt: „Einige versuchen, die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg zu verzerren.“ Putin rief zwar dazu auf, den „Beitrag der Alliierten“ zum Sieg von 1945 nicht „herunterzuspielen“, „aber Revanchismus, die Manipulation der Geschichte, die Bereitschaft, die gegenwärtigen Erben des Nationalsozialismus zu verteidigen, all das ist Teil der Politik der westlichen Eliten, um immer mehr Konflikte zu schaffen“, so Putin, der die Geschichte gern in den Dienst seiner Politik stellt.

Als Deutscher hingegen muss man sich immer mehr wundern, wie sehr die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs von den ehemaligen Siegermächten heute gegeneinander instrumentalisiert werden.



Plädiert für eine Lockerung der Schuldenbremse: Außenministerin Annalena Baerbock

Foto: pa/Sina Schuldt

## LEITARTIKEL

## Die Nöte von Baerbock &amp; Co.

RENÉ NEHRING

Sie können es einfach nicht lassen. Im Streit um den nächsten Bundeshaushalt plädiert Außenministerin Annalena Baerbock zur Lösung der festgefahrenen Situation für eine Aufweichung der Schuldenbremse. „Welch größere Notlage sollte es geben als diesen Krieg mitten in Europa? Es wäre fatal, in ein paar Jahren sagen zu müssen: Wir haben die Schuldenbremse gerettet, aber dafür die Ukraine und die europäische Friedensordnung verloren“, äußerte die Grünen-Politikerin gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“.

Hintergrund ist die seit 2009 bestehende Vorgabe des Grundgesetzes, eine Neuverschuldung nur noch in unvorhersehbaren Ausnahmesituationen zuzulassen. Erst im vergangenen Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Ampelregierung zur Finanzierung ihrer Pläne keineswegs die Sondertöpfe aus der Corona-Zeit für andere Vorhaben verwenden darf.

Wer die Debatten der letzten Monate verfolgt hat, weiß, dass insbesondere rotgrüne Mitglieder des Bundeskabinetts nach nahezu jedem Strohhalm greifen, um eine Notlage zu begründen, die eine Aufweichung der Schuldenbremse zulie-

ße. Mal geht es um mehr finanziellen Spielraum für sicherheitspolitische Maßnahmen, mal um den „Klimanotstand“, mal um Sozialleistungen und mal eben um den Ukrainekrieg.

Doch sind diese Projekte wirklich Notlagen im Sinne des Grundgesetz-Artikels 115? Dort heißt es eindeutig, dass lediglich „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“, die Kreditobergrenzen überschritten werden dürfen.

## Klare Kriterien für eine Notlage

Und so widersprechen denn auch Verfassungsrechtler wie Kyryll-Alexander Schwarz von der Universität Würzburg dem Ansinnen Baerbocks. „So schwierig die Situation der Ukraine gegenwärtig auch ist“, so Schwarz gegenüber der „Welt“, „so hat dies nichts mit einer Notlage zu tun, die sich in die verfassungsrechtlichen Kategorien der Haushaltsnotlage einfügen lässt.“ Unter anderem sei die prekäre Lage der Ukraine absehbar gewesen und beruhe auch auf dem zögerlichen Verhalten der Bundesregierung.

Ergänzen ließe sich im konkreten Fall noch, dass Deutschland ursprünglich weder direkt noch indirekt mit dem Ukraine-

krieg zu tun hatte. Es war vielmehr eine bewusste Entscheidung der deutschen Politik, sich nach dem russischen Angriff auf die Seite der Ukraine zu stellen – und damit auch Verpflichtungen einzugehen.

Doch geht es beim Haushalt gar nicht um die Ukraine, sondern vielmehr darum, dass einzelne Minister der Ampel gern den Wohltäter spielen möchten, die Steuerzahler dafür jedoch aufkommen sollen. Beispiele dafür sind die Kindergrundversicherung von Familienministerin Lisa Paus oder das Bürgergeld von Sozialminister Hubertus Heil oder der bunte Reigen an unsinnigen Projekten in der Entwicklungshilfe, unter denen die Finanzierung von Radwegen in Peru das bekannteste ist.

Konsequent ausgeblendet in den Debatten wird der Umstand, dass der Bundeshaushalt 2024 – mit Ausnahme der Corona-Etats 2021 und 2022 – mit einem Volumen von rund 477 Milliarden Euro einen Rekordbetrag für die Gesamtausgaben des Bundes aufweist. Es ist also, salopp gesagt, genug Geld vorhanden, um gute Politik für unser Land zu machen.

Insofern hat also keineswegs der Bundeshaushalt eine Notlage – sondern allenfalls jene Politiker, die gern den Wohltäter geben, die Kosten für ihre vermeintlichen Wohltaten jedoch gern von kommenden Generationen bezahlen lassen wollen.

## PORTRÄT

## Gefeuert für die richtigen Fragen

Sollten die 100 Hochschullehrer, die sich in einem offenen Brief mit den anti-israelischen Studentenprotesten an Berliner Hochschulen solidarisierten, strafrechtlich verfolgt und ihnen bereits bewilligte staatliche Fördermittel gekürzt werden? Diese Frage stellte man sich im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Staatssekretärin **Sabine Döring** entschied: Lasst uns diese Frage zunächst prüfen, bevor wir Konsequenzen ziehen.

Die Ankündigung eines solchen entscheidungsoffenen Prüfauftrags reicht heutzutage offenbar aus, um in den Ruhestand versetzt zu werden. Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger von der FDP will ihre Spitzenbeamtin jedenfalls loswerden und bat den Bundeskanzler um deren Absetzung. Womöglich dient es nur dazu, um sich selbst aus der Schusslinie zu nehmen. Denn nach Bekanntwerden der Prüfbitte sprachen Kritiker vom Eingriff auf die vom Grundgesetz garantierte

Wissenschaftsfreiheit. Und einem solchen schweren Vorwurf will sich die Ministerin natürlich nicht ausgesetzt sehen.

Schwer vorstellbar indes, dass die Fördergeld-Diskussion in ihrem Ministerium ohne ihr Wissen stattgefunden haben soll. Oppositionspolitiker wie Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien von der CDU, mutmaßen daher, dass Staatssekretärin Döring als Bauernopfer herhalten solle. Eine gelbe statt einer roten Kar-

te hätte – wie im Fußball – genügt. Denn Döring hat sich in der Vergangenheit bislang nichts zuschulden kommen lassen.

Als international gut vernetzte Wissenschaftlerin kam sie erst im Februar 2023 als Staatssekretärin ins Bildungsministerium. Zuvor lehrte die an den Universitäten von Göttingen, Berkeley/Kalifornien, Duisburg-Essen und Edinburgh ausgebildete Philosophin das Fach Ethik an der Tübinger Universität. In ihren Publikationen spielt der Begriff der Emotion in Kunst und Politik eine zentrale Rolle.

Die Rolle von Gefühlen im politischen Diskurs erlebt sie nun gerade hautnah mit. Eine Einmischung im Zusammenhang mit dem Hamas-Terror vom 7. Oktober 2023 und dem Gazakrieg wird derzeit in erster Linie mit emotionalen Wutanfällen statt mit rationalem Denken erwidert. Dafür, dass Döring die richtigen Fragen stellte, bekommt sie nun eine ethisch fragwürdige Antwort. **H. Tews**



Wird ihren Job los: Sabine Döring

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbemittel der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Büro: info@ostpreussen.de



## Die Mauer fällt in Königsberg

Der Mauerfall mit Putins Brille gesehen – Die russische Filmserie „DDR“ ist zum Teil in Ostpreußens Hauptstadt entstanden

VON BODO BOST  
UND HARALD TEWS

Für die Russen führte der Mauerfall von 1989 zu einem Trauma, das bis heute nachwirkt. Das damit im Grunde besiegelte Ende der Sowjetunion und den Machtverfall des russischen Staates will Putin gerade durch ein neues imperiales Erfolgsmodell ersetzen. Am liebsten würde man in Moskau die ganze Geschichte seit dem Mauerfall rückgängig machen. Da kommt eine TV-Serie gerade recht, die sich in Russland einer großen Beliebtheit erfreut. In der russischen Spionage-Serie „DDR“ kann man erleben, wie die deutsche Sicht auf die Geschehnisse vom 9. November 1989 mit russischer Brille gesehen wird.

Das geht damit los, dass nicht an Originalschauplätzen in Berlin gedreht wurde. Die Mauer fällt in diesem Fall in Königsberg. Der filmische Geschichts-Fake wird im ehemals finnischen Wyborg nördlich von St. Petersburg und in ländlichen Regionen Weißrusslands fortgeführt, die als Drehorte zwangsläufig deutsche Orte und Landschaften „doubeln“ mussten.

Die Serie „DDR“ erzählt vom Krieg der Geheimdienste der verfeindeten Staaten, die alle auf der Suche sind nach dem geheimen Archiv von Markus Wolf, dem Chef der Auslandsaufklärung der Stasi. Die Hauptfigur des Films ist der KGB-Hauptmann Alexander Netschajew, der in die DDR geschickt wurde, um das Stasi-Archiv zu finden.

In der Serie überschneiden sich historische Linien mit realen und fiktiven Ereignissen. Deshalb kommen auch Michail Gorbatschow, sein Außenminister Eduard Schewardnadse, Erich Honecker und der spätere russische Präsident Boris Jelzin als Filmfiguren in „DDR“ in mehr oder weniger kurzen Auftritten vor. Mit ihnen soll die Serie an Authentizität gewinnen. Deshalb heißt es im Vorspann, dass die Serie auf wahren Begebenheiten beruhe.

Für die Dreharbeiten zu dem Spionagedrama „DDR“ wurde der Drehort Kö-



„Mauerfall“-Fake auf Russisch: Bei dem Reklameschild („Dinosaurier haben nie Pizza & Pasta“) und den seltsamen bundesdeutschen Polizeiautos schaut ohnehin keiner genau hin

nigsberg nicht zufällig ausgewählt. Bis heute sind dort alte deutsche Bauernhöfe und andere Objekte erhalten, welche die Atmosphäre des Deutschlands von damals vermitteln. Volle 70 Drehtage hat man in der Stadt und in der Region Königsberg verbracht.

Einer der zentralen „Drehorte“ des Films war der zentrale Bezirk von Königsberg, insbesondere die Steinstraße [Ulitsa Ofitserkaya] und die Steinmetzstraße [Ulitsa Stepan Razin]. Die Berliner Mauer wurde in der Serie in mehrere Teile geteilt und an der Honigbrücke, auf dem Kneiphof Kant-Insel und am Schlossteich neu errichtet. „Ohne das Königsberger Gebiet wäre diese Serie definitiv nicht möglich gewesen. Wir hoffen, dass alle Anwohner, die von den Unannehmlichkeiten betroffen waren, von der Qualität der Dreharbeiten überrascht sein werden“, sagte Anton Wolodkin, Generaldirektor des Online-Kinos Wink.

Der Film beginnt im Jahr 1987, als Mathias Rust mit seiner Cessna auf dem Weg nach Moskau ist. Auch diesem Flug wird in dem Film ein Spionagehintergrund zugeteilt, den er nicht hatte. Die für die russische Luftüberwachung blamable Tatsache, dass man Rust seinerzeit nicht auf dem Radar hatte und er ungehindert auf dem Roten Platz landen konnte, findet

im Film einen heroischen Dreh: Dort hat Rust unwissentlich eine Biobombe an Bord, weshalb die ihn nun verfolgenden Kampfflieger ihn nicht abschießen durften, weil sonst halb Russland mit einem tödlichen Virus verseucht worden wäre.

Auch sonst kann man bei dem Film bei vielen Einzelheiten Fehler entdecken. So wurde ein Flugzeug mit dem Schriftzug



Russische Actionszene: Halsbrecherische Fahrt durch ein falsches „Berlin“

„Lafthunsa“ übermalt, und auf Plakaten bei Demos steht „Keine Gewalt“. All dies sind Zeichen mangelnder Gründlichkeit, die sich auch sonst in den Film eingeschlichen haben.

In der Serie „DDR“ wird Gorbatschow, nicht gänzlich negativ dargestellt. Er erscheint zwar als wankelmütig, doch der letzte Generalsekretär der KPdSU darf im Film auch Visionen entwickeln. Er will die Spaltung Europas überwinden, aber er wird, wie der Film zeigt, vom Westen von Anfang an hintergangen. Europa wird so ohne die Russen gebaut und die DDR mit einem Taschenspielertrick der Sowjetunion abgeluchst. Historisch ist vieles Unsinniges in diesem „DDR“-Machwerk dabei. Als Propagandastreifen kommt er Putins möglichem Traum von der Wiedererrichtung des russischen Reiches der Zaren aber ziemlich nahe und setzt ein patriotisches Zeichen, dass aus Fiktion früher oder später Realität wird.

### AUSSTELLUNG

## Von Rom fasziniert

Berliner Kupferstichkabinett präsentiert Zeichnungen des Niederländers Maarten van Heemskerck

Klein, aber wirklich fein! Das Berliner Kupferstichkabinett zeigt eine Ausstellung des alt-niederländischen Künstlers Maarten van Heemskerck (1498-1574), der in seinen 30er Jahren für fünf Jahre in Rom gearbeitet hat. Heemskerck hat das noch antik wirkende Rom in Hunderten von Zeichnungen festgehalten, wie es nach der bald einsetzenden Umwandlung durch Michelangelo und Bernini schon bald nicht mehr zu erleben war.

Das Kupferstichkabinett besitzt ein Konvolut von 170 Zeichnungen, enthalten in zwei Skizzenbüchern, die es jetzt aus Anlass von Heemskercks 450 Todestag zusammen mit nationalen und internationalen Leihgaben unter dem Titel „Faszination Rom. Maarten van Heemskerck zeichnet die Stadt“ präsentiert.

Heemskerck war von 1532 bis 1537 in Rom. Die antiken Zeugnisse waren in einem schlimmen Zustand. Die einsetzende Renaissance mit ihrer Wertschätzung der Antike hat sie gewissermaßen in letzter Minute gerettet. Heemskerck muss von

ihnen geradezu fasziniert gewesen sein, er hat sie in unterschiedlicher Technik, mit der Feder, mit Kreide und Rötel, festgehalten. Der Betrachter sieht das ziemlich verwilderte Forum Romanum mit den angrenzenden Kaiserforen und Thermen, immer wieder das Kolosseum (fast zierlich gezeichnet), Säulen, Obeliske und Tempelreste in unterschiedlichster Anschauung. Und immer wieder Skulpturen

wie den erst wenige Jahre vor Heemskercks Ankunft gefundenen Laokoon oder den Apollo von Belvedere. Aber die neue Zeit klingt schon an. Mehrere Zeichnungen halten den Neubau der Peterskirche fest, noch ganz rudimentär, aber doch schon „neue“ Rundbögen, denen nichts Antikes mehr anhaftet.

Spätere Künstler, zumal in seiner Heimat, haben sich von Heemskercks Zeich-

nungen anregen zu lassen und mehrere, auch das zeigt die Ausstellung in Gegenüberstellungen sehr schön, in Kupferstichen festgehalten. Heemskerck selbst hat seine Zeichnungen immer wieder als Anregung für spätere größere Werke genommen. So zeigt ein großformatiges Gemälde den heiligen Hieronymus in einer Ruinenlandschaft, in der man eine just zuvor gesehene Zeichnung wiedererkennt.

Didaktisch ist die Ausstellung ungewöhnlich gut gemacht. In die Mitte eines großen Saals wurde eine Glasrotunde gestellt, die von innen und von außen die einzelnen Zeichnungen im thematischen Zusammenhang zeigt. Eines der zwei Skizzenbücher wurde jetzt aufgebunden, das zweite kleinere wird wöchentlich umgedreht. Beide Skizzenbücher sind auch digital einsehbar.

Dirk Klose



Maarten van Heemskerck: „Blick auf das Forum Romanum“ (um 1532-1536)

### ● MELDUNG

## Troja in der Opernmusik

**Rheinsberg** – Unter dem Motto „Die Schatten Trojas“ findet vom 22. Juni bis 31. August der Rheinsberger Opernfestivalsommer statt. Die Auftaktveranstaltung mit Preisträgern des Gesangswettbewerbs im Rahmen des 250. Jubiläums des Schlosstheaters läuft dabei bei freiem Eintritt. Am 27., 28. und 29. Juni gibt es eine Operngala unter freiem Himmel. Im Zentrum des Festivals stehen zwei Opernproduktionen: Christoph Willibald Glucks „Iphigenie in Aulis“ im Heckentheater (Premiere am 6. Juli) und Niccolò Piccinni „Dido – Königin von Karthago“ als zweite Freiluft-Produktion im Hof des Rheinsberger Schlosses (Premiere am 25. Juli). Als Gastspiel präsentiert das Opera Collective Ireland gemeinsam mit der AKAMUS Berlin die beiden Kurzoepern „Dido and Aeneas“ von Henry Purcell sowie „Venus and Adonis“ von John Blow (9., 10. und 11. August). Karten und Termine unter: [www.musikkultur-rheinsberg.de](http://www.musikkultur-rheinsberg.de) tws

● Bis 4. August, Matthäikirchplatz, 10785 Berlin, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 10 Euro. [heemskerck.smb.museum/web](http://heemskerck.smb.museum/web)



## AERONAUTIK

## Erstflug einer spanischen Dornier

1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht. Manche sprechen in diesem Zusammenhang von Befreiung. Folgen wir dieser Begriffsverwendung, diesem Wording, dann wurden die Deutschen damals von dem Recht und der Möglichkeit befreit, in ihrer Heimat mit dem Konstruieren und Führen von Flugzeugen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Deutschen, die diesen Beruf ausüben wollten, hatten angesichts dieses Berufsverbotes die Wahl, zu bleiben und einen ähnlichen Beruf zu ergreifen oder ins Exil zu gehen, wo sie freier waren. Als Exil boten sich Gegenden der Welt an, die weder zum US-geführten Westblock noch zum SU-geführten Ostblock gehörten wie beispielsweise Ägypten, das unabhängige Indien, Lateinamerika oder Spanien.

Zu den Deutschen, die ins Ausland auswichen, um im Flugzeuggeschäft zu arbeiten, gehörten Claude Dornier und sein ältester Sohn Claudius. Beide hatten schon während des Kriegs in Deutschland zusammengearbeitet und setzten diese Zusammenarbeit nach dem Krieg in Spanien fort. Hierzu wurde in Madrid ein Ingenieurbüro gegründet, die Oficinas Técnicas Dornier (OTEDO). Das Büro beteiligte sich ab 1950 an einer Ausschreibung des Luftfahrtministeriums Spaniens, das aufgrund seiner isolierten Stellung zwischen den Blöcken um eine eigene Wehrindustrie bemüht war.

Die deutsche Konstruktion wurde vom spanischen Flugzeughersteller Construcciones Aeronáuticas S.A. (CASA) gebaut. Rumpf und Fahrwerk wurden in Sevilla, Trag- und Steuerflächen in Cádiz hergestellt. Die Do 25 war ein sogenanntes STOL-Mehrzweckflugzeug. „STOL“ steht für „Short Take-Off and Landing“. Sie war ein einmotoriger Ganzmetall-Schulterdecker mit festem Vorflügel über die gesamte Spannweite und mit Doppelspaltquerruder sowie Auftriebsklappen. Ihre Endmontage erfolgte



Dornier Do 27 Foto: José A. Montes

in Sevilla, und von dort startete die Dornier Do 25, so ihre Typenbezeichnung, auch vor 70 Jahren, am 25. Juni 1954, in den Himmel. Zwei Prototypen wurden von der Do 25 gebaut. Sie selbst ging nie in Serie, aber dafür ihre Weiterentwicklung, die Do 27.

Deren Erstflug startete am 17. Oktober 1956 nicht in Spanien, sondern im bayerischen Oberpfaffenhofen. Im Gefolge des Kalten Krieges, der Remilitarisierung der Deutschen und der Gewährung einer Teilsouveränität durch die Pariser Verträge wurde der jungen Bundesrepublik der Aufbau einer Flugzeugindustrie zugestanden. Die Do 27 war das erste deutsche Motorflugzeug, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Serie produziert wurde. Mehr als 600 Exemplare wurden von ihr gebaut, in Spanien erfolgte eine Lizenzfertigung bei der CASA. Neben mehr als einem Dutzend nationaler Streitkräfte gab es auch zivile Nutzer. Einer war Michael Grzimek. Der Sohn des Tierfilmers Bernhard Grzimek verunglückte mit seiner Do 27 tödlich. Manuel Ruoff



Unweit von Heilbronn in Flein, wo er am 2. April 1525 von den dort versammelten Bauern aus den heilbronnischen und umliegenden Deutschordens-Dörfern sowie Heilbronner Bürgern und württembergischen Bauern aus dem Weinsberger Tal zum Hauptmann gewählt wurde: Jakob „Jäcklein“ Rohrbach

Bild: imago/H. Tschanz-Hofmann

## FEUDALISMUS

## Als die Bauern sich in weiten Teilen des Reiches erhoben

Vor einem halben Jahrtausend begann der Deutsche Bauernkrieg, die Revolution des gemeinen Mannes

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit dem 13. Jahrhundert gab es in regelmäßigen Abständen Bauernaufstände in Europa. Die Auslöser waren immer die gleichen. Die Bauern mussten die Hauptlast bei der Erhaltung der Feudalgesellschaft tragen und immer mehr unproduktive Nutznießer ihrer Arbeit in Adel, Klerus und Besitzbürgertum ernähren. Neben den daraus resultierenden permanent steigenden Abgaben in Form von Zehnten, Steuern, Zöllen und Zinsen waren sie auch noch zu Fron- und Spanndiensten verpflichtet. Darüber hinaus beschnitten die Grundherren die althergebrachten Rechte der Bauern, was die Weide, den Holzeinschlag sowie die Jagd und Fischerei betraf. Dazu kam ab 1519 mit der Reformation ein weiteres Motiv für das Aufbegehren der ländlichen Bevölkerung. So schrieb Martin Luther in seiner Denkschrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“, dass ein Christ „Herr über alle Dinge und niemandem unterthan“ sei.

Vor diesem Hintergrund braute sich 1524 ein neuer Konflikt zusammen, der am Ende weite Teile Thüringens, Sachsens, Frankens, Schwabens, Württembergs, Deutsch-Lothringens und des Rheinlandes sowie auch Tirol, Salzburg und die Schweiz erfasste. Die erste Erhebung begann am 23. Juni 1524. An diesem Tag wandte sich eine bewaffnete Truppe von einigen hundert Bauern des Schwarzwalds und Klettgaus gegen den Grafen Sigmund II. von

Lupfen, der daraufhin auf seine Burg Hohenlupfen flüchten musste. Angeführt wurde das Fähnlein der Aufständischen von dem kampferfahrenen vormaligen Landsknecht Hans Müller, genannt von Bulgenbach. Dieser ignorierte eine Vorladung von Erzherzog Ferdinand von Österreich, der einen Friedensschluss herbeiführen wollte, und sammelte weitere Anhänger, sich dabei auf ein Manifest der „Evangelischen Bruderschaft“ berufend.

## Luther und die Aufständischen

Zu Beginn des Jahres 1525 war dann das komplette nördliche Vorland des Bodensees in Aufruhr. Es bildeten sich drei große Heerhaufen der Bauern mit insgesamt mehr als 30.000 Mann. Die oberschwäbischen Aufständischen verabschiedeten am 20. März 1525 in der Freien Reichsstadt Memmingen erstmals gemeinsame politische Forderungen an die im Schwäbischen Bund organisierte Obrigkeit, die sogenannten Zwölf Artikel der Bauernschaft in Schwaben. Darin verlangten sie unter anderem die Aufhebung der Leibeigenschaft, eine Reduzierung der Abgaben und Dienste, das Recht zur Jagd sowie ungehinderten Nutzung von Wald und Wildnis, die Abschaffung willkürlicher Bestrafungen seitens der Grundherren sowie die freie Pfarrerwahl durch die Gemeinde. Infolge der Erfindung des Buchdrucks wurde das Manifest schnell publik und führte zu einem weiteren Anschwellen der Aufstandsbewegung, die sich nun auch nordwärts ausbreitete.

Allerdings erlitten die Bauern kurz nach der Formulierung der Zwölf Artikel ihre erste große militärische Niederlage. Am 4. April 1525 besiegte das Heer des Schwäbischen Bundes den 5000 Mann starken Leipheimer Haufen des Predigers Jacob Wehe. Kurz darauf machte der hitzköpfige Anführer des Neckartal-Odenwälder Haufens, Jakob „Jäcklein“ Rohrbach, einen gravierenden Fehler, der die Geschichte des Bauernkrieges maßgeblich beeinflussen sollte. Aus Rache für gewalttätige Übergriffe auf seine Leute ließ er den österreichischen Obervogt für Württemberg und Schwiegersohn von Kaiser Maximilian I., Ludwig V. Graf von Helfenstein-Wiesenstein, sowie einige weitere Adlige am 16. April 1525 mittels Speißrutenlauf massakrieren.

Diese sogenannte Weinsberger Blut- tat, für die Rohrbach wenige Wochen später auf ausgesucht grausame Weise hingerichtet wurde, löste bei den Herrschenden landauf landab Entsetzen aus und verbaute sämtliche Wege zu einer Verhandlungslösung. Außerdem verlor Luther jegliche Sympathie für die aufständischen Bauern und forderte den Adel in seiner Schrift „Wider die Mordischen und Reubischen Rotten der Bawren“ zu größter Härte auf: „Man soll sie zerschmeißen, würgen, stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund erschlagen muss.“ Und so kam es dann auch.

Während es Müllers inzwischen 18.000 Mann starkem Haufen noch ge-

lang, etliche Klöster und Burgen zu zerstören und am 23. Mai die Stadt Freiburg im Breisgau einzunehmen, verloren die anderen Bauernheere die Schlachten von Balingen, Rottenburg, Herrenberg, Böblingen, Königshofen, Saverne, Frankenhäusern, Weinsberg, Würzburg, Meiningen, Pfeddersheim und auf dem Rafzer Feld, wobei viele ihrer Niederlagen auf das Konto des erbarmungslos angreifenden Heerführers Georg III. Truchseß von Waldburg-Zeil gingen. Etliche Anführer der Bauern wurden ergriffen und hingerichtet. Dazu gehörten Anton Eisenhut, Wendel Hipler, Hans Sippel und Thomas Müntzer. Im August 1525 traf es schließlich auch Hans Müller, der dem Vogt Ulrich von Hapsberg in die Hände fiel.

## Vergleich mit aktuellen Protesten

Wahrscheinlich kamen im Verlaufe des Deutschen Bauernkrieges bis zu 75.000 Menschen ums Leben. In den Aufstandsgebieten starben wohl knapp drei Prozent der Gesamtbevölkerung. Darüber hinaus gab es erhebliche materielle Schäden. So demolierten die Bauernhaufen rund eintausend Burgen und Klöster.

In den folgenden knapp 300 Jahren beehrte die Landbevölkerung kaum noch wegen ihrer Lebensverhältnisse auf. Ab dem Ende des 18. Jahrhunderts sorgte dann schließlich der Staat selbst durch von oben verordnete Reformen für eine Bauernbefreiung.

Angesichts des 500. Jahrestages des Beginns des Bauernkrieges werden nun Stimmen laut, die Bezüge zu den aktuellen Bauernprotesten in Deutschland und anderen EU-Ländern herzustellen versuchen. Allerdings muss hier vor ahistorischen Gleichsetzungen gewarnt werden. Die konkrete Situation der Bauern damals und heute unterscheiden sich in nahezu jeder Hinsicht, wie nicht zuletzt die Zwölf Artikel von 1525 zeigen. Die einzige Gemeinsamkeit ist die verbreitete Wut über eine Obrigkeit, welche die berechtigten Interessen des Bauernstandes und darüber hinaus auch aller anderen „gemeinen Leute“ auf bornierte Weise ignoriert.



## BAUMEISTER

# Meister des expressionistischen, ornamentalen Bauens mit Klinker

Das Chilehaus und der Sprinkenhof in Hamburg stammen ebenso von dem vor 75 Jahren gestorbenen gebürtigen Preußen Fritz Höger wie das Verlagshaus des „Hannoverschen Anzeigers“ und die Kirche am Hohenzollernplatz in Berlin-Wilmersdorf

VON STEFFEN ADAM

Im Frühjahr 1924 feierte das Chilehaus in Hamburg Einweihung. Zeitgenossen aller Couleur und Fachrichtungen waren sich einig, dass sich etwas Außergewöhnliches ereignet hatte: Der Expressionismus in der Architektur hatte – insbesondere durch das Foto der Gebrüder Dransfeld aus der Froschperspektive gegen die Spitze des Gebäudes – seine weltweit bekannte Ikone erhalten (siehe auch S. 21). Der Gebäudetyp Kontorhaus, aus mittelalterlichen Hansetagen stammend, war gleichsam vorbildlich in das 20. Jahrhundert übertragen. Der Klinker, der hartgebrannte Ziegelstein, war ebenfalls durch ornamentales Vermauern als ganzer Stein, aber aufrecht, hochkant oder gedreht, mustergültig im Expressionismus, in der Moderne, im Neuen Bauen angekommen.

Zu Fritz Höger, dem Architekten mit dem „Bauedelstein“ Klinker, gibt es in diesem Jahr einen weiteren Gedenktag: Vor 75 Jahren ist er in Holstein gestorben. Die Heimat, so entnimmt man es Högers Schriften, der Fachliteratur, aber auch Högers Bauen mit Klinker, war diesem Baumeister offenbar das Wichtigste im Leben und Streben. Selbst geographisch ist Höger mit Wohnsitzen und Werken auf den südlichen Teil Holsteins konzentriert. Sogar seine Planungen in Berlin, Hannover und Wilhelmshaven muss man zum Norddeutschen Kulturkreis rechnen. Synonyme, die Höger zur Beschreibung der Heimat verwendet, sind neben norddeutsch, niederdeutsch, holsteinisch, germanisch und, ja auch, völkisch.

Johann Friedrich (Fritz) Höger wurde am 12. Juni 1877 in Bekenreihe, einem Weiler nordwestlich der Gemeinde Kiebitzreihe, in Holstein, geboren. Als Folge der ersten beiden Einigungskriege, des Deutsch-Dänischen Kriegs von 1864 und des Deutschen Kriegs von 1866, war dieses Herzogtum an Preußen gefallen. Seit dem frühen Mittelalter siedelten im Marschland nördlich der Elbe Holsten, Dithmarscher und Stormaner Sachsen.

Das Marschland im Südwesten Holsteins war außerordentlich fruchtbar. Die Bewohner waren Landwirte und sind es noch heute. Sie trotzten dem Meer und der Elbmündung immer wieder Land ab – und verloren es wieder an den „Blanken Hans“. Es war ein hartes, mühsames Leben, dass zwar die Familie ernährte, aber Ende des 19. Jahrhunderts immer weniger abwarf.

## Verbundenheit mit der Heimat

Martin Höger, der Vater, betrieb als Kleinbauer zusätzlich eine kleine Zimmerei. Seine sechs Kinder halfen seit frühester Jugend auf dem Feld und im väterlichen Handwerk. Fritz Höger erhielt zunächst die übliche einfache Dorfschulbildung – bildungsferne Schichten, wie wir heute sagen würden. Immerhin konnte Höger als erstgeborener Sohn 1893 eine Lehre zum Zimmermann bei Julius Wiese im nahen Elmshorn beginnen und 1896 mit Gesellenbrief abschließen. Parallel besuchte er die Abendschule und schrieb sich an der staatlichen Baugewerkschule Hamburg ein. In ihr wurden während des Winters, wenn die meisten Bautätigkeiten zum Erliegen kamen, Bauhandwerker in Baumaterialienkunde, Baukonstruktions-



Vor einem Modell der Kirche am Hohenzollernplatz mit Gemeindehaus: Fritz Höger

Foto: akq images/TT News Agency/SVT

lehre, Baugeschichte, Formen- und Baustillehre, Zeichnen sowie Bautechniken geschult. Der Schwerpunkt in Norddeutschland lag auf dem Bauen mit Backstein und Ziegeln nach (neo-)gotischem Geschmack. 1896 legte Höger erfolgreich die Prüfung zum Baugewerksmeister ab.

Allerdings blieben Höger mangels Hochschulreife weiterführende Studien an technischen Hochschulen oder gar Diplome oder Examina verwehrt. Dem später höchst erfolgreich als Architekt arbeitenden Aufsteiger wurde noch 1920 die Aufnahme in den Bund Deutscher Architekten mit Hohn und Spott verwehrt. Höger nannte sich deshalb immer Baumeister.

Die Jahrhundertwende wurde für Höger zur Lebenswende. Er siedelte im 23. Lebensjahr nach Hamburg um. Dort erhielt er eine Anstellung im Architekturbüro Lundt & Kallmorgen. Prägender war für Höger jedoch seine Tätigkeit im Bauunternehmen des Maurermeisters Fritz Oldenburg. In deren Rahmen lernte er den unerhörten Variantenreichtum vom Mauerwerk aus Backstein, Ziegeln und Klinkern an praktischen Beispielen kennen und sammelte diesbezügliche Erfahrungen.

1907 eröffnete Höger in Langenhorn – damals nördlich von Hamburg – sein Architekturbüro. Am Anfang standen Villen und Landhäuser für die bürgerliche Mittelschicht. Das Büro gewann an Mitarbeitern und weiteren Aufträgen, zum Beispiel für das 1909 errichtete Kontorhaus Heinrich Niemann am Rödingsmarkt im Zentrum von Hamburg. Zusammen mit dem Journalisten und Schriftsteller Paul Bröcker schrieb Höger 1910 das Buch „Die Architektur des hamburgischen Geschäftshauses. Ein zeitgemäßes Wort für die Ausbildung der Mönckebergstraße“.

Mit ihm gelang der regionale Durchbruch als Architekt. Nach seinen Plänen entstanden 1912 das Rappoldhaus und

1913 das Klöpferhaus in der Hamburger Mönckebergstraße, 1913/14 der Sitz der Handelskammer der Hansestadt. Ebenso gehören zu seinem Werk Umbau und Erweiterung des Sitzes der Hamburg-Amerika-Paketschiff AG (HAPAG) am Ballindamm an der Binnenalster von 1913 bis 1919. Während des Ersten Weltkriegs plante und baute Höger mehr auf dem Lande in Holstein.

Nach dem Krieg fielen viele Entwürfe Högers den Nachkriegswirren und der Hyperinflation zum Opfer. Eine kleine Siedlung in Sasel nördlich von Hamburg wurde 1921 gebaut. Trotz der Verarmung Deutschlands als Folge des verlorenen Ersten Weltkriegs fiel in diese Zeit der Auftrag des Bankiers und Unternehmers Henry Brarens Sloman, ein Kontorhaus zu errichten, wie es die Welt noch nicht gesehen hat: das eingangs erwähnte Chilehaus.

Höger ist auf dem Gipfel seines Ruhmes. Zu seinen bekanntesten Projekten in den Weimarer Jahren gehören neben dem Chilehaus sicherlich der Sprinkenhof in Hamburg, das Verlagshaus des „Hannoverschen Anzeigers“ und die Kirche am Hohenzollernplatz in Berlin-Wilmersdorf. Dazu kommen rund siebzig weitere Entwürfe und/oder Umsetzungen großen Umfangs. Das hätte genug sein können für ein Lebenswerk. Er hätte seinen wahrhaft verdienten Ruhm genießen, ab und an ein gewichtiges Wort als Olympier in die Debatte werfen, eine Professur honoris causa ausüben, Orden und andere Ehrungen entgegennehmen können.

## Durchbruch in Hamburg

Es kam anders. Analog dem Maler Hans Emil Hansen aus Nolde bei Tondern in Schleswig oder dem Bildhauer Arminius Hasemann aus Berlin beschloss Höger, seine Baukunst den Nationalsozialisten als Vorbild für nationalsozialistische Bau-

kunst anzudienen. Noch vor deren „Machtergreifung“, nämlich am 1. September 1932, wurde er mit der Mitgliedsnummer 1.327.593 NSDAP-Mitglied. 1938 ließ er das Gedicht „Künstlertum ist Führertum“ veröffentlichen.

Da hatten Leute wie Albert Speer allerdings bei Adolf Hitler schon lange das Verdikt „entartet“ durchgesetzt. Man ließ Nolde, Hasemann und Höger bis auf einige Gemeinheiten wie dem Ausschluss vom Reichskultursenat oder aus der Reichskammer der bildenden Künste zwar unbehelligt, aber mit der Karriere war es bei allen dreien mehr oder minder vorbei.

Daran änderte auch das Ende der NS-Herrschaft nichts, bei dem Höger immerhin schon 68 Jahre alt war. Die Bauaufgabe „Kontorhaus“ war obsolet geworden – wer bis dahin sich keines hatte bauen lassen, holte dieses auch nicht mehr nach.

Das letzte vollendete Werk von Höger wurde am 8. September 1946 in Itzehoe enthüllt. Es war das deutschlandweit erste Mahnmahl zur Erinnerung an Opfer des Nationalsozialismus. Initiator war der Holocaust-Überlebende Gyula Trebitsch. Nachdem der spätere Filmproduzent in Hamburg das Chilehaus gesehen hatte, hatte er dessen seit 1945 wieder unweit von Itzehoe in Bekenreihe wohnenden Architekten um die Gestaltung gebeten. Drei Jahre nach der Einweihung, am 21. Juni 1949, ist Höger in Bad Segeberg gestorben.

● **Steffen Adam** ist Mitglied im Vorstand des Architekten- und Ingenieurvereins zu Berlin-Brandenburg. Schwerpunkte der Arbeit des Architekten und Bauhistorikers mit ostpreussischen Wurzeln sind die Sanierung und Instandsetzung von Verkehrs-, Gewerbe- und Wohnbauten im Bestand sowie die Vermittlung von Baudenkmalen und denkmalwerter Substanz.

## SCHOTTLAND

## Als 292 Jahre Pause zu Ende gingen

Die durch eine Personalunion bereits verbundenen Königreiche England und Schottland wurden 1707 durch den Act of Union zum Königreich Großbritannien verbunden. Analog trat an die Stelle des englischen und des schottischen Parlaments ein britisches. Das klingt nach Augenhöhe, doch wer Koch und wer Kellner war, ist eindeutig. Das britische Parlament saß und sitzt im englischen London. Böse Zungen könnten von einer englischen Fremdherrschaft über Schottland sprechen. Man könnte aber auch sagen: Wer zahlt, bestimmt die Musik. Denn Schottland hatte sich durch die Vereinigung mit dem reicheren England vor einem Staatsbankrott gerettet.

Seit den späten 60er Jahren kam indes durch die Ölfunde in der Nordsee in Schottland das Gefühl auf, dass man selbst auch zahle und deshalb nicht mehr alles aus London zu schlucken bräuchte. Ähnlich wie die Forderung nach mehr Unabhängigkeit der Katalanen heute, stieß damals die der Schotten im Gesamtstaat eher bei der Linken auf ein gewisses Verständnis und Entgegenkommen. So beschloss das britische Parlament während der Regierungszeit von Labour 1974 bis 1979 ein schottisches Parlament. Dessen Einführung wurde allerdings davon abhängig gemacht, dass bei einem Referendum in Schottland über 50 Prozent der Wähler und mindestens 40 Prozent der Wahlberechtigten dafür stimmten. Bei der 1979 durchgeführten Volksbefragung wurde zwar die erste Bedingung mit 51,6 Prozent erfüllt, aber die zweite mit 32,5 Pro-



Vor 25 Jahren: Königin Elisabeth II. eröffnet das schottische Parlament

zent nicht. Noch im selben Jahr schloss sich das Zeitfenster mit einem Regierungswechsel von Labour zu den Konservativen.

Es öffnete sich wieder, als das Pendel zurückschlug und 1997 wieder Labour an die Regierung kam. Noch im selben Jahr wurde ein zweites Referendum durchgeführt. Diesmal reichte eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, und die wurde mit 74,3 Prozent wieder erreicht.

Zwei Jahre später war es so weit. Nach der konstituierenden Plenarsitzung vom 12. Mai 1999 wurde das schottische Parlament am 1. Juli 1999 von Elisabeth II. eröffnet. Die Kontinuität dieses Parlaments betonte deren lebensältestes Mitglied Winnie Ewing mit den Worten: „Das schottische Parlament, das sich am 25. März 1707 vertagte, ist hiermit wieder zusammengetreten.“

Manuel Ruoff



VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Jahre 1998 avancierte Oberst Tal Dilian zum Chef der sagenumwobenen Einheit 81 des israelischen Militärgeheimdienstes Aman. In dieser Eigenschaft koordinierte er die Entwicklung modernster Spionagetechnologien. Allerdings trat Dilian 2002 zurück, weil der Vorwurf im Raum stand, er habe sich in seiner Dienststellung persönlich bereichert. Anschließend gründete der ehemalige Offizier die Firma Aliada, welche Überwachungstechnik verkaufte. 2018 übernahm Aliada das junge nordmazedonische Unternehmen Cytrox, um dessen Spionagesoftware Predator (Raubtier) zu vermarkten.

Predator ist ein sogenanntes Spyware-Programm, das restlos alles abgreifen kann, was sich auf den Mobiltelefonen der Zielpersonen befindet – und zwar teilweise ohne jedes Zutun derselben. Denn die Ausgespähten müssen oft nicht einmal mehr auf präparierte Links in ihren Nachrichten klicken, um die Geräte unwissentlich mit Viren und Trojanern zu verseuchen. Stattdessen erfolgen die Angriffe über eine direkte Beeinflussung der Betriebssysteme der Mobiltelefone aus der Ferne.

Opfer dieser Spionagesoftware wurden in der Vergangenheit bereits Oppositionspolitiker in Griechenland und Ägypten. Da Predator noch in zahlreiche weitere Länder wie den Sudan, die Mongolei, Kasachstan, Indonesien, Vietnam und Angola sowie auch die Bundesrepublik, Österreich und die Schweiz ging, steht zu vermuten, dass die Dunkelziffer bei den Betroffenen überaus hoch liegt. So lautete auch die Einschätzung eines Recherchenetzwerks, das Nachforschungen über Predator und ähnliche Programme sowie deren Anbieter anstellte und dem das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, die französische Internetzeitung „Mediapart“, „NRC Handelsblad“ aus den Niederlanden, „Politiken“ aus Dänemark und „The Washington Post“ sowie Amnesty International angehörten. Dieser Verbund lieferte zugleich Antworten auf die Frage, woher Dilian das Geld für die Übernahme von Cytrox hatte.

#### Auch deutsche Hände im Spiel

Eine wichtige Rolle spielte dabei die Firma Davidson Technology Growth Debt im brandenburgischen Zossen, die als Risikokapitalgeber fungierte und Dilians Aliada einen Millionenkredit zur Verfügung stellte. In den hierfür verwendeten Fonds hatten auch mehrere deutsche Unternehmer und Immobilienmogule sowie der ehemalige Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Telekom, Heinrich Arnold, investiert.

Parallel zu seiner Übernahme des Predator-Entwicklers Cytrox schmiedete Dilian ein Konsortium europäischer Über-



Der Benutzer merkt nichts: Ausspähprogramme für Mobiltelefone werden immer raffinierter

Foto: Shutterstock

#### DATENSCHUTZ

## Der Spion im eigenen Telefon

Neueste Ausspähprogramme können Mobilfunkgeräte selbst aus der Ferne komplett auskundschaften. Auch Regierungen wie die deutsche interessieren sich für die hochbrisante Software

wachungsfirmen namens Intellexa Alliance, das die Sicherheitsbehörden mit fortgeschrittener elektronischer Spionagetechnik beliefern sollte. Wichtigster Partner Dilians war dabei der Franzose Stéphane Salies. Dessen Unternehmen Amesys hatte früher sowohl den französischen Auslandsgeheimdienst DGSE als auch den Repressionsapparat des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi ausgestattet.

Als Letzteres publik wurde, löste Salies Amesys auf und gründete Nexa Technologies SAS und die Advanced Middle East Systems (AMES). Nexa übernahm dabei den weiteren Vertrieb des Amesys-Spionageprogramms Eagle unter dem Namen Cerebro. Und auch hier fanden sich deutsche Geschäftspartner, allen voran die Plath Corporation aus Hamburg, zu deren Kunden die Bundeswehr und die Bundesnetzagentur gehörten und deren geschäftsführender Gesellschafter Nico Scharfe in der SPD-Szene der Hansestadt

vernetzt ist. Das Unternehmen kaufte sich mit jeweils 30 Prozent bei Nexa und AMES ein und verfügt seither über zwei Sitze im Nexa-Aufsichtsrat.

#### „Ein Deal aus der Hölle“

In der Folgezeit verhökerten Salies' Firmen ihre Produkte an Staaten wie Österreich, Jordanien, Ägypten, Singapur, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie Frankreich und Monaco. Allerdings waren Cerebro und Co. den immer besseren Verschlüsselungssystemen der Anbieter von Mobiltelefon-Software nicht gewachsen, weshalb man sich innerhalb der Intellexa Alliance zunehmend auf das effizientere Predator-Programm konzentrierte. Denn die Sicherheitsbehörden in aller Welt und damit letztlich auch den westlichen Demokratien verlangten die jeweils modernste Abhör- und Spionageausrüstung – und bekamen diese offensichtlich auch sehr oft. Für die liberale niederländische Europaabgeord-

nete Sophie in 't Veld sind die Geschäfte mit Cytrox, Nexa, AMES und weiteren Firmen der Intellexa Alliance „ein Deal aus der Hölle“.

Das hinderte die deutsche Regierung allerdings nicht daran, bei dem Konsortium zu kaufen. Nach Dokumenten, die dem „Spiegel“ vorliegen, erwarb die dem Bundesinnenministerium unterstehende Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) bei mindestens zwei Gelegenheiten Überwachungstechnik von Nexa. Auf diesbezügliche Rückfragen erklärte das Ministerium, man könne hierzu keine Angaben machen, ohne „die Ermittlungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden ... zu gefährden“. Ähnlich schmalplippig fielen die Antworten der Vorstandsetage des Rüstungsunternehmens Hensoldt AG in Taufkirchen aus, das zu 25 Prozent der Bundesrepublik Deutschland gehört: Man habe eine Zeit lang vertrauliche Verhandlungen mit der Intellexa Alliance geführt, aber mehr sei nicht passiert.

Aufschlussreich ist darüber hinaus die Haltung der Bundesregierung in Bezug auf die Anti-Spyware-Erklärung vom April 2023, in der elf westliche Staaten angekündigt hatten, gegen den Wildwuchs bei der Verbreitung von digitalen Angriffswaffen wie der Predator-Software vorzugehen. Deutschland verzichtete auf die Unterzeichnung des Dokuments, obwohl es im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung heißt, dass der Einsatz von Überwachungssoftware durch staatliche Behörden zu unterbleiben habe, „solange der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung nicht sichergestellt ist“, womit sich das Abhören von Mobiltelefonen logischerweise verbietet.

Insofern sind die Bemühungen von in 't Veld, Initiativen auf EU-Ebene ins Leben zu rufen, um „diesen Überwachungsalltraum“ zu stoppen, durchaus angebracht. Ob diese dann freilich auch zum gewünschten Erfolg führen, bleibt abzuwarten.

#### TERROR-ABWEHR

## Die Überwachungsolympiade in Paris

Die diesjährigen Spiele erleben beispiellose Sicherheitsmaßnahmen – Kritiker fürchten einen Testlauf für mehr Bevölkerungskontrolle

Einhundert Jahre nach den Olympischen Sommerspielen in Paris von 1924 wird in der französischen Hauptstadt eine neue Ära der olympischen Bewegung anbrechen, nämlich die der Massenüberwachung. Beispielsweise kommen während des diesjährigen Treffens der Sportler der Welt vom 26. Juli bis zum 11. August von Künstlicher Intelligenz (KI) gesteuerte Kameras zum Einsatz, um „abnormale Verhaltensweisen“ der Menschen in Paris zu erkennen und gegebenenfalls die Sicherheitsbehörden zu alarmieren.

Möglich macht dies das neue französische Olympiagesetz vom Mai 2023. Dabei sollen die „Rechte und Freiheiten unserer

Mitbürger in vollem Umfang gewahrt bleiben“, so das Versprechen der amtierenden Sportministerin Amélie Oudéa-Castéra. Genau daran bestehen allerdings erhebliche Zweifel, zumal das Ganze als Feldversuch geplant ist, der erst am 31. März 2025 endet – also 232 Tage nach dem Verlöschen des olympischen Feuers in Paris.

Parallel zur Überwachung auf der Basis von KI-Algorithmen wird es außerdem ein digitales Passierscheinsystem geben, das in fataler Weise an die in der Volksrepublik China üblichen Zugangsbeschränkungen während der Corona-Pandemie gemahnt. Anstatt die Eröffnungs-

feier – wie bislang stets üblich – im Stadion stattfinden zu lassen, sollen die Athleten mit 600 Booten auf der Seine von der Pont d'Austerlitz bis zur Pont d'Iéna fahren, was nach Einschätzung der französischen Regierung mit einer hohen Terrorgefahr einhergeht. Deshalb wurden die Stadtteile entlang der Strecke auf dem Fluss kurzerhand zur Sicherheitszone erklärt, in die ab dem 19. Juli niemand mehr ohne Genehmigung hineingelangen darf.

Um das zu gewährleisten, muss jeder, der in dieser Zone wohnt oder sie aus irgendwelchen anderen Gründen betreten will, einen individuellen QR-Code beantragen, der beim Passieren vorzuweisen

ist. Das betrifft etwa 20.000 Anwohner und 200.000 weitere Personen, die sich normalerweise in den fraglichen Vierteln aufhalten. All diese Menschen sollen nun amtlichen Überprüfungen unterzogen werden. Nach welchen Kriterien dabei Entscheidungen über die Zuteilung oder Ablehnung des QR-Codes erfolgen, wollte der französische Innenminister Gérald Darmanin trotz Drängens der Presse nicht sagen.

Auf jeden Fall ist vorgesehen, 18.000 Soldaten für die Kontrolle der Ein- und Ausgänge zu der Sicherheitszone aufzubieten, wobei diese offenbar nicht nur aus Frankreich kommen werden. So hat der

polnische Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz bereits die Entsendung von Militärangehörigen aus seines Landes angekündigt.

Kritiker des monströsen Sicherheitskonzeptes während der diesjährigen Spiele in Paris äußern den Verdacht, dass das Sportereignis als Testlauf für Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle und zur Durchsetzung von groß angelegten Bewegungseinschränkungen missbraucht werden soll. Damit, so die Befürchtung, ließen sich dann später Protestaktionen von Bauern, Fernfahrern, Gelbwesten und ähnlichen „Störenfriedern“ auf wirksame Weise unterbinden. W.K.



**MEMEL**

## Wiedergeburt eines jüdischen Theaters

Eine Mathematiklehrerin verwirklichte ihren Traum vom Schauspielen – Drei Stücke aktuell im Repertoire

VON BODO BOST

In Memel gibt es mit dem Amateurtheater „Shatil“ das einzige jüdische Amateur-Theater im Baltikum. Maja Tarachowskaja, eine Mathematiklehrerin, hat das 1988 gegründete russischsprachige Theater vor einigen Jahren wiederbegründet und leitet es mit großem Erfolg.

Während der Zeit der Unabhängigkeitsbewegung Litauens zwischen 1988 und 1989, als die Kirchen und Synagogen an ihre alten Besitzer zurückgegeben wurden, wurde in Memel die jüdische Theatergruppe „Shatil“ gegründet. Die Gründer des Theaters waren Feliks Puzemskis, der heutige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde von Memel, und Ilja Kogan, ein Mitglied der Gemeinde. Shatil ist Hebräisch und bedeutet so viel wie „sprießen“. Aber nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Litauens 1991 verließen von den damals mehr als 1000 Juden in Memel die meisten ihre Heimat Richtung Israel, darunter auch der Kern des Shatil-Theaters.

Die Aktivitäten des Theaters wurden eingestellt, aber eine Person blieb – Maja Tarachowskaja. Sie hatte schon in ihrer Jugend den Traum, Theater zu machen, und ihre Liebe zum Theater hatte sie nie verloren. Als Mathematiklehrerin an der Maxim-Gorkij-Schule in Memel gründete sie das Lehrertheater Peremena (Veränderung) unter der Leitung der Regisseurin Galina Semionowa. Tarachowskaja eröffnete 2017 mit Hilfe der jüdischen Gemeinde in der Dangestadt das Shatil-Theater zum zweiten Mal. Heute gibt es noch etwa 300 Juden in Memel. Mit 60 Jahren wurde sie gleichzeitig Wiederbegründerin, Dramatikerin und Schauspielerin. Shatil ist das einzige jüdische Laientheater in den drei baltischen Staaten.

Mit dem Schreiben von Theaterstücken begann Tarachowskaja 2008. Seitdem hat sie bereits sechs Bücher und 40 Stücke in verschiedenen Genres geschrieben – Komödien, Dramen, Phantasmagorien. Ihre Stücke wurden in verschiedenen Ländern aufgeführt, darunter



Theater spielen als Hobby: Schauspieler des Ensembles „Shatil“

Foto: Screenshot Facebook Shatil

auch in professionellen Theatern in Kiew, Minsk und Dnipro. Sie verwendet das Pseudonym Asios Kotliar, das ist eine Anlehnung an den Namen einer ihrer Großmütter. Für ihre Verdienste wurde sie 2021 zur „Frau des Jahres“ in Memel gewählt.

### Maja Tarachowskaja gründete das Theater zum zweiten Mal

„Shatil“ gehörte bereits zweimal zu den besten litauischen Theatern im Rahmen des „Reflections“-Wettbewerbs. Ihr Repertoire umfasst derzeit drei Stücke. Das Ensemble hat im Augenblick 30 Mitglieder im Alter zwischen zwölf und 70 Jahren. Nur sechs von ihnen sind jüdischer Nationalität, auch Litauer, Russen und Karaiten gehören zum Ensemble. Karaiten sind tatarische Juden. Die meisten wurden über soziale Netzwerke rekrutiert. Das Theater tritt in ganz Litauen auf und tourt auch durch die anderen baltischen Staaten. Das Hauptziel des Theaters ist es, die Werte des jahrtausendealten jüdischen Erbes zu

erhalten und Respekt für andere Kulturen zu entwickeln.

Die Mehrheit des Ensembles des Theaters „Shatil“ in Memel sind theaterbegeisterte russischsprachige Einwohner. Das erste Stück im Jahre 2017, „Mamoules“, spielt in der Ukraine. Darin geht es um drei Frauen verschiedener Nationalität, die sich angesichts der politischen Veränderungen in diesem Land um Falschmeldungen streiten. Das Stück war ein großer Erfolg und wurde erfolgreich auf verschiedenen Bühnen aufgeführt. Die Aufführung in Wilna, auf der Bühne des Puppentheaters, wo sich während der NS-Besatzung das jüdische Ghettotheater befand, war für die Schauspieler unvergesslich. Durch den Ukrainekrieg hat das Stück eine ungeahnte Aktualität erlangt.

Nach dem erfolgreichen Debüt schlug Tarachowskaja die Komödie „Wir sind Astronauten“ vor. Angesichts einer gemischtreligiösen Ehe erklärt der Vater des Bräutigams darin: „Wir Juden sind Astronauten.

Vor dreitausend Jahren wurden wir vom Berg Sinai mit einer Mission in die Welt geschickt, und unser wichtigstes Ziel ist es jetzt, den Kontakt zur Basis zu halten. Und wir verlieren ihn. Das ist schrecklich.“

Die dritte Produktion des Theaters Shatil, „Die Welt ohne dich ist schrecklich für mich“, ist ein Melodram, das während der deutschen Besatzung spielt. Einem schwangeren jüdischen Mädchen gelang es, vom Deportationszug ins KZ zu entkommen und sich bei einer Bäuerin zu verstecken. Nach der Geburt überließ sie das Neugeborene der Bäuerin. Das Kind wuchs auf, ohne seine wahre Herkunft zu kennen. Nach dem Krieg kehrte die Jüdin zurück, wagte es aber nie, das Kind der Frau wegzunehmen, die es aufgezogen hatte. Ihr ganzes Leben lang schrieb sie Briefe an ihr Kind, die sie nie abschickte. Diese sind die Grundlage des Stücks. Es ist allen nichtjüdischen Personen gewidmet, die Juden vor dem Völkermord gerettet haben, ohne dafür materielle Gegenleistungen zu erhalten.

**ALLENSTEIN**

## Michelin verlagert einen Teil seiner Produktion

Konkurrenz aus Asien und gestiegener Mindestlohn – Viele ausländische Investoren kehren Polen den Rücken

Der Reifenhersteller Michelin hat damit begonnen, sein Lkw-Reifenwerk in Allenstein stillzulegen und die Produktion nach Rumänien zu verlagern. Als Grund werden die hohen Produktionskosten genannt. Das Werk soll bis Ende des Jahres den Betrieb einstellen, es wird jedoch nicht vollständig geschlossen. Damit soll eine Massenentlassung verhindert werden.

In dem betroffenen Teil des Werks sind rund 500 Menschen beschäftigt. Alle Mitarbeiter, die bisher dort tätig waren, werden in den anderen Betrieben der Gruppe weiterbeschäftigt. Das bestätigte der Sprecher von Michelin Polen, Piotr Staszalek. Er sagte, dass „jedem der Mitarbeiter des Lkw-Reifenwerks ein Arbeitsplatz in einer angemessenen Stelle angeboten wird, die seinen Kompetenzen und Erfahrungen in anderen Werken entspricht. Die Bedingungen, die den Mitarbeitern des Lkw-Reifenwerks in an-

deren Betrieben angeboten werden, sollen nicht schlechter sein als die derzeitigen“.

In Allenstein erhalten bleiben das Werk für Personen- und Lieferwagenreifen, für Landwirtschaftsreifen, für Halb-

fertigprodukte, das Formenwerk sowie das für die Herstellung von Reifenkorden und die Servicegruppe.

Das Reifenwerk in Allenstein wurde 1995 Teil der Michelin Polen S.A. Gruppe. Heute ist es der größte Arbeitgeber in der Stadt. Insgesamt arbeiten rund 5000 Menschen in dem Werk in Südostpreußen. Staszalek erklärte, dass die Produktion von Lkw-Reifen im Allensteiner Betrieb aufgrund der Situation auf dem Lkw-Reifenmarkt in Europa eingestellt werde: „Dieser Markt wird mit billigeren Reifen aus Fernost überschwemmt, und deshalb traf unser Werk die Entscheidung, die Produktion von Lkw-Reifen einzustellen.“

Polen ist für ausländische Investoren nicht mehr so attraktiv als Billiglohnland wie vor ein paar Jahren. Produktionskosten und der steigende Mindestlohn stellen den Gewinn der Unternehmer in Frage. Die Produktionsverlagerung in andere

Länder ist in der Regel mit Entlassungen verbunden.

Derzeit schwappt eine Entlassungswelle durch Polen: Nokia plant die Entlassung von 800 Mitarbeitern, PepsiCo von 200. Levi Strauss wird seine Produktion in der Stadt Plock einstellen. Fast 800 Menschen verlieren ihre Arbeitsplätze. Der Jeanshersteller war seit 31 Jahren in Masowien tätig. Zu den anderen Unternehmen, die Polen verlassen, gehören Stellantis, das sein Motorenwerk in Bielsko-Biala schloss, und Signify, das Komponenten für Beleuchtung herstellte. Die Schließung von Werken wurde auch von TE Connectivity Industrial, einem amerikanischen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, angekündigt. In Neuendorf [Nowa Wieś Łębarska] in Pommern werden 140 Menschen ihre Jobs verlieren, da die Produktion nach Marokko verlagert wird.

Dawid Kazanski



Einer der größten Arbeitgeber in Allenstein: Reifenhersteller Michelin

Foto: D.K.

**MELDUNGEN**

## Saison für die Lycker Bahn

Lyck – Wie die Leser von Siegfried Lenz wissen, waren auf der Lycker Schmalspurbahn, die zwischen 1912 und 1918 entstand, einst gerissene Pferdehändler und gestandene Masurern unterwegs. Heute ist die 1991 ins Denkmalregister eingetragene und seit 2014 zum Historischen Museum in Lyck gehörende einzige aktive Schmalspurbahn im südlichen Ostpreußen eine Touristenattraktion. In der Saison 2023 beförderten die offenen und geschlossenen Waggons der Bahn über 17.500 Fahrgäste über die 30 Kilometer lange Strecke durch malerische masurische Landschaften. Der Ausflug mit Lagerfeuer in Sypittken dauert etwa drei Stunden, Fahrkarten gibt es im Internet oder im Lycker Museum im alten Bahnhofgebäude der Stadt. Mit dem ersten Wochenende im Mai hat die Schmalspurbahn ihren Betrieb aufgenommen. In der Hauptsaison im Juli und August ist sie täglich mit Ausnahme der Montage unterwegs. Die Saison dauert bis zum 28. September. U.H.

## Risse im Dom-Marmor

Königsberg – Zentimeter breite Risse im Marmor haben sich an Decken und am Gewölbe im Königsberger Dom gebildet. Wie der Minister für Kultur und Tourismus des Gebiets, Andrej Jermak, kürzlich bekannt gab, wird das Gebäude derzeit gründlich untersucht, um zu verstehen, welchen Veränderungen der Dom unterworfen ist. Nach einem Beobachtungszeitraum müsse dann entschieden werden, welche Sanierungsarbeiten durchgeführt werden müssen. Dass das Domgebäude einsturzgefährdet ist, hatten Architekten bereits vor neun Jahren festgestellt, als sich ein Riss an der Nordwand des Gebäudes gebildet hatte, der sich ständig weiter ausdehnte. Im vergangenen Jahr wurde erst das Foyer des Doms repariert. MRK



## Wir gratulieren...



**Rokitta, Erika**, geb. **Magdowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 26. Juni  
**Tomkowicz, Elfriede**, geb. **Samotia**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 27. Juni  
**Traube, Karen**, geb. **Spickschen**, aus Woydiethen, Kreis Fischhausen, am 23. Juni

**Habedank, Walter**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 24. Juni  
**Krusche, Toni**, geb. **Frenkler**, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 26. Juni  
**Treßelt, Gertrud**, geb. **Boersch**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 25. Juni

**Ferdinan, Irmgard**, geb. **Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Juni  
**Grundmann, Marianne**, geb. **Münchow**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni  
**Hennig, Gerhard**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni  
**Lasogga, Johannes**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 23. Juni  
**Lehmann, Margarete**, geb. **Wendt**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni  
**Mattutat, Ruth**, geb. **Artschwager**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 21. Juni  
**Schlüter, Helga**, geb. **Oberpichler**, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 27. Juni  
**Schulte, Herta**, geb. **Wagner**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Juni  
**Siebeneicher, Hilda**, geb. **Holnowski**, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 23. Juni

**Hübner, Georg**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. Juni  
**Rieche, Irene**, geb. **Meutsch**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 27. Juni  
**Sattler, Ruth**, geb. **Halbow**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 21. Juni  
**Scheidemantel, Eberhard**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 27. Juni  
**Schneider, Hildegard**, geb. **Miklas, John**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. Juni  
**Thiel, Heinz**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 27. Juni

**Gerling, Renate**, geb. **Alexander**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni  
**Günther von Glasow, Hannelore**, geb. **von Glasow**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 23. Juni  
**Hoechst, Roderich**, aus Ebenrode, am 23. Juni  
**Krall, Ingrid**, geb. **Habedank**, aus Lyck, am 21. Juni  
**Kremer, Inge**, geb. **Bednarz**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 26. Juni  
**Lindner, Renate**, geb. **Weichert**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 25. Juni  
**Mai, Klaus**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 24. Juni  
**Meier, Jörn**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 26. Juni  
**Müller, Helga**, geb. **Passargus**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 22. Juni  
**Peterson, Hartmut**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 21. Juni  
**Petri, Elfriede**, geb. **Mielewski**, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 23. Juni  
**Pinkert, Edda**, geb. **Heer**, aus Rauteberg, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. Juni  
**Richter, Elsbeth**, geb. **Gronwald**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. Juni  
**Schultz, Ingrid**, geb. **Herbst**, aus Ebenrode, am 23. Juni  
**Stankewitz, Heinz**, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 25. Juni  
**Stölting, Gudrun**, aus Lötzen, am 26. Juni  
**Voos, Irma**, geb. **Köhn**, aus Wehlau, am 27. Juni

## ZUM 103. GEBURTSTAG

**Rupsch, Herta**, geb. **Grigull**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

## ZUM 101. GEBURTSTAG

**Drenske, Gertrud**, Steinberg, Kreis Lyck, am 21. Juni  
**Preis, Ella**, geb. **Palm**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 22. Juni

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Freitag, Ursula**, geb. **Kirsch**, aus Bolitten, Kreis Mohrunen, am 23. Juni  
**Pohner, Evemarie**, geb. **Block**, aus Lycker Garten 16, Lyck, am 26. Juni  
**Poschadel, Irmgard**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 26. Juni

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Eggert, Edith**, geb. **Schernack**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Juni  
**Hartmann, Inge**, geb. **Eichler**, aus Louisenthal, Kreis Mohrunen, am 26. Juni  
**Heinrichs, Hildegard**, geb. **Gerdas**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni  
**Kirchenberger, Luise**, geb. **Jakubczyk**, aus Hindenburgstraße 16, Lyck, am 25. Juni  
**Kopke, Christel**, geb. **Sadlowski**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 27. Juni

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Birr, Herta**, geb. **Sczesny**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Cordes, Lydia**, geb. **Hensel**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juni  
**Kleinert, Hildegard**, geb. **Danowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. Juni  
**Neumann, Horst**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Juni  
**Piepho, Hanna**, geb. **Jablonowski**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 21. Juni  
**Torner, Horst**, aus Thorner Straße 1, Lyck, am 23. Juni  
**Will, Lothar**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 24. Juni  
**Zachris, Werner**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 22. Juni  
**Zilinske, Berta**, geb. **Launert**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Dibowski, Ewald**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni  
**Krüger, Waltraud**, geb. **Goetzke**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni  
**Weidlich, Dorothea**, aus Lyck, am 21. Juni  
**Willert, Walli**, aus Voerde, am 25. Juni  
**Winkelmann, Helmut**, aus Steinstraße 5, Lyck, am 26. Juni

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Bürgen, Arnold**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juni

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Berger, Anneliese**, geb. **Prepens**, aus Lötzen, am 26. Juni  
**Hartmann, Hans**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Juni  
**Klatt, Heinz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni  
**Mlodoch, Irmgard**, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 25. Juni  
**Sintenis, Ingobert**, aus Hamburg, Kreis Mohrunen, am 24. Juni  
**Spreckelsen, Adelgunde**, geb. **Schwarz**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni  
**Wadehn, Manfred**, aus Wischehen, Kreis Fischhausen, am 24. Juni

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bendszus, Helga**, geb. **Poweleit**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 22. Juni  
**Block, Ewald**, aus Roddau Perkui-ken, Kreis Wehlau, am 27. Juni  
**Böttcher, Charlotte**, geb. **Joswig**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni  
**Gruhn, Walter**, aus Horn, Kreis Mohrunen, am 23. Juni  
**Hacker, Elli**, geb. **Gregor**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. Juni  
**Jahnert, Walter**, aus Monken, Kreis Lyck, am 22. Juni  
**Mazart, Wolfgang**, aus Ortelsburg, am 25. Juni  
**Meson, Erika**, geb. **Bremer**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 26. Juni  
**Nürnberg, Hildegard**, geb. **Kobialka**, aus Morgenstraße 18, Lyck, am 27. Juni  
**Ochs, Christel**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 26. Juni  
**Steffan, Monika**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 25. Juni  
**Teuteberg, Ehrentraud**, geb. **Kuhn**, aus Königsdorf, Kreis Mohrunen, am 21. Juni

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Borgwardt, Edelgard**, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 26. Juni  
**Bugaj, Waltraut**, geb. **Borchert**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunen, am 27. Juni

Die PAZ  
zum Probelesen  
Vier Wochen gratis  
Telefon (040) 41400842

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Ahlborn, Inge**, geb. **Hensel**, aus Lyck, am 27. Juni  
**Bähnk, Hannelore**, geb. **Weichhaus**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 22. Juni  
**Birmes, Ursula**, geb. **Kähler-Radtke**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. Juni  
**Braatz, Marga**, geb. **Templin**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 22. Juni  
**Brandt, Christel**, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 23. Juni  
**Eichholz, Karl-Heinz**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 24. Juni  
**Engling, Konrad**, aus Reichau, Kreis Mohrunen, am 24. Juni  
**Fleischmann, Siegfried**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 27. Juni  
**Flucks, Paul**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 23. Juni  
**Golka, Edeltraud**, geb. **Kassner**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 22. Juni  
**Hornschuh, Margarete**, geb. **Rosinski**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 24. Juni  
**Kallweit, Alfons**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 22. Juni  
**Knauff, Anneliese**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 26. Juni  
**Kolpatzik, Dr. med. Horst**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. Juni  
**Leyk, Evamaria**, geb. **Weyher**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 21. Juni  
**Mäcker, Christel**, geb. **Klein**, aus Fischhausen, am 22. Juni  
**Marquardt, Manfred**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 26. Juni  
**Marweg, Lieselott**, geb. **Herrmann**, aus Lyck, am 24. Juni  
**Müller, Hilda**, geb. **Urban**, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 26. Juni  
**Rogalski, Elisabeth**, geb. **Slopianka**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni  
**Schmidt, Luise**, geb. **Loeper**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 22. Juni  
**Schultz, Otto-Ehrhardt**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 24. Juni  
**Stein, Werner**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 24. Juni  
**Tietgen, Waltraud**, geb. **Boguschewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni  
**Wilkes, Elli**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 21. Juni

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Baumgart, Lothar**, aus Lötzen, am 26. Juni  
**Daschkey, Ingobert**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Juni  
**Fink, Hannelore**, geb. **Grzywatz**, aus Treuburg, am 25. Juni

## Landmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Heilsberg  
 20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt  
 7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
 1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)  
 2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

**Auskünfte:** Landmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



## Ostpreußisches Landesmuseum

Freitag, 21. Juni 2024, 18:30 Uhr, Eintritt: 4,00 €  
**Geschichte einer Mühle in Ostpreußen - eine Spurensuche - Vortrag und Gespräch mit Burchard Dabinnus, Henri Rösch und Dr. Christian Rohrer**

In der Vorkriegszeit gab es in Bartenstein einen großen modernen Mühlenbetrieb, der der jüdischen Familie Meyer gehörte. Nach 1933 begann in Ostpreußen - wie in ganz Deutschland - der Prozess der so genannten „Arisierung“, bei dem jüdischer Besitz zwangsweise an neue, arische Eigentümer übertragen wurde. So gelangte die Meyer Mühle in die Hände der deutschen Familie Dabinnus. Einem Teil der Familie Meyer gelang es, noch vor Kriegsausbruch aus Deutschland zu emigrieren, andere wurden Opfer des Holocausts. 80 Jahre später versucht Burchard Dabinnus, Schauspieler und Regisseur aus München, dessen Großeltern die Mühle der jüdischen Nachbarn übernommen hatten, die „Mühlengeschichte“ aufzuklären. Gemeinsam mit den Meyer Nachfahren analysiert er historische Fakten, recherchiert und wertet überlieferte Dokumente aus,

sucht nach Berichten von Verwandten und Zeitzeugen. War die Übernahme lediglich ein getarnter Versuch, den Besitz der befreundeten jüdischen Familie zu „verstecken“, oder handelte es sich um eine Enteignung zu einem Schleuderpreis? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Sonntag, 23. Juni 2024, 10-18Uhr, Familienkarte für alle Museen und Kloster Lüne: einmalig 15,00 €  
**Ferienstarter 2024 - Familientag der Lüneburger Museen**  
 Zum Ferienstart können die Familien durch die Stadt von Museum zu Museum ziehen und sich von den abwechslungsreichen Angeboten und Ausstellungen begeistern lassen. Die Familien-Eintrittskarte (zwei Erwachsene plus max. fünf Kinder) gibt es für einmalig 15 Euro an diesem Tag an jeder Museumskasse. Die Tickets berechnen zum Eintritt in die Museen (Kloster Lüne, Museum Lüneburg, Ostpreußisches Landesmuseum, Salzmuseum) sowie zur Teilnahme an allen Ferienstarteraktionen. Wer sich bei jedem Museum einen Stempel abholt, kann

zudem an einer Verlosung teilnehmen und mit etwas Glück einen Museums-Kindergeburtstag gewinnen.

Donnerstag, 27. Juni 2024, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei!  
**Der Luchs - die größte Raubkatze Europas - Kinderclub mit Noemi Ronge**  
 Es geht auf eine Entdeckungsreise in die Tierkunde-Abteilung. Dort ist die größte Raubkatze Europas zu finden: den Luchs. Wenn man in Deutschland vom Luchs spricht, ist der Eurasische Luchs gemeint. Nach Bär und Wolf ist er das größte Raubtier in Europa. Viele Jahre lang wurden Luchse verfolgt. Erst seit einigen Jahren durchstreifen sie wieder die Wälder Europas. Die Lebensweise dieser schönen Tiere wird vermittelt, danach wird im Atelier eine Landschaft mit Luchs gemalt oder ein kleiner Luchs aus Ton geformt. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.



## PAZ wirkt!

## Glückwünsche an:

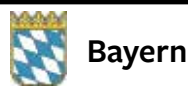
Ulrike Groddeck  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: groddeck@paz.de

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
 Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



## Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

## Prominenter des Monats:

## Manfred Schaefer

**Hof** - Für den Monat Juni hatte Kulturwart Bernd Hüttner, auch im Hinblick auf die Europameisterschaft, den gebürtigen Ostpreußen Manfred Schaefer ausgewählt.

Dieser wurde am 12. Februar 1943 in Pillau geboren und wuchs nach der Flucht mit seinen beiden Geschwistern in der Nähe von Bremen auf. 1954 wanderte die Familie nach Australien aus. Als Milchmann lieferte er in einem Vorort von Sidney die Milch aus und legte so täglich, vor dem Fußballtraining, 40 Kilometer zurück. In seiner neuen Heimat brachte er es zum Nationalspieler.

Der wuchtige Innenverteidiger galt als knallharter Abwehrspieler. 1974 kämpfte er bei der WM mit der australischen Nationalmannschaft in der Gruppenphase gegen die DDR und die Bundesrepublik Deutschland.

Das Medieninteresse war groß, seine deutsche Herkunft war in aller Munde. Die Australier kamen allerdings nicht über die Gruppenphase hinaus. Nach der WM beendete er seine aktive Fußballkarriere und wurde ein erfolgreicher Trainer. Manfred Schaefer starb am 28. März 2023 in Sydney. In Australien ist er unvergessen. Er wurde in die Hall of Fame des aus-

tralischen Fußballs aufgenommen. Anlässlich seines Todes spielte man mit Trauerflor. Die Mannschaft sollte ein Glas Milch auf sein Wohl trinken.

Bernd Hüttner schloss seinen Vortrag mit der Hoffnung, dass das Jahr 2024 ein gutes Omen für die deutsche Mannschaft sei. Schließlich wurden die Deutschen u.a. 1954, 1974 und 2014 Weltmeister

Die nächste Monatsversammlung findet am Samstag, dem 13. Juli, um 15 Uhr im Jahnheim Hof statt. Thema wird „Der Sommer in Ostpreußen“ sein. Gäste sind herzlich willkommen.



## Bremen

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

## Einladung

Dienstag, 25. Juni - 19 Uhr - Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5, 28195 Bremen Im kleinen Saal im 1. Obergeschoss spricht Dr. Bernd Moldenhauer, Worpswede zum Thema Immanuel Kant - Aufklärer, Republikaner, Kosmopolit.

Zum 300. Geburtstag am 24. April 1724. Themen sind der Begriff der Aufklärung, der Beitrag, den Kant geleistet hat und die Bedeutung seines Verständnisses aufgeklärter Menschen und Verhältnisse in der Gegenwart. Die Aufklärung hatte zu Kants Zeit entschieden mehr Gegner als Anhänger. Heute

verhält es sich kaum anders. Den Spruch „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ kennt fast jeder. Er reicht nicht aus für die Charakterisierung dessen, was Kant unter Aufklärung verstanden hat.

Der Vortrag soll zeigen, dass Kritik, Rationalität, Vernunft nur Voraussetzungen für Aufklärung sind. Sie erfüllt sich für Kant erst, wenn rechtsstaatliche Verhältnisse im Rahmen einer republikanischen Verfassung existieren. Von einer über sich und ihre Interessen aufgeklärten Gesellschaft kann man aber mit Kant erst sprechen, wenn der Kriegszustand zwischen den Nationen aufgehoben ist in einer Föderation, die in der Lage ist, alle Kriege zu beenden und aus Bürgern Weltbürger geworden sind.

Diese weltumspannende Philosophie ist entstanden in einer Zeit des Absolutismus in Königsberg. Kant war berühmt dafür, diesen Ort selten und Ostpreußen nie verlassen zu haben. Die Geschichte der Stadt und der Stadtgesellschaft zeigt, wie eng das Kantsche Werk mit ihr verbunden war.

Zu dieser Veranstaltung der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen in Bremen ist jeder herzlich eingeladen. - Der Eintritt ist frei



## Hamburg

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

**Landesgruppe** - Donnerstag, 20. Juni, 14 - 17 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, unweit der U-Bahn Haltestelle Niendorf Markt. Heimatnachmittag der HKG Elchniederung bei Kaffee, Kuchen und gemeinsamem Singen. Gäste sind herzlich willkommen.



## Hessen

**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

## Jahresprogramm

**Wetzlar** - Sonnabend, 6. Juli: Grillfest



## Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Untertüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

## Bericht über unsere Versammlung am 12. Juni 2024

Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg traf sich am 12. Juni zu ihrem Monatsnachmittag. Frau Regine Mentz stellte die „Musikstadt Königsberg“ vor. Das schwierige Terrain hatte sie mit Nonchalance bearbeitet und Bildreich geschildert, ohne selber Bilder zu zeigen. Komponisten, Sänger und Interpreten, auch nur zu Gastspielen in der Stadt, schilderte sie in einem bunten Reigen, der die Zuhörer fesselte.

Am 10. Juli treffen wir uns zum Klönkaffee im Hotel und Gesellschaftshaus Wöbken in Oldenburg, Hundsmühler Straße 255, um 15 Uhr. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen, zu uns zu stoßen. Im August machen wir Sommerpause.



## Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

## 75 Jahre Ortsgruppe Bad Schwartau

**Bad Schwartau** - 75 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen (LO) Ortsgruppe (OG) Bad Schwartau - 1949-2024. Das muss gefeiert werden.

Dieses Thema beschäftigte in den letzten Vorstandstreffen die Vorstandsrunde. Wo soll die Feier stattfinden, welches Rahmenprogramm wollen wir, wen laden wir ein, was wollen wir essen, wo bekommen wir Musik her, vormittags, oder nachmittags. Fragen über Fragen und nicht immer Einigkeit im Vorstand - anfangs. Aber dann wurde ein Punkt nach dem anderen immer klarer und es hieß gefeiert wird nachmittags in der Gastronomie „Pariner Berg“. Das liegt etwas außerhalb ohne öffentliche Busanbindung - also einen Fahrdienst einrichten. So erledigte sich dann ein Punkt nach dem anderen.

Und dann kam der Tag der Feier. Es war Donnerstag, der 6. Juni 15 Uhr. Ein sonniger Tag. Weit über 40 Besucher konnte unser Vorsitzende Axel Simanowski begrüßen, darunter insbesondere die neu gewählte junge Bürgermeisterin der Stadt Frau Dr. Kathrin Engeln, vom Bürgerverein Frau Rebecka Nissen und natürlich aus der Parteienlandschaft Herrn Carsten Dyck von der CDU und Herrn Jörg - Reiner Zacharias von der Freien Wählergemeinschaft. Aber auch, und das hat uns sehr gefreut, konnte Simanowski begrüßen: von der LO Landesgruppe S-H den Ehrenvorsitzende und über lange Jahre Vorsitzender und Landeskulturreferent Edmund Ferner sowie den 1. Vorsitzenden Dieter Wenskat und die Vorsitzenden: von der OG Scharbeutz Frau Ingrid Petrich, von der Ortsgruppe

Eutin Edwin Falk und OG Kellinghusen Horst Gabriel.

Nach dem gemeinsamen Lied „Ännchen von Tharau“, begleitet von zwei Musikern mit Gitarre und Keyboard konnte Axel Simanowski in seiner Begrüßungsrede dann auf Unterlagen aus der Gründungszeit Ende der 1940er Jahre der Landsmannschaft zurückgreifen und berichten. Denn der anwesende Herr Nils Heine, Enkel von der 1. Vorsitzenden der LO OG Bad Schwartau aus den Anfangsjahren, hatte 4 archivierte Aktenordner zur Verfügung gestellt und wurde mit viel Beifall besonders begrüßt.

Schon damals, so konnte den Unterlagen entnommen werden, traf man sich einmal im Monat in Lokalen wie die Waldhalle oder Hotel Germania, die es heute nicht mehr gibt, aber, die für die bis zu 500 damaligen Teilnehmer, die Räumlichkeiten besaßen. Es wurden Winterfeste gefeiert, es gab eine Beratungsstelle und auch eine Sterbeversicherung konnte abgeschlossen werden. Es waren wichtige Einrichtungen, die den Flüchtlingen für den Start in die neuen Lebensbedingungen eine Hilfe waren und auch den Zusammenhalt und der Pflege der heimatischen Kultur dienten.

Nach dem Lied „Geh aus mein Herz“ Strophe 1-2 übernahm die Bürgermeisterin Frau Dr. Engeln das Mikrofon und erklärte, dass sie sehr überrascht über die hier zusammengekommene Landsmannschaft sei, von der sie bisher nur wenig wisse und sich freut, heute über uns mehr zu erfahren, wer wir sind, woher wir kommen, und sie gratulierte zu unserem Jubiläum, zu dem sie mit großem Interesse der Einladung gefolgt sei. So ließ sie sich später auch anhand der aufgehängten Ostpreußenkarte von dem einen und anderem die Herkunft, die Flucht, usw erklären und war hinsichtlich gerührt von den geschilderten Schicksalen.

Es folgten die Strophen 3-4 von „Geh aus mein Herz“ und als näch-

Fortsetzung auf Seite 16

## Zusendungen für die Ausgabe 27/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 27/2024 (Erstverkaufstag 5. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 25. Juni**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-C

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-C

Abonnieren Sie die PAZ  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser  
ostpreußisches  
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

### Fortsetzung von Seite 15

ter Redner gratulierte Edmund Ferner zum Jubiläum und dankte dem Vorsitzenden für sein großartiges Engagement zum Erhalt der noch 42 Personen starken lebendigen Ortsgemeinschaft mit einem Durchschnittsalter der 2 Erlebnissgeneration von 83 Jahren.

Es ist kein Tag nur zum Feiern, sondern vielmehr auch ein Tag zum Erinnern. Unsere heutige Aufgabe ist es, die hervorragenden kulturellen und auch geschichtlichen Werte unserer Heimat im Osten über alle Zeiten hinweg zu bewahren und in unseren Kindern und Enkeln weiterleben zu lassen.

Er erinnerte daran, dass durch die Vertreibung 1,2 Mio Menschen nach Schleswig – Holstein kamen, in dem 1,6 Mio lebten und so in der Bundesrepublik das Flüchtlingsland Nr. 1 wurde. Erst durch die Umsiedlung im Jahr 1952 änderten sich die Verhältnisse. Er verwies auf die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die bereits am 5. August 1950 feierlich verkündet wurde.

Zur Erinnerung an berühmte Persönlichkeiten Ostpreußens, die die gesamtdeutsche Kultur und Philosophie befruchtet haben, nannte Ferner den Maler Lovis Corinth, die Dichterin Agnes Miegel, Ernst-Moritz Arndt und Ernst Wichert, die Philosophen Johann Gottfried Herder und insbesondere den Philosophen und Aufklärer Immanuel Kant.

Er schloss mit einem überzeitlichen Gedicht von Ernst-Moritz Arndt: „O, Mensch du hast ein Vaterland...“

Nach dem Lied „Wer recht in Freuden wandern will, der geh der Sonn entgegen...“ wurden vom 1. Vorsitzenden der Landesgruppe Dieter Wenskat gemeinsam mit dem Vorsitzenden der OG für ihre Verdienste in der Landsmannschaft Frau Erika John, Frau Heike Newe und Herr Claus Seifert mit einer Ehrennadel und einer Urkunde ausgezeichnet.

Mit dem Lied „Wohl auf in Gottes schöne Welt“ wurde eine Pause bis zum Essen eingelegt, in der die Gelegenheit genutzt wurde, anhand der Ostpreußenkarte seinen Heimatort zu suchen und insbesondere auch die Bürgermeisterin fand hier interessante Gesprächspartner.

Vor dem Essen wurde das Lied „Die Gedanken sind frei“ angestimmt. Es gab einen ausgezeichneten zarten Hirschbraten mit den köstlichsten Zutaten. Bevor der Nachtisch gereicht wurde, ergriff der 1. Vorsitzende der Landesgruppe Herr Wenskat das Wort und las aus einem emotionalen Leserbrief vor, der von einer Familie handelte, die vom Großvater bis zum Enkel

vom Ostpreußen-Fieber erfasst ist und feststellen, dass Ostpreußen ihr Sehnsuchtsland ist und dass sie noch oft spüren, dass dort ein Teil ihrer Wurzeln liegt. Ein Leserbrief, der zum stillen Nachdenken anregte.

Die Zeit verging, die Reden waren gehalten worden, das Essen wurde gelobt und die Gespräche an den schön dekorierten Tischen mit Ostpreußenwimpel fanden zwar kein Ende, aber Axel Simanowski hob zur Abschlussrede an. Er bedankte sich bei den Wirtsleuten und das zahlreiche Kommen und gemütliche beieinander. Er gab das nächste Treffen in 4 Wochen bekannt und dann sangen wir „Kein schönes Land“ und zum Schluss unsere Heimathymne „Land der dunklen Wälder“

Hans-Albert Eckloff.

**Burg auf Fehmarn** - Die Landsmannschaft der „Ost-, Westpreußen und Danzig“ Gruppe Burg a. F. besuchte während ihres Ausfluges in Neustadt i. H. die in siebenter Generation eine der letzten Blaudruckmanufakturen in Deutschland wo in alter Handwerkskunst Muster und Blumenornamente auf Leinwand, auf Wunsch individuell, per Handdruck mit Modeln auf die gefärbten Stoffe bedruckt werden. Eine sehr beeindruckende und aufwendige Handwerkskunst.

Danach wurde in Schleswig - Holsteins höchstgelegenen Restaurant „168 über N.N.“ in Schönwalde a. B. zu Mittag gegessen.

Das letzte Ziel dieser Tagesfahrt war Bad Malente zum „Immenhof“, wo auf dem weitläufigen Gelände ein Spaziergang unternommen wurde und danach im „Melkhus“ eine Kaffeetafel auf die Mitreisenden wartete.

Mit diesem sehr schönen und interessanten Programm des Ausfluges wurde dann die Heimfahrt nach Fehmarn angetreten.



**Bund Junges Ostpreußen**

**Vorsitzende:** Ingrun Renker  
**Gst.:** Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

### Ostpreußen erleben! - 25. bis 31. Juli

Liebe Freunde, auch im Jahr 2024 wollen wir uns gemeinsam in Ostpreußen treffen.

Wir reisen gemeinsam durch das südliche Ostpreußen rund um Allenstein. Auf der Reise werden wir unter anderem alte Burgen be-

sichtigen, alte deutsche Städte wie Allenstein erkunden und uns die Zeit nehmen, die Landschaft zu genießen.

Grundlegend obliegt die Anreise jedem Teilnehmer selbst. Für eine Vernetzung der Teilnehmer zur gemeinsamen Anreise stellen wir uns gerne zur Verfügung. Kinder werden im Programm berücksichtigt.

**Organisatorische Hinweise:**  
**Altersschwerpunkt:** Junger Altersschwerpunkt (16-35 Jahre)  
Einzelne Teilnehmer der mittleren Generation auf Anfrage zum Selbstkostenpreis.

**Anmeldeschluss:** 25. Juni, die Zahl der Plätze ist begrenzt.

**Anmeldung/Auskunft:**  
kontakt@junge-ostpreussen.de  
**Veranstalter:** Bund Junges Ostpreußen i.d. LO, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

**Beginn:** 25. Juli, bei individueller Anreise, Ende: 31. Juli, gemeinsame Abreise.

**Unterkunft:** Zeltlager auf privaten oder gewerblichen Grundstücken.

**Mitzubringen:** Zelt, Isomatte, Schlafsack, Badesachen, Geschirr, Tasse, Sonnen- und Mückenschutz, sportliche und wetterfeste Kleidung, festes Schuhwerk, Personalausweis, Taschenlampe, wer hat: Musikinstrumente, Liederbücher, Kulturbeiträge zu Ostpreußen, Marschkompas.

**Unkostenbeitrag:** Berufstätige Teilnehmer aus der Bundesrepublik: für BJO-Mitglieder: 200€, für Nichtmitglieder: 300€. Schüler, Studenten, Erwerbslose: für BJO-Mitglieder: 170€, für Nichtmitglieder: 230€. Wohnhaft in Ost- und Westpreußen, Heimatverlebene: für BJO-Mitglieder: 80€ (380PLN), für Nicht-Mitglieder: 100€ (475PLN)

Eltern dürfen gerne ihre Kinder mitbringen und müssen für kleine Kinder keinen Zusatzbeitrag zahlen.

Der Unkostenbeitrag ist bis zum 1. Juli unter dem Stichwort „Sommerfahrt 2024“ auf das Konto des BJO zu überweisen. Andernfalls fällt der Platz an die Warteliste.

**Verpflegung:** Zwei einfache Mahlzeiten am Tag sind im Beitrag inbegriffen.

**Haftung:** Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und während der Veranstaltung. Minderjährige benötigen eine schriftliche Erlaubnis der Eltern.

**Anreise:** Bitte teilt uns mit, von wo ihr anreist und wer noch Plätze im PKW frei hat, um ggf. Fahrgemeinschaften bilden zu können.

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter  
Telefon (040) 41400826,  
E-Mail: info@ostpreussen.de



**Feierliche Eröffnung der Bildungs- und Begegnungsstätte Transferraum Heimat** v.l.n.r. Bernd Fabritius (Präsident des Bundes der Vertriebenen), Hans-Jörg Froese (stellvertretender Sprecher Landsmannschaft Ostpreußen, Vorsitzender der Altertumsgesellschaft Prussia), Michael Kretschmer (Ministerpräsident von Sachsen, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Freundschaftsgruppen des Bundesrates) und Bernhard Gaida (ehemaliger Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen). Die VdG und der Chronstauer Bildungsverein „WUNDER“ erhielten den von der Stiftung „Erinnerung, Begegnung, Integration“ vergebene und vom Freistaat Sachsen geförderte „ZukunftErbe-Preis“ für ihren Beitrag zur Erhaltung und Förderung des polnisch-deutschen Kulturerbes sowie der herausragende Leistungen zur Bewahrung der Geschichte und des kulturellen Erbes der Vertreibungs- und Aussiedlungsgebiete der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Der Preis wurde von Michael Kretschmer, bei der Veranstaltung überreicht.

Foto: Froese



### Ostpreußisches Landesmuseum

**Künstlerkolonien im Vergleich: Ahrenshoop – Nidden – Schwaan: Studienreise nach Ahrenshoop, Schwaan und Ribnitz-Damgarten** vom 8. bis 10. Oktober: Wissenschaftliche Begleitung: Dr. Jörn Barfod, Autor des Buches „Nidden: Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung“: Kostenbeitrag: 410 Euro im Doppelzimmer (Einzelzimmer-Zuschlag 110 Euro)

Als Künstler am Ende des 19. Jahrhunderts das Land für sich entdeckten, stießen sie an der Ostseeküste auf das Fischerdorf Ahrenshoop. Zu den ersten, die sich ab 1892 dort ansiedelten, gehörte Paul Müller-Kaempff (1861–1941), der als Begründer der Malerkolonie gilt. Im Jahr 1894 errichtete er die erste Malerschule, das heutige Künstlerhaus Lukas. Aus der Malerkolonie entwickelte sich ein Künstlerort mit besonderer Ausstrahlung, der bis heute Künstler und Künstlerfreunde in seinen Bann zieht. Die Künstlerkolonie Nidden entwickelte sich wiederum ab etwa 1880 im Fischerdorf Nidden um das Gasthaus von Hermann Blode. Hier traf sich im Sommer ein Kreis von Künstlern mit dem Maler Ernst Bischoff-Culm (1870–1917) und weiteren. Hieraus er-

wuchs der später weithin bekannte Ruf als Künstlerort auf der Kurischen Nehrung.

Das Ostpreußische Landesmuseum lädt zu einer Reise nach Ahrenshoop und Schwaan ein. Erfahren Sie mehr über die Geschichte der Künstlerkolonien in Deutschland. Welche Faktoren trugen zu ihrer Entstehung bei? Wie hat die Landschaft die Künstler in ihrem Schaffen beeinflusst und wie prägten die Künstler ihrerseits das Erscheinungsbild der Orte? Welche Kunststile und -techniken waren besonders populär? Während der Exkursion haben Sie die einzigartige Möglichkeit, Parallelen und Unterschiede der Künstlerkolonie Ahrenshoop zur ostpreußischen Künstlerkolonie

nie Nidden festzustellen, da das Kunstmuseum Ahrenshoop vom 21. September bis zum 30. März 2025 die Ausstellung „Künstlerkolonie Nidden“ zeigt. Auf dem Programm steht auch eine Besichtigung des Kunstmuseums in Schwaan, das ausdrucksstarke Landschaften der Künstlerkolonie Schwaan im 19. und 20. Jahrhundert zeigt. Diese Künstlerkolonie wird oft als Worpsswede von Mecklenburg bezeichnet. Die Besichtigung des Bernsteinmuseums in Ribnitz-Damgarten rundet das Programm ab. Weitere Informationen und Anmeldung: Agata Kern, Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum; Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg; Telefon (04131) 7599515; E-Mail: a.kern@ol-ig.de



FOTO: OSTPREÜßISCHES LANDESMUSEUM

### Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf





Heimatkreisgemeinschaften

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen in Bad Nenndorf

Unser nächstes Hauptkreistreffen findet am 5. und 6. Oktober statt. Eigentlich wollten wir diesmal einen Tagungsort in den mitteldeutschen Bundesländern wählen, um unseren Landsleuten dort einmal entgegenzukommen, denen die Anreise zu den Treffen sonst zu lang ist. Doch die passende Lokalität, die unseren Ansprüchen genügt und zudem noch finanzierbar ist, haben wir trotz intensiver Suche leider nicht gefunden. Deshalb wird das Hauptkreistreffen erneut in Bad Nenndorf stattfinden.

Die Räumlichkeiten im Hotel Esplanade sind bereits gebucht. Übernachtungsmöglichkeiten stehen dort auch noch ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungstichwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ können Doppelzimmer (130 Euro) und Einzelzimmer (85 Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden. Bitte richten Sie ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 74 85 60, E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de, Internet: www.badnenndorf.de, wenden.

Wir würden uns sehr freuen, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu können. Das Programm des Treffens wird derzeit erarbeitet und rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer

Internetseite unter www.kreis-gerdauen.de veröffentlicht.

Walter Mogk, Kreisvertreter

Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptkreistreffen

Wesel – Wochenende, 10. und 11. August, Bürger-Schützen-Haus: 68. Rastenburger Hauptkreistreffen.

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

In diesem Jahr finden satzungsgemäß die Wahlen zum Kreistag statt. Wer Interesse hat, sich als Vertreter oder Vertreterin eines Landbezirks, einer Stadt oder als sachkundiges Mitglied zur Wahl zu stellen, melde sich bitte beim 1. Vorsitzenden Marc Plessa (m.plessa@kreisgemeinschaft-ortels-

burg.de). Die Wahlzettel werden über den Heimatboten verteilt. Es besteht auch die Möglichkeit, auf dem Hauptkreistreffen zu wählen.

Dieses findet wie gewohnt am dritten Sonntag im September statt, also am 15. September im Kulturzentrum der Stadt Herne. Der Saal ist ab 9 Uhr geöffnet, die Feierstunde beginnt um 11:30 Uhr.

Sensburg

Kreisvertreter: Klaus Schütz, Friedensstraße 14, 42799 Leichlingen, Telefon (02175) 71886.

Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft-sensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensensburg.de

Einladung

„Sensburger treffen sich wieder“ Auch in diesem Jahr steht wieder das Sensburger Kreistreffen auf dem Programm. Die Zusammenkunft führt am 14. Juli ins m/k-Hotel, Bismarckstr. 39 in 42853 Remscheid. „Wir heißen alle Gäste herzlich willkommen und freuen uns auf möglichst viele Teilnehmer“. Beginn der Veranstaltung ist 11 Uhr. Die Feierstunden werden musikalisch begleitet und als Festredner wird Prof. Dr. Günther Sokoll dabei sein.

PAZ wirkt!

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 'So ist's richtig' section with a grid of numbers and letters.

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung: Noch bis 13. Oktober 2024 Kant 300. Ein Leben in Königsberg. Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine Sonderausstellung. Kant ist der größte deutsche Aufklärer und eine zentrale Figur der europäischen Moderne. Diese berühmte Persönlichkeit wird in einer einprägsamen Inszenierung vorgestellt. Zu sehen sind einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: Haare von Kant, sein Spazierstock,

zahlreiche Ölgemälde, das „Kant-Glas“ mit persönlichen Gravuren und vieles mehr, Kurioses wie Erhellendes. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum spielte Kant Billard? Wer waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben verbrachte Immanuel Kant in seiner Heimatstadt Königsberg. Virtual Reality-Stationen lassen das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder auferstehen und bieten spielerische Zugänge zu seinen Ideen.

Ostpreußisches Landesmuseum

Das Ostpreußische Landesmuseum zu Gast in: Künstlermuseum Heikendorf-Kieler Förde: Künstlerkolonie Nidden. Malen in freier Natur (8.6.-1.9.2024)

Aus der Sammlung des Ostpreußischen Landesmuseums werden unter anderem Werke von Ernst Bischoff Culm, Eduard Bischoff, Carl Knauf, Karl

Eulenstein, Alexander Kolde, Gertrud Lerbs-Bernecker und Ernst Mollenhauer gezeigt. Motive der Küste, der Landschaft und der Kurenfischer stehen im Mittelpunkt der Gemälde und Graphiken. Die große Bandbreite des herausragenden künstlerischen Schaffens in Ostpreußen im vergangenen Jahrhundert wird damit dem Kieler Publikum präsentiert.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Schüttelrätsel

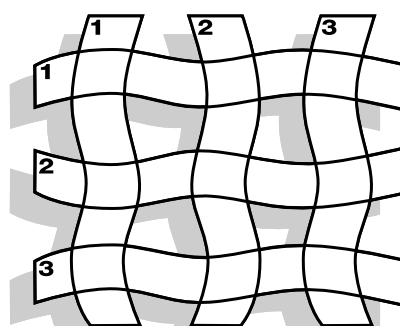
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for Schüttelrätsel with letters in various orientations.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für einen Sportler.

Grid for Mittelworträtsel with words and a central empty space.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 reflektierende Fläche
2 möglich
3 anhaltendes Streiten



## OSTPREUSSEN

# Was die Endungen der Familiennamen verraten

Prußen, Hugenotten, Polen, Litauer, Holländer und Schotten zählten zur Bevölkerung der östlichen Provinz

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor der Annexion Ostpreußens durch die Sowjetunion und Polen war die Provinz multikulturell und multiethnisch geprägt. Das resultierte aus der dynamischen historischen Entwicklung in der Zeit ab 1230.

Bis dahin lebten im heutigen Ostpreußen nur die Prußen und einige wenige Angehörige anderer baltischer Völker. Um wie viele Menschen es sich genau handelte, ist unbekannt – vorsichtige Schätzungen reichen von 140.000 bis 220.000. Dann begann die ungefähr 50 Jahre währende Landnahme durch den Deutschen Orden, in deren Verlauf etliche Ureinwohner der Region getötet oder umgesiedelt wurden, wobei aber keine systematische Ausrottung oder „Zwangsgermanisierung“ erfolgte. Das belegen nicht zuletzt die späteren Bevölkerungszahlen: Noch im Jahre 1740 machten ethnische Prußen mehr als ein Drittel der Einwohnerschaft von Ostpreußen aus, die damals rund 600.000 Köpfe umfasste. Dabei waren seit dem 13. Jahrhundert viele Prußen ins benachbarte Litauen gewechselt. Die nicht ausgewanderten Prußen assimilierten sich bis ins 16. und 17. Jahrhundert hinein nahezu vollständig, dass heißt, sie gaben ihre Sprache und Religion freiwillig auf.

## Im Gefolge des Ordens

Im Gefolge des Deutschen Ordens trafen Siedler aus dem Westen im ehemaligen Stammesgebiet der Prußen ein, um das weite Land urbar zu machen. Allerdings ebte die erste Welle deutscher Kolonisten bereits 1320 ab. Deswegen lebten um 1400 nur gut 100.000 Deutsche in dem Ordensstaat. Dazu kamen rund 27.000 Polen aus Masowien. Deren Nachkommen erkannte man später an Familiennamen, welche auf „ski“, „ek“, „ak“ oder



Ankunft der Schweizer Glaubensflüchtlinge in Ostpreußen: Wandmalerei in Gumbinnen

Foto: imago/Zoomar

„a“ endeten. Der Zustrom der Masowier schwoll ab 1466, dem Jahr des Zweiten Friedens von Thorn zwischen dem Deutschen Orden und dem Königreich Polen, deutlich an. Parallel hierzu wanderten auch zahlreiche Litauer in das immer noch recht menschenleere Ostpreußen ein. Diese wiederum trugen Namen mit den Endungen „kat“, „kies“, „eit“, „at“, „is“ und „us“. Im Jahre 1740 lebten etwa 34.000 Litauer und 108.000 Polen in Ostpreußen.

Desgleichen ließen sich ab 1525 auch schätzungsweise 1300 Holländer und Schotten im protestantischen Herzogtum Preußen nieder, welches aus den Resten des Ordensstaates zwischen

den Unterläufen von Weichsel und Memel entstanden war. Später folgte ein großer demographischer Aderlass während des Zweiten Nordischen Krieges durch Einfälle der Tataren: Die muslimischen Söldner im Dienste der polnischen Krone massakrierten 1656 vermutlich um die 23.000 Menschen und verschleppten 34.000 Bewohner der Region, um sie als Sklaven zu verkaufen.

## Protestanten fanden eine Zuflucht

Die nächsten Neuankömmlinge in Ostpreußen waren 8000 Hugenotten, die 1685 eintrafen. Sie gehörten zu der Viertelmillion französischer Protestanten,

die im Ausland Zuflucht vor religiöser Verfolgung suchten.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts lebten in Ostpreußen schließlich um die 675.000 Menschen. Diese Zahl ging jedoch mit einem Schlag zurück, als die Große Pest zu wüten begann und zwischen 1709 und 1711 ganze Landstriche entvölkerte und veröden ließ – wahrscheinlich starb damals etwa jeder dritte Bewohner der Provinz. Dabei traf es besonders die Stadt Königsberg und den Raum Gumbinnen, Insterburg, Ragnit, Tilsit und Memel.

Daraufhin initiierten die preußischen Könige Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. eine systematische Einwanderung nach Ostpreußen zum Zwecke des Wie-

deraufbaus. Im Zuge dieses sogenannten Rétablissements holten sie unter anderem Siedler aus der Pfalz, Nassau, Hessen-Kassel, Franken, Anhalt, Braunschweig, Magdeburg, Halberstadt, Pommern, der Mark Brandenburg und der Grafschaft Mark ins Land. Des Weiteren ließen sich rund 2000 Schweizer und 500 Lothringer von den versprochenen Steuerfreiheiten und anderen Vergünstigungen nach Ostpreußen locken. Außerdem etablierte der Soldatenkönig 1723 zur weiteren Erhöhung der Einwandererzahlen die litauische Deputation, welche in Litauen und Polen Neubauern anwarb. Zwischen 1732 und 1736 gab es nochmals einen Zuwachs um etwa 20.000 Menschen, als die wegen ihres Glaubens verfolgten Salzburger Exulanten nach Ostpreußen strömten, nachdem der preußische König ein förmliches Einladungspatent unterschrieben hatte.

## Bevölkerungszunahme trotz Verlusten

Hierdurch hinterließ Friedrich Wilhelm I. bei seinem Tod im Mai 1740 ein wieder erblühtes Ostpreußen, dessen Einwohnerzahl sich fast auf dem Niveau der Zeit vor der Großen Pest bewegte und auch weiter wuchs: Die jährliche Zunahme bis 1816 betrug im Durchschnitt 0,5 Prozent – und dies trotz erneuter Verluste an Menschen durch den Siebenjährigen Krieg und die zahllosen militärischen Auseinandersetzungen ab 1792.

Die Bevölkerung Ostpreußens, die nun aus den Nachkommen der Prußen oder früherer deutscher beziehungsweise ausländischer Siedler sowie Neuzugängen aus verschiedenen Ecken Europas bestand, verschmolz im Laufe des 18. Jahrhunderts zu einer Gemeinschaft, in der es deutlich weniger ethnische Konflikte gab als anderswo. Dies resultierte aus der Bindung an die gemeinsamen Gönner auf dem preußischen Königsthron.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Ein Schloss wie eine Friedenstaube

Scherenschnitt-Ausstellung mit Arbeiten von Erika Schirmer bis Ende Juni – Schloss Boyadel soll ein Museum werden

Bis Ende Juni werden im Schloss Boyadel [Pałac Bojadła] bei Grünberg in Schlesien [Zielona Góra] Scherenschnitte von Erika Schirmer (98) präsentiert. Es sind Leihgaben des Zentrums für deutsche Kultur und Sprache der Grünberger Universität.

Schirmer ist vor allem in der ehemaligen DDR für das von ihr komponierte und getextete Lied „Kleine Friedenstaube“ bekannt. Nachdem sie aus Polnisch Nettkow [Nietków] im Landkreis Grünberg vertrieben worden war, landete sie in der Sowjetischen Besatzungszone. Auf Rügen war sie Kindergärtnerin, 1948 kam sie ins thüringische Nordhausen, wo sie Grundschullehrerin und später Pädagogin für behinderte Kinder und Jugendliche war.

In Nordhausen sei sie auf das Plakat zum Pariser Weltfriedenskongress von 1949 mit der Friedenstaube „La Colombe“ von Pablo Picasso gestoßen. Ein Einzelhändler im zerstörten Nordhausen soll das Motiv auf ein notdürftig vernageltes Schaufenster geklebt haben, hieß es in einer Ausgabe des Bad Langensalzaer Heimatboten. „Ich habe das Lied dann im Kindergarten meinen Kindern vorgesungen – meine Praktikantinnen haben das Lied mitgenommen, und so ist es eigentlich verbreitet worden“, sagt sie. Schirmer schuf Gedichte, Lieder, Kinderreime,

Kurzgeschichten, Kalender- und Kunstblätter und eben auch Scherenschnitte. Mit dieser Volkskunstart beschäftigt sie sich seit etwa 25 Jahren. Als sie damit anfing, war sie immerhin schon über 70.

„Damals hat sie nach dem Tod ihres Mannes zunächst Blumen gesammelt, gepresst, aufgeklebt und Gedichte dazu geschrieben. Dann entdeckte sie den Scherenschnitt und schnitt die ersten Vignetten. Heute schneidet sie Bilder – aus einem Stück Papier – im Format von 50 x 70 Zentimeter. Im nächsten Schritt bringt sie mit verschiedenen Papieren Farbe ins Bild“, schreibt Birgit Ebbert auf ihrem Blog „PapierZen“. Die Technik habe sie sich selbst beigebracht und mit den Jahren perfektioniert.

## Blumen aus Papier und Gedichte

Für ihre Scherenschnitte ist Schirmer auch in Grünberg bekannt. Eine Ausstellung ihrer Arbeiten hatte sie bereits an der Universität zu Grünberg. Jetzt kennt man sie auch im 25 Kilometer entfernten Boyadel [Bojadła]. Der dortige Grundschulverein und die Stiftung Schloss Boyadel (Fundacja Pałac Bojadła) organisierten zur Ausstellungseröffnung eine Kunstwerkstatt für Kinder und Jugendliche im Schloss.



Vermittelt Jugendlichen die Kunst des Scherenschnitts: Jolanta Haczele an der Grundschule Boyadel [Bojadła]

Foto: Fundacja Pałac Bojadła

Das Gut wie auch das Dorf Boyadel hätten ihr barockes Aussehen fast unverändert behalten können, so Aneta Kamińska, Vorsitzende der Stiftung Schloss Boyadel. „Das Schloss hatte jedoch das Pech, nicht durch Kriegszerstörungen, sondern durch eine 20 Jahre andauernde Vernachlässigung zur Ruine verkommen zu sein.“ Im Schloss hätten Kinderfreizeiten stattgefunden, Studenten-Schulungen besucht. Eine Zeitlang war

dort eine Geburtsstation untergebracht, „es war ein Objekt von sozialer und didaktischer Bedeutung. Als unsere Stiftung sich dieses Objektes annahm, war es bereits verwahrlost und ausgeplündert“, so Kamińska. Die Bevölkerung habe damals kaum soziales Bewusstsein besessen, sagt sie, „deshalb ist uns Bildungs- und Aufklärungsarbeit so wichtig ... man kann sich dort frei bewegen und anhand von Audioführern in drei Sprachen der Geschichte

des Schlosses lauschen“, sagt sie und verspricht, dass die Einrichtung eines Museums zur Geschichte der Region der nächste Schritt der Stiftung sei.

Die Geschichte des Schlosses reicht bis ins 12. Jahrhundert zurück. Nach der Familie von Kottwitz, den Baronen von Scheffer-Boyadel, dem polnischen Staat, dem Stahlwerk Silesia, einer Fabrik und einer Handelsfirma ist das Schloss Boyadel seit 2024 wieder in privater Hand, der von Arkadiusz Michoński, dem Gründer der Stiftung Schloss Boyadel. Boyadel ist eines der ältesten Dörfer an der mittleren Oder. Die erste Erwähnung stammt von 1234. Seit dem 17. Jahrhundert gehörte Boyadel der Familie Kottwitz, die den Schlosskomplex erbauen ließ. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde ein Schlosspark angelegt.

Derzeit arbeitet die Stiftung Schloss Boyadel daran, den Parkanlage und dem barocken Schloss zu altem Glanz zu verhelfen. Bei einer etwa 60-minütigen Führung in polnischer Sprache wird die Geschichte des Ortes erzählt. Der nächste Termin ist am 22. Juni, gefolgt vom 20. Juli und dem 3. August; Beginn ist jeweils um 15 Uhr. Im Schloss wird auch das exklusive Restaurant „Chateau Boyadel“ betrieben. *Chris W. Wagner*



## SEEFART

## Fährsprung Swinemünde–Malmö

Finnlines hat mit „MS Finn fellow“ eine neue Linie eröffnet – Auch eine Mini-Kreuzfahrt ist lohnenswert

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Im April wurden die Farben der Fähren, die im westpommerschen Swinemünde an- und ablegen, neu gemischt. Hinzugekommen sind Blau und Weiß, Markenzeichen der im Ostseeraum führenden Reederei Finnlines und Flaggenfarben des nordskandinavischen Landes. Wo bisher zwei polnische und eine deutsche Fährgesellschaft Platzhalter gewesen sind, hat sich das finnische Unternehmen dazugesellt. Denn die Stadt Swinemünde mausert sich.

Nicht zu Unrecht ist sie sogar im NDR als „Boomtown“ betitelt worden. Die Autobahn 3 oder E 65 von Stettin wird, wenn sie komplett fertig ist, in der Stadt enden. Doch allein der Tunnel unter der Swine hat der Region nach nur einem Betriebsjahr schon einen mächtigen Schub beschert.

Die PAZ hat sich dazu auch auf Wollin umgesehen, der Nachbarinsel von Usedom. Was an Hotels und Gaststätten zum Beispiel im altbekannten Seebad Misdroy aus dem Boden geschossen ist, nötig dem Gast Respekt ab. Empfehlenswert ist das „Port“, eine alte deutsche Seenotretungsstation aus den 1920er Jahren mit Sonnenterrasse am Strand und lokalen Spezialitäten zu moderaten Preisen. In Misdroy wird nicht gekleckert, sondern mächtig geklotzt. Auf der gegenüberliegenden Seite sieht man diese Konkurrenz nicht ganz so freudig.

## Fan der neuen Linie

Mit neuen Ladungsströmen werden natürlich immer auch Touristen angezogen, die entweder im Land bleiben oder weiterreisen nach Schweden, Dänemark, Norwegen oder Finnland. Autofahrer aus dem Berliner Raum, vor allem südlich und östlich davon, profitieren ebenso wie die südost- und südeuropäischen Länder.

Gerhard Müller aus dem niederösterreichischen Sankt Pölten wartet gemeinsam in einer größeren Pkw-Gruppe auf das Signal, an Bord der Fähre „Finn fellow“ rollen zu können. Er bekennt sich als Fan der neuen Linie: „Von Österreich hier herauf, das spart Zeit und Kosten. Die Autobahn wird einen zusätzlichen Anreiz bieten“.

Man muss allerdings bei der Zufahrt aufpassen, denn es gibt zwei Fährhäfen. Der von Finnlines liegt etwas weiter südlich an der ul. Jana Soltana 1. So sollte man



Die „Finn fellow“ in Swinemünde, seit April 2024 auf der Route Swinemünde–Malmö unterwegs: Im Hintergrund rechts der eckige Turm der ehemaligen Luther-Kirche, von der nur der heutige Aussichtsturm blieb. Der spitze Turm davor gehört zur ehemaligen katholischen Kirche Stella Maris, die auch heute eine katholische Kirche ist

es auch ins Navi eingeben, sonst irrt man unnötig in der Gegend herum.

Deutsche Touristen aus den Usedomer Kaiserbädern nutzen die neue Möglichkeit, um nicht nur günstig in Polen zu tanken oder Zigaretten zu kaufen, sondern auch um eine „richtige Seereise“ zu machen, wie einige von ihnen verraten, die vor der Terminalschranke geduldig auf grünes Licht warten. „Aus Ahlbeck sind wir rübergekommen“, erzählt ein Karlsruher Paar, „in 20 Minuten sind wir hier gewesen“.

## Auf zum Gamla Staden!

Wir sind neugierig geworden und freuen uns auf eine „Minikreuzfahrt“ nach Malmö. Wir staunen, wie ausgelastet das Schiff mitten in der Woche ist. Nicht nur durch Lkw, sondern auch durch Pkw. Wir beziehen unsere kleine Kabine, gehen ins Restaurant (Buffet-Restaurant gegen Aufpreis von 22 Euro) und genießen das Essen mit Auslaufmanöver pünktlich um 21.30 Uhr. Übrigens sind die Erfrischungsgetränke dazu frei, Alkoholika müssen dazu gekauft werden.

Die Nacht an Usedom, Rügen und Mön vorüber verläuft ruhig. Der 188 Meter lange 34.000-Tonner wiegt einen in einen kuschigen Schlaf, bis morgens voraus die knapp acht Kilometer lange Öresundbrücke zwischen Kopenhagen und Malmö auftaucht. Noch ganz klein duckt

sich dahinter das 190 Meter hohe „gedrehte“ Wahrzeichen der Sundstadt: der „Turning Tower“. Es wird Zeit zum Aufstehen. Für 12 Euro gibt es ein reichliches Frühstück, das bis zum Abendessen locker vorhält.

## Hafen in Malmö außerhalb

Im Nordhafen, dem Norra Hamnen auf Schwedisch, legt Kapitän Björn Kassten sein Schiff sanft an die Pier. Wir sind froh, ein Auto dabeizuhaben, denn man ist hier draußen weitab vom Schuss. Außerdem wollen wir die Zeit bis zur Rückfahrt um 10.15 Uhr für eine Stadtrundfahrt nutzen.

„Der frühe Vogel fängt den Wurm“, kommt einem bei fast leeren morgendlichen Straßen in den Sinn. Glück für uns, sodass wir die Gamla Staden oder Altstadt in einer Viertelstunde erreicht haben. Dazu finden sich Parkplätze im Überfluss. Selbst am Rathaus und am Denkmal von König Gustav X. hat man freie Auswahl. Links und rechts der kleinen Gasse Lilla torg ziehen sich niedrige Fachwerkhäuser mit idyllischen Innenhöfen hin. Restaurants aller Art verlocken hier zum längeren Bleiben.

## Sehenswerte Altstadt

Die Zeit reicht auch noch für einen Blick in die Sankt-Petri-Kirche im Backsteingotikstil aus dem 14./15. Jahrhundert. Ihre Strebebögen sind sehenswert. In wenigen

Minuten ist man am bekannten Schloss Malmöhus mit seinem Museum. Dies und das schräg gegenüber liegende Seefahrtsmuseum sparen wir uns für die nächste Minikreuzfahrt auf.

Am Check-in (fürs Navi: Malmö, Lap-pögatan 38) hat sich bereits wieder ein internationaler Pkw-Pulk angesammelt. Wenn man einige Fahrer danach fragt, hört man von ihnen die Meinung, dass man von Malmö mit der „Finn fellow“ günstig über die Ostsee nach Süden springen könne. Aus der Deutschland-Zentrale in Lübeck ist die erfreuliche Nachricht zu erfahren, dass eine Ausweitung des Verkehrs angedacht sei, also dann zwei Schiffe eingesetzt werden sollen. Dann kann man in beiden Häfen wählen zwischen jeweils einer Tages- oder Nachtabfahrt und hat für eine ausgiebige Stadtbesichtigung genügend Zeit.

● „MS Finn fellow“, Typ: Ro-Ro-Passagierfähre; Baujahr: 2000; Werft: AESA Puerto Real, Spanien; Länge: 188,30 Meter; Breite: 28,70 Meter; maximaler Tiefgang: 6,3 Meter; BRZ: 33.724; Antrieb: 4xSulzer8ZAL40S je 6000 Kilowatt; Bugstrahlruder: 2x1500 Kilowatt; maximale Geschwindigkeit: 19 Knoten; Crew: 40 Personen; Ladestrecke: 3100 Meter; Eigner: Finnlines Plc, Helsinki; Reederei: Rederi AB Nordö-Link, Malmö; Heimathafen: Malmö; Flagge: Schweden; Buchung: [www.finnlines.de](http://www.finnlines.de)

## MELDUNGEN

## Kriegsopfer, Hansetag und Film-Tipp

**Stettin** – Der 2005/06 sanierte Roßmarktbrunnen mit dem Adler ist vor einigen Tagen erneut verunstaltet worden. Neben dem Manzelbrunnen am Rathaus gilt das Denkmal, welches nach dem Entwurf des Architekten Graehl entstand, als einer der bekanntesten Brunnen Stettins. TS

**Greifswald** – Das legendäre „Greifswalder Pils“ gibt es jetzt aus der 0,33 Liter Flasche, abgefüllt durch eine Lohnbrauerei. Das langfristige Ziel ist die Wiederbelebung der seit 1865 in Greifswald bestehenden Brautradition. Die war in den 1990er Jahren beendet worden. TS

**Neumark** – Am 13. Juni wurden über 100 Kriegstote auf dem Friedhof der Deutschen Kriegsgräberfürsorge in der Buchheide beigesetzt und fanden hier ihre letzte Ruhe. Bei den Toten handelt es sich um zivile Opfer und Soldaten. Die Ruhestätte für etwa 29.000 Kriegsopfer wurde am 15. Juli 2006 eingeweiht. TS

**Danzig** – Zum Internationalen Hansetag reisten vom 13. bis 16. Juni auch Delegationen aus Anklam, Greifswald und Stralsund. Ein Höhepunkt des Programms mit dem Motto „Der Wandel beginnt hier“ war die Ausstellung „Schöpfer: Textilien aus Pommern“ mit kaschubischer Stickerei und pommerschen Fischertepichen. TS

**Filmtipp** – In loser Folge werden wir einen Filmtipp mit Pommernbezug vorschlagen. Dieser erste Film ist eine Dokumentation von dem Wiederaufbau des Kriegerdenkmals Gingst auf Rügen und der Denkmaleinweihung im August 2023. Der Förderverein Kriegerdenkmal Gingst begleitet die Arbeiten und Veranstaltungen unter: [Youtube.com/@MatthiasJusek](https://www.youtube.com/@MatthiasJusek), zu erreichen auch unter dem QR-Code:



TS

## PFERDEZUCHT

## Aufstieg und Niedergang einer Pferderasse aus Pommern

Einst war das Gestüt Labes für die Zucht der Pommerschen Warmblüter bekannt – Nach dem Krieg gab man die Zucht auf

„Alles Glück dieser Erde liegt auf dem Rücken der Pferde.“ Das galt auch für Pommern. Hier wurden bereits vor etwa 300 Jahren Pferde gezüchtet, so berichten es alte Chroniken. Dazu wurden die Stuten der Bauern, die von pommerschen Wildpferden abstammten, durch Hengste aus kurfürstlichen oder kurprinzlichen Gestüten Pommerns gedeckt.

Obgleich noch kein klares Zuchtziel verfolgt wurde, galten die pommerschen Pferde als ausdauernd, hart, gesund und fruchtbar. Eine Förderung erfuhr die Pferdezucht sowohl durch die Universität Greifswald, die um 1800 erheblichen Grundbesitz hatte, als auch durch Adlige der Kreise Franzburg, Grimmen, Greifswald, Demmin und Anklam. Um 1820 kam es dann zu ersten Zusammenschlüssen

pommerscher Züchter. Um die Zucht zu veredeln, wurden englische Vollblut-Stuten und Halbblut-Hengste eingekreuzt, sodass die Pferde großrahmiger und großliniger wurden.

So dominierten pommersche Warmblüter schon bald die Mecklenburger Pferdemarkte. Doch dem schnellen Aufstieg folgt auch ein rasanter Niedergang der pommerschen Warmblüter. Durch das planlose Einkreuzen englischer Vollblüter sind die Warmblüter zu leicht für die Landwirtschaft geworden und die Züchtung endete im Chaos.

Etwa zu diesem Zeitpunkt (1897) entstand die pommersche Kaltblutzucht durch Genossenschaften in den Kreisen Anklam und Lauenburg, doch auch sie scheiterte letztlich in der ersten Hälfte

des 20. Jahrhunderts. Die Warmblutzucht bekam dagegen noch einen neuen Impuls in Labes. Im Landgestüt, das 1876 gegrün-

det wurde, musste man allerdings einige Fehlschläge, wie das Einkreuzen von Kaltblütern und Oldenburgern erkennen,

weshalb man sich auf das Züchten des pommerschen Warmbluts konzentrierte. Bäuerliche Züchter konnten zudem durch Preisnachlässe und Aufzuchtprize gewonnen werden. Ziel war die Züchtung eines schweren, leichtfuttrigen und gängigen Warmblutpferdes.

Doch 1945 folgte auch für die pommerschen Warmblüter eine Odyssee. Tod, Beschlagnehmung und Reparationen ließen die Bestände der Rasse sinken. Einige pommersche Warmblüter kamen zum Gestüt Ferdinandshof. Mit dessen Auflösung 1950 endete auch die Geschichte der pommerschen Warmblüter.

Die Hengste wurden vom Volkseigenen Landgestüt Redefin in Mecklenburg übernommen, das diese Zucht jedoch nicht fortsetzte. *Torsten Seeger*



1876 gegründet: Das Landgestüt Labes, einst im Kreis Regenwalde gelegen



# „Eine pathologische Moral der Selbstgeißelung“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich bin seit letztem Jahr Abonnentin der PAZ und freue mich immer auf die neue Ausgabe. Die Artikel sind interessant und besonders die Beiträge aus den alten Ostgebieten liegen mir am Herzen“

Marion Blaschek, Pohlheim



Ausgabe Nr. 23

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## MEHR ENTSCLOSSENHEIT ZU: AUSSER KONTROLLE (NR. 23)

Diesen Gedanken und Anmerkungen (zum Attentat in Mannheim, d. Red.) kann ich mich uneingeschränkt anschließen. Anders oder treffender hätte ich es nicht formulieren können. Es ist eine unerträgliche Verfassung, in welcher sich unsere Gesellschaft, soweit es den öffentlichen Kontext betrifft, befindet. Sie ist geprägt von einer pathologischen Moral der Selbstgeißelung, von Angst vor einer Rückkehr zu fremdaggressiv und „völkisch“ ausgerichtetem Denken und einer hiervon beeinflussten expansiven und destruktiven Innen- wie Außenpolitik.

Geprägt ist sie von einer kategorischen und antidialektischen Denkweise, welche ein kulturelles und normatives Identitätsbewusstsein automatisch mit menschenverachtendem Rassismus und Rechtsradikalismus oder Nationalismus gleichsetzt. Die es aus Angst vor einem Kontinuitätsverständnis, dass also auch etwas dazwischen existieren kann, den Mut zu einer konstruktiven Synthese aufzubringen, lieber vorzieht zu polarisieren, sich in Selbstverleugnung, Empörungstendenzen und einer zum Konsens unfähigen Debattenkultur übt und dies mit dem Primat eines Pluralismus begründet, der mehr und mehr durch Beliebigkeit und Unverbindlichkeit (jeder kann machen und denken was er will, soweit es mit der Gesetzgebung vereinbar ist) geprägt ist und jede Form von Konvention zum Konventionalismus deklariert.

Auf dieser Geisteshaltung begründet sich auch der Kontrollverlust, wie er im Beitrag aufgeführt wird. Ich schließe mich also auch dem Schlusssatz an, dass ohne einen Wandel dieses gesellschaftlichen und politischen Kurses Zweifel an der Steuerungs- und Urteilsfähigkeit und somit der Handlungsfähigkeit der Judikative, Legislative und Exekutive aufkommen.

Gerade um einer verhängnisvollen Radikalisierung der Parteienlandschaft und unserer Gesellschaft zuvorgekommen, ist längst überfällig, mehr Entschlossenheit, Selbstbewusstsein und Einigkeit aus der

politischen Mitte heraus und in unserer Gesellschaft zu entwickeln.

Christian Weinland, Nürnberg

## ES MUSS SICH ETWAS ÄNDERN ZU: RISKANTES SENDUNGS- BEWUSSTSEIN (NR. 23)

Im eigentlichen Sinne bin ich Genießer und lese gerne die PAZ, die so schön die linke Nabelschau entlarvt.

Demokratie ist ein Wettstreit der Meinungen, welche frei und ohne Furcht vor Repressalien kundgetan werden sollte. Schlimm nur, dass wir Polizei brauchen, um freie Meinungsäußerung schützen zu müssen. Noch schlimmer, wenn man demjenigen ein schlechtes Gewissen macht, der angeblich durch seinen Schutzbedarf und deren Folgen am Leben bleibt.

Es muss sich etwas ändern. Denn Wahlen sind zu wenig, um böswillige Entscheider zu maßregeln, zumal der freie Journalismus bis auf verschwindend geringe Ausnahmen versagt hat oder versagen will/muss.

Markus Hauser

## PROBLEME NICHT WEGBETEN „ENTSCHEIDEND IST DIE GOTTES- LIEBE“ (NR. 23)

Es gibt viele Menschen, die an Gott glauben oder an „da muss es doch noch etwas anderes geben“. Die Aussage von Sebastian Kleinschmidt, Mitherausgeber des Buches „Bild der Welt und Geist der Zeit“, in seiner Einleitung über den chilenischen Literaturnobelpreisträger Pablo Neruda ist lobenswert.

Wer waren die Menschen, die ihm die Türen geöffnet haben, und was hat Herr Kleinschmidt von diesen Gesprächen mitgenommen? Wenn Herrn Kleinschmidt viele Türen geöffnet wurden, so wurden viele Kirchentüren während der Corona-Zeit nicht geöffnet.

Was die Kirche damit angerichtet hat, wirkt noch heute nach. Sie hat sich in vollem Umfang auf die Seite des Staates gestellt. Sehr viele Menschen hätten genau

zu diesem Zeitpunkt die Kirche gebraucht. Sie hat sich nicht quergestellt. Da ist die Kirche in der Vergangenheit in ähnlichen Situationen sehr oft anders vorgegangen.

Es ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, mit Andersdenkenden zu sprechen. Wenn aber immer wieder diese Menschen Verbrechen jeglicher Art begehen, dann kann sich auch die Kirche nicht hinstellen und verkünden, dass dies alles Einzelfälle sind. Aussagen, wie „Christen sollten die Angst überwinden und mit Kraft, Liebe und Besonnenheit reagieren oder wir sollten diesen Menschen mit Beten und Liebe begegnen“, sind wenig hilfreich. Solche Vorfälle lassen sich aber nicht wegbeten.

Die Bibel ist sicherlich an vielen Stellen sperrig und quer zum Geist der Zeit stehend. Aber können wir das nicht aushalten? Es gibt viele Theologen, die es sehr gut verstehen, die Bibel in die heutige Zeit zu transportieren.

Ich wünsche mir eine christliche Amtskirche, die mit einer Sprache spricht, die sich in erster Linie um die Belange der Christen kümmert und zuhört, wo der „Schuh drückt“. Das bedeutet ja nicht, dass andere Türen geschlossen bleiben.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

## DER ANFANG VOM ENDE ZU: NATO UND EU ERÖFFNEN EINE BRANDGEFÄHRLICHE DEBATTE (NR. 21)

Was gestern noch im Westen und der Bundesrepublik als „rote Linie“ galt, womit man einen direkten Eintritt in den russisch-ukrainischen Konflikt unbedingt vermeiden wollte, wird immer mehr überschritten.

Stritt man anfangs noch über Helme für die Ukraine, einigte man sich anschließend auf die Lieferung von Panzern; war man gestern noch uneinig über die Finanzierung der bedingungslosen Unterstützung der Ukraine, beschlagnahmt man heute schon russisches Vermögen. Und wird allen Ernstes noch vom Kanzler höchstpersönlich eine Lieferung von Tau-

rus-Raketen an Kiew ausgeschlossen, erfährt man daraufhin in der Presse über Angriffsplanungen mit besagtem Waffensystem auf die Krim-Brücke seitens deutscher Militärs.

Welche Haltbarkeit haben heute noch „rote Linien“, um uns nicht Teil dieses Konflikts werden zu lassen, was wir doch eigentlich schon sind?

Die jüngste Forderung nach der Entsendung westlicher „Berater“ in die Ukraine, könnte die letzte finale Grenzüberschreitung sein, und ein Teil der NATO wäre somit direkt involviert. Denn was würde passieren, wenn westliche „Berater“ unter russischen Beschuss geraten oder umgekehrt? Dies könnte von keiner Seite wohl unbeantwortet bleiben.

Noch besorgniserregender sind jedoch die bellizistischen Ambitionen des CDU-Politikers und Verteidigungsexperten Roderich Kiesewetters, welcher nun sogar die Errichtung einer westlichen Luftabwehr in der Ukraine fordert – wohl-tuend verpackt in einer „Koalition der Willigen“ wohlbemerkt.

Sollten sich diese gefährlichen Forderungen am Ende gar durchsetzen, weil das Dogma einer „russischen Niederlage“ der allgemeinen Vernunft einer realistischen Betrachtung überwiegt, dann wäre die „Koalition der Willigen“ der Anfang vom Ende des noch bestehenden Friedens in Europa.

Und wer würde dann noch über einen „Sieg“ – von wem auch immer – sprechen? Das Resultat einer „Koalition der Willigen“ wäre eine Katastrophe.

Marcel Jacobs, Hamburg

## EIN BESSERES BILD MALEN ZU: DIE AFD ZELEBRIERT AUF OFFENER BÜHNE IHRE POLITIK- UNFÄHIGKEIT (NR. 22)

Die AfD ist keine ideale Partei, aber die einzige Alternative zu den grottenschlechten Altparteien. Ich finde deshalb, die Berichterstattung über die AfD sollte das Bild der AfD nicht schlechter malen, als es die AfD ist.

Gerhard Wagner, Ratingen

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

APZ-09-C



Abonnieren Sie die PAZ  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro  
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



## ARCHITEKTUR

## Auf Salpeter gebaut

Backstein-gewordenes Ergebnis eines Überseehandels – Hamburgs Chilehaus wird 100 Jahre alt, doch nicht alle feiern mit

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

In diesem Jahr feiert die Hamburger Kulturszene mit Veranstaltungen und geführten Touren das 100-jährige Bestehen des Chilehauses im Kontorhausviertel. Der schiffsförmige Bau im Stil des Backsteinexpressionismus entstand von 1922 bis 1924 nach Entwürfen des Architekten Fritz Höger (siehe auch Seite 11) und ist bis heute ein bekanntes Hamburger Wahrzeichen.

Finanziert wurde das Chilehaus vom Hamburger Geschäftsmann Henry B. Sloman (1848–1931) mit dessen Gewinnen aus der Gewinnung und dem Verkauf von Salpeter aus Chile. 2016 wurde das Chilehaus zusammen mit der historischen Speicherstadt des alten Hamburger Hafens zum Weltkulturerbe der UNESCO ernannt. In den Jahrzehnten um 1900 war das Natriumnitrat Salpeter ein begehrter Rohstoff. Vor diesem Hintergrund erhielt das Gebäude seinen Namen.

Salpeter wurde über die chilenischen Häfen Iquique und Antofagasta in alle Welt exportiert, überwiegend aber nach Europa. Auch in Deutschland wurde der Salpeter als Dünger für die ausgelaugten Böden dringend benötigt, da die einheimische Düngerproduktion wegen der starken Bevölkerungszunahme nicht ausreichte. Nur durch den Einsatz von Düngern konnten Hungersnöte vermieden werden. Desgleichen wurde Salpeter zur Herstellung von Schießpulver verwendet.

**Hamburger Salpeterbaron**

Für einen schnellen und sicheren Transport des Salpeters auf ihren robusten Großseglern war die heute noch bestehende Hamburger Reederei F. Laeisz bekannt. Im Norden Chiles befindet sich die weltweit größte Lagerstätte des Caliche, einer steinharten Bodenbildung in der Atacamawüste. Vor Ort wurde daraus der Salpeter ausgewaschen. Zwischen 1870 und 1930 wurden mehr als hundert Minen in der Atacama ausgebeutet.

Neben Chiles „Salpeterbaronen“ investierten vor allem englische und deutsche Geschäftsleute in die Gewinnung und den Export von Salpeter. Die fünf Salpeterwerke des Hamburger Geschäfts-



Einem Schiffsrumpf nachempfunden: Die „Bugseite“ des von Fritz Höger entworfenen Chilehauses im Hamburger Kontorhausviertel

manns Henry M. Sloman in der Atacamawüste bildeten die Hauptquelle seines Vermögens. „Jedes Salpeterwerk war wie eine kleine Stadt mit Produktionsanlagen, Infrastruktur und Häuserblocks, in denen die Arbeiter und ihre Familien lebten. Andere Ortschaften gab es kaum“, berichtet eine Urenkelin von Henry B. Sloman auf der Webseite „Die Chilehaus-Saga“.

Weiter heißt es: „Sloman und ein weiteres Hamburger Handelshaus, Fölsch & Martin (Reederei H. Fölsch & Co.), gehörten zu den größten Minenbesitzern. 1926 importierten die deutschen Unternehmen insgesamt zwei Millionen Tonnen Salpeter pro Jahr.“

Das Verladen der schweren Salpetersäcke auf die Hamburger „Veermaster“ war eine Plackerei für die Matrosen. Diese waren bereits auf der Fahrt von Hamburg nach Chile bei der Umrundung des Kap Hoorn an der Südspitze Südamerikas, wo Atlantik und Pazifik zusammentreffen,

wegen des dort vorherrschenden stürmischen Westwindes unvorstellbaren Strapazen ausgesetzt. Die Heimfahrt von den chilenischen Salpeterhäfen Iquique und Antofagasta war meist etwas weniger beschwerlich. Eine Rundfahrt von Hamburg nach Chile und zurück dauerte im Mittel ein halbes Jahr.

**Sloman ein Ausbeuter?**

Aus Anlass der Jubiläumsfeier des Chilehauses sind für Juli und August weitere Veranstaltungen angekündigt. Unterdessen veranlasste kürzlich eine Schulklass im Hamburger Stadtteil Veddel die zuständigen Behörden, den dort verlaufenden Slomanstieg in Castellonstieg umzubenennen. Namensgeber ist der hierzulande unbekannt chilenische Minenarbeiter und Gewerkschaftsvertreter Jesus Castellon Lazarte (1931–2010). Dieser hatte für bessere Arbeitsbedingungen und die Rechte der Arbeiter in den Salpeter-

minen gekämpft. Ersetzt wurde aber nur der „Stieg“, nicht die Slomanstraße, in die er mündete.

Die Umbenennung geht auf die Recherchen einer Schulklass zurück. Vor drei Jahren hatten die damaligen Siebtklässler angefangen, über die Geschäfte der Hamburger Reederei Robert M. Sloman (1783–1867) und seines Neffen Henry B. Sloman zu recherchieren. Sie stießen auf Berichte über menschenunwürdige Zustände auf den Schiffen von Robert M. Sloman, der neben der Frachtfahrt auch den Transport von Emigranten nach Nord- und Südamerika betrieb.

So wurde der Dreimaster „Leipzig“ von 55 Metern Länge und zehn Metern Breite für den Transport von 570 Emigranten nach New York umgebaut. Sowohl der Platz als auch der Proviant und die täglichen Wasserrationen waren zu knapp bemessen. Bei der zweiten Fahrt waren nach 70 Tagen 105 Passagiere ver-

storben. Die Überlebenden wurden auf ein Hospitalschiff gebracht.

Die verdreckte „Leipzig“ wurde als „Pesthöhle“ bezeichnet, und die Deutsche Gesellschaft der Stadt New York warnte deutsche Auswanderer davor, „sich der Schiffe des Hrn. R. M. Sloman in Hamburg anzuvertrauen“.

**Katastrophale Arbeitsbedingungen**

Desgleichen fanden die Schüler Berichte über die überaus harten Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen der Arbeiter in der Salpeterindustrie. Im heißen Klima der vegetationslosen Atacamawüste arbeiteten insgesamt über 70.000 Wanderarbeiter meist indigener Herkunft im Staub unter katastrophalen Bedingungen. Eine Spätfolge dieser Arbeit war die Staublunge. Es gab Kinderarbeit. Bei Streiks und Protesten wurden in Chile immer wieder Arbeiter getötet.

Viele Arbeiten wurden in der prallen Sonne, an Kohleöfen oder bei den Becken mit heißer Lauge ausgeführt, wo der Salpeter aus dem Gestein gelöst wurde. Als Lohn gab es kein Bargeld, sondern Kupfermünzen, die in den lokalen Lebensmittelgeschäften der Minengesellschaften einzulösen waren. In seinem Werk „Canto General“ prangerte der Literaturnobelpreisträger Pablo Neruda die Missstände in den nördlichen Salpeterprovinzen an.

Die Urenkelin von Henry B. Sloman betont jedoch, dass die Bewohner der Salpeterwerke ihres Urgroßvaters in ihrer Freizeit und an Festtagen ein lebenswertes Leben führen konnten. „Das war für damalige Verhältnisse äußerst ungewöhnlich. Er baute nicht nur Schulen, Hospitäler und Kirchen für die Familien in den Oficinas (Salpeterwerken), sondern ermöglichte ihnen auch Kultur (Musik, Theater und Tanzkurse) und große Festveranstaltungen.“

Die meisten Salpeterwerke sind heute verlassen. 1909 erfanden die deutschen Chemiker Fritz Haber und Carl Bosch ein chemisches Verfahren zur Synthese von Ammoniak. Es ermöglichte in den 1920er Jahren die preisgünstige Massenproduktion von Stickstoffdünger. Seitdem fanden die Salpeterfahrten nach Chile immer seltener statt.

## FREIZEIT

## Im Galopp durch die Parks der Preußenherrscher

Das Hofleben hautnah miterleben – Sommerferienprogramm für die ganze Familie in den Schlössern und Gärten Berlin-Brandenburgs

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) bietet wieder ein vielfältiges Sommerferienprogramm an. So kann die ganze Familie das Berliner Schloss Charlottenburg bei einer Rallye erkunden. Im Park vom Schloss Königs Wusterhausen können historische Spiele getestet, im Schlossmuseum Oranienburg darf Keramik bemalt werden und die Kunstwiese am Neuen Palais im Potsdamer Park Sanssouci lädt jedes Wochenende Jung und Alt ein, sich kreativ auszuprobieren.

Ganz ohne feste Zeiten lassen sich die Parks Sanssouci, Babelsberg, Charlottenburg und Paretz sowie die Pfaueninsel zudem mit sogenannten Actionbounds in digitalen Schnitzeljagden erkunden. Dabei kann man mithilfe mobiler Endgeräte in den Parks auf Abenteuersuche gehen.

Auf der Kunstwiese im Park Sanssouci kann man bis Ende September jeden Sonnabend und Sonntag von 13 bis 17 Uhr seiner Kreativität freien Lauf lassen. Die

vielfältigen Parkanlagen und historischen Bauwerke bieten eindrucksvolle Motive für selbst geschaffene Kunstwerke. Künstler mit Mal- und Zeichenmaterial erwarten die Teilnehmer und unterstützen sie

auf Wunsch bei ihrem künstlerischen Tun. Der Eintritt ist frei.

Bei der Familienführung „Königskinder – Wie das Leben im Schloss wirklich war“ dreht sich im Schloss Paretz alles um

das Leben von Prinzen und Prinzessinnen. Durften sie tun, was sie wollten? Wie sah ein normaler Tag für sie aus? Welche Kleidung trugen sie? Und war die eigentlich bequem? Kinder können sich in der Mode der Zeit verkleiden. Kostüme liegen bereit (18. und 25. Juli sowie 8. und 18. August, jeweils 14 Uhr, Anmeldung ab vier Wochen vor dem Termin unter Telefon 033233/73611 oder E-Mail: schloss-paretz@spsg.de).

Im Neuen Flügel von Schloss Charlottenburg empfängt Königin Luise Staatsbesuch, und Kammerzofe Sophie hat ein Problem: Alle am Hof müssen zusammenarbeiten und ein Fest planen, das der Würde der hohen Gäste entspricht. Was können der Küchenmeister, die Hofschneiderin, der Erzieher und andere zum Fest beitragen? Sophie ist überfordert, doch zum Glück können die Teilnehmer helfen: Sie übernehmen die Rollen der unterschiedlichen Hofbeamten und finden auf dem Rundgang durch Schlossräu-

me und Säle heraus, was sie zum Fest beitragen können (21. Juli sowie 18. August, 13 bis 15.30 Uhr).

Historische Spiele lassen sich am 9. August im Schlossgarten von Königs Wusterhausen erleben. Ein beliebter Zeitvertreib der höfischen Gesellschaft im 17. und 18. Jahrhundert war das Mail-Spiel. In Frankreich war dieses „Kugelschlagen“ das Spiel der Adligen. Eigens dafür wurden ebene Mailbahnen angelegt, die von Schatten spendenden Alleen gesäumt waren. Später setzte sich beim Volk das ähnlich gespielte „Croquet“ auf Rasen durch. Viel Spaß brachte auch das Steckenpferdrennen, ein Wettlauf, bei dem man mit Steckenpferden Hindernisse überwinden musste, sowie das noch heute beliebte Kegelspiel. (Anmeldung unter Telefon 03375/211700 oder E-Mail: schloss-koenigswusterhausen@spsg.de). tws/SPSG



Adeliges Vergnügen: Steckenpferd-Rennen in Königs Wusterhausen

Foto: SPSG

● Alle Termine unter: [www.spsg.de/ferienprogramm](http://www.spsg.de/ferienprogramm)



## ● FÜR SIE GELESEN

Einfühlsam  
und spannend

In ihrem Roman „Blankenese. Schwere Entscheidungen“ erzählt die Bestsellerautorin Michaela Grünig die Geschichte der Hamburger Reederfamilie Casparius während des Nationalsozialismus. Weil Reeder John Halbjude ist, flüchtet er, und die Kinder werden nach England geschickt. Nur Tochter Sonja bleibt und versucht, das Familienunternehmen zu retten. Jüdische Deutsche werden immer mehr in ihrem Leben eingeschränkt. Sonja überlegt, ob sie die angebotene Ehe mit dem U-Boot-Kommandanten und hochrangigen Offizier Friedrich Koenig eingehen soll, um ihre Familie und die Reederei zu retten, doch sie liebt einen anderen.

Währenddessen ist ihr Bruder Max in London verschollen, Cousin Kurt tritt in die Royal Air Force ein. Nach einer Ausbildung zum Kampfpiloten steht er vor der Gewissensfrage, ob er sein eigenes Vaterland und die dort lebenden Menschen ohne Zögern bombardieren kann – eine schwere Entscheidung.

In diesem zweiten Band der Familiensaga erzählt Grünig einfühlsam die Geschichte zweier Familien aus Hamburg-Blankenese weiter. In ihren Ausführungen finden auch politische und geschichtliche Fakten Erwähnung, was den Roman sehr fesselnd und interessant macht. Ein Lesevergnügen, besonders für Frauen. *Angela Selke*



**Michaela Grünig:** „Blankenese. Schwere Entscheidungen“, Lübbe Verlag, Köln 2024, Taschenbuch, 523 Seiten, 17 Euro

Verwirrendes  
Leseabenteuer

Wer hinter dem Titel „Die Verwandelten“ einen spannenden Roman erwartet, wird enttäuscht sein. Die preisgekrönte Autorin und Lehrstuhlinhaberin für Deutsche Literatur, Ulrike Draesner, die sich in ihren Werken mit den über Generationen hinweg wirkenden Folgen des gewaltsamen 20. Jahrhunderts beschäftigt, leistet sich im vorliegenden Buch ein sprachlich verwirrendes Leseabenteuer.

Den Vorspann eines jeden Kapitels bildet ein „Gesang der gezwungenen Kinder“ überschriebener Text, der aus mager gedruckten Wortfetzen mit Streichungen und Strichen besteht. Es folgen bruchstückhafte Erzählungen über die junge Kinga und ihre Mutter Alissa, die von deren Mutter Adele in ein Lebensborn-Heim gebracht wurde. Bei der Suche nach der Vergangenheit ihrer Großmutter trifft Kinga auf Doro, die dem schlesisch/polnischen Teil der Familie angehört. Beide verbindet ein Familiengeheimnis, das zu klären beiden Frauen gelingt.

Wer es schafft, über die ersten hundert Seiten der Erzählung hinaus weiterzulesen, wird mit einer verblüffenden Lösung belohnt. *MRK*



**Ulrike Draesner:** „Die Verwandelten“, Penguin Verlag, München 2023, gebunden, 600 Seiten, 26 Euro

## REISEFÜHRER DER WOCHE

Campen an  
Flüssen und Seen

Nicht immer muss ein Urlaub ans Meer führen. Welche Möglichkeiten es gibt, auch im Binnenland Freizeit am Wasser zu verbringen, zeigt ein neuer Reiseführer des Kunth Verlags

**Aktiv sein** – das zeichnet einen Urlaub mit dem Wohnmobil in der Regel aus. Für alternative Touren eignet sich eine Reise entlang der Flüsse und Seen Europas, auf der sich der Durst nach Aktivitäten genauso stillen lässt wie der nach kultureller Abwechslung bei Stadt-

oder Ortsbesichtigungen. „Mit dem Wohnmobil an Europas Flüsse und Seen“ hält reich bebilderte Vorschläge in Masuren, an deutschen und österreichischen Seen oder an der Loire bereit. Im Anhang gibt es ausführliches Kartenmaterial zur besseren Orientierung. *MRK*



„Mit dem Wohnmobil an Europas Flüsse und Seen“, Kunth Verlag, München, 2. Auflage 2024, 351 Seiten, flexibler Einband, 29,95 Euro

## KLIMAPOLITIK

Nichts als ein  
reines Konstrukt

Der Diplom-Meteorologe Wolfgang Thüne weist in seinem Buch „Freispruch für CO<sub>2</sub>“ nach, dass am „menschgemachten Klimawandel“ nichts dran ist

VON WOLFGANG KAUFMANN

**K**ohlendioxid ist ein natürlicher Bestandteil der Erdatmosphäre und von essentieller Bedeutung für das Pflanzenwachstum und damit auch für den Menschen. Dieser Umstand wird aber oftmals ignoriert. Stattdessen heißt es, Kohlendioxid sei ein gefährliches Treibhausgas, und maßgeblich mitverantwortlich für die „Erderhitzung“. Allerdings stemmen sich zunehmend mehr Experten diesem Narrativ entgegen.

Zu diesen gehört der Diplom-Meteorologe und PAZ-Autor Wolfgang Thüne, der unter anderem für den Deutschen Wetterdienst arbeitete und zeitweise im Klimabeirat der Bundesregierung saß. In seinem Buch „Freispruch für CO<sub>2</sub>“ legt er dar, dass die angeblichen wissenschaftlichen Indizien gegen das Kohlendioxid allesamt nicht stichhaltig sind, aber dennoch von „einem mafiaähnlichen Kartell“, dem vor allem Klimaforscher mit einer Affinität zur Macht, Mainstream-Medien und linksorientierte Politiker angehören, auf nachgerade hysterische Weise hochgespielt werden.

Thüne verweist auf die Klimageschichte der Erde, welche durch zahlreiche Phasen der Abkühlung oder Erwärmung gekennzeichnet ist, die allesamt nichts mit der CO<sub>2</sub>-Konzentration zu tun hatten. Hieraus zieht er den naheliegenden Schluss, dass auch die angebliche Klimaerwärmung seit Beginn des Industriezeitalters keineswegs aus dem Anstieg des CO<sub>2</sub>-Gehaltes in der Erdatmosphäre resultiere, sondern aus

einer Vielzahl ganz unterschiedlicher Faktoren wie beispielsweise der Veränderung der Sonnenaktivität.

Daher verlaufe das Wettergeschehen auch grundsätzlich chaotisch, weswegen es völlig unsinnig sei, den Versuch zu unternehmen, das aus dem Wetter resultierende statistische Folgekonstrukt Klima durch irgendwelche Maßnahmen zur Reduzierung des vom Menschen verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu beeinflussen. Für Thüne ist die „Klimakatastrophe“ aufgrund des „menschgemachten“ Anstieges der CO<sub>2</sub>-Konzentration somit nichts als „ein reines Wissenschaftskonstrukt“, das allerdings erhebliche Wirkmächtigkeit entfalte.

Wie groß die Letztere ist und wie verbissen die Lüge von der Schädlichkeit des Kohlendioxids verbreitet beziehungsweise gegen jede fachliche Kritik verteidigt wird, schildert Thüne an zahlreichen Beispielen. Ebenso beschreibt er, mit welcher Inkompetenz oder gar Dreistigkeit deutsche Politiker zum Kampf gegen den „Klimakiller CO<sub>2</sub>“ blasen, was schon seit Jahrzehnten dazu führt, dass die Bevölkerung hierzulande mit immer neuen Kosten belastet wird oder anderweitige Zumutungen ertragen muss.



**Wolfgang Thüne:** „Freispruch für CO<sub>2</sub>“, Lindenbaum Verlag, Beltheim-Schnellbach 2023, broschiert, 234 Seiten, 19,80 Euro

## ERINNERUNGEN

Eine Kindheit  
in Osterode

Manfred Sturmman, Lyriker und Erzähler, ist der Enkel eines Rabbiners, der 1954 in Palästina seine Kinderjahre in Ostpreußen zu Papier brachte

VON DIRK KLOSE

**M**anfred Sturmman (1903–1989) hat in Palästina seine Erinnerungen an eine unbeschwertere Kindheit im ostpreußischen Osterode niedergeschrieben. Auf das im Leo-Baeck-Institute in New York bewahrte Typoskript hatte 1954 erstmals die Landsmannschaft Ostpreußen aufmerksam gemacht. In den folgenden Jahren wurde es in Teilabschnitten veröffentlicht, jetzt liegt die ganze Fassung mit Anmerkungen und einer Biographie von Dirk Heißerer vor.

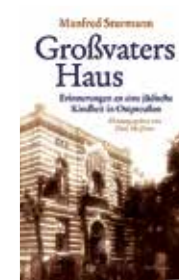
Das Buch behandelt die Kindheitsjahre des Autors von 1905 bis 1917. Im Mittelpunkt steht sein Großvater Jakob Akiva Sturmman, der von 1865 bis 1915 Rabbiner der jüdischen Gemeinde in Osterode war und dessen Haus am dortigen Markt für den Jungen zu einem Ort seligen Erinnerens wurde. Vom Fenster blickte er auf den Marktplatz, sah die Bäuerinnen, „die, auf dem Pflaster hockend, vor sich Früchte, Gemüse und Eier ausgebreitet hatten. Ich hörte die Pferdekarren heranrollen, die Stadtpolizisten schimpfen und ein leidenschaftliches Gefelsche“.

Diese Jahre waren wahres Glück, wegen des strengen Großvaters, der eisern auf Thora und Gebet pochte, mitunter aber auch hart. Ersteres aber überwog bei Weitem. Der Leser erlebt teils prächtige, teils kauzige Originale, nimmt an Ausflügen nach Allenstein und Kukukswalde teil. Die Jahre in Königsberg, wo der Junge mit seinen Eltern die meiste Zeit lebte, finden

kaum Eingang. Sie wohnten in der Altstädter Langgasse, der Vater hatte sich dem strengen Rabbinerreglement entzogen und war Goldschmied geworden

Sturmanns Erinnerungen enden mit dem Tod des geliebten Großvaters im Dezember 1917: „Osterode, Ferienort, Spiel- und Traumstätte – ich sollte es niemals mehr wiedersehen. Großvaters Haus wurde verkauft. Osterode aber ohne dieses Haus war für mich nur leerer Klang.“ Er hat später in Königsberg, Breslau und München studiert und in den Jahren der Weimarer Republik Gedichtbände veröffentlicht, die auch das Wohlwollen von Thomas Mann fanden. 1938 ist er als überzeugter Zionist mit seiner Familie nach Palästina emigriert, wo er im Staatsdienst gearbeitet hat, unter anderem als Nachlassverwalter von Else Lasker-Schüler.

Literarische Erfolge waren ihm nach 1945 nicht mehr vergönnt. Sturmanns Erinnerungen ziehen den Leser von Beginn an in den Bann. Der Meinung des umsichtigen Herausgebers, sie seien „regionales Gegenstück“ zu Max Fürsts vielgelesenen „Gefillte Fisch. Eine Jugend in Königsberg“, mag man allerdings nur bedingt zustimmen.



**Manfred Sturmman:** „Großvaters Haus. Erinnerungen an eine jüdische Kindheit in Ostpreußen“, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, 184 Seiten, 24 Euro





Ulf Püstow (l.) und Stephan Grigat bei der Kranzniederlegung auf dem Klieversberg



Die Tanzgruppe Saga aus Bartenstein begeisterte das Publikum

OSTPREUSSENTREFFEN IN WOLFSBURG

# Eindrücke eines gelungenen Treffens

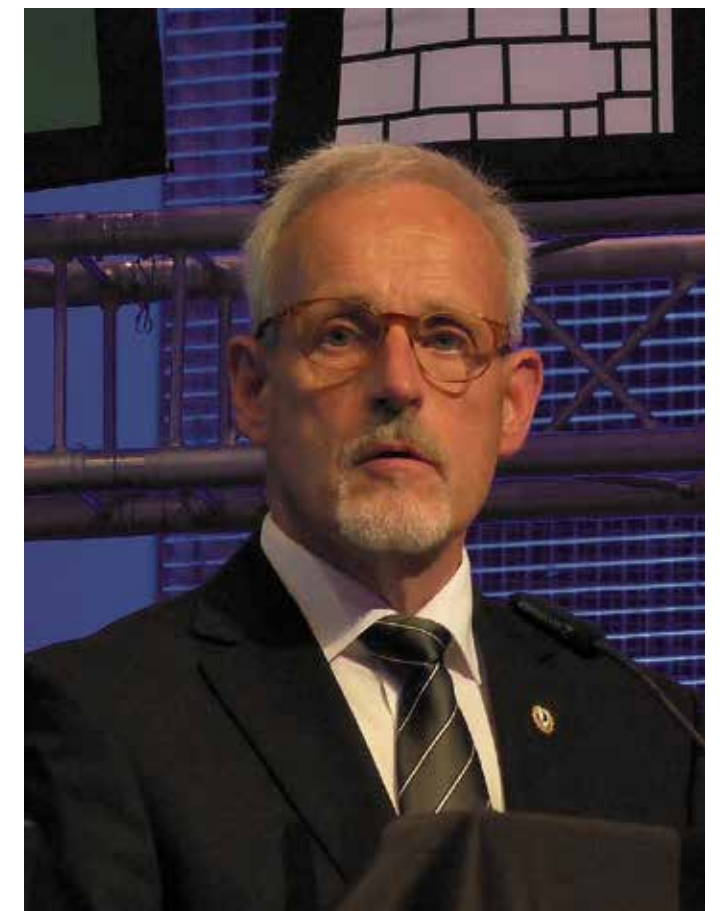
Für viele Teilnehmer war es ein freudiges Wiedersehen, als es am 1. Juni hieß: „Auf nach Wolfsburg“ zum Ostpreußentreffen der Landsmannschaft Ostpreußen. Neben der Ausstellung historischer Ansichten Ostpreußens, den Auslagen der gewerblichen Anbieter und ostpreußischen Organisationen gab es an den Tischen der Kreisgemeinschaften die Gelegenheit, alte Bekannte wiederzusehen und mit ihnen zu „schabbern und plachandern“.

Das offizielle Programm hielt neben Ernstem – wie der Totenehrung – fröhliche Komponenten bereit. Es wurde musiziert, gesungen und getanzt, was für eine positive Stimmung bei den Gästen des Ostpreußentreffens sorgte. Besondere Bonbons waren die Auftritte des beliebten Sängers BernStein oder der „Ostpreußenbrüder“, die Sketche in ostpreußischer Mundart vortrugen. Andreas Gautschi erhielt den Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen für sein forst- und jagdwissenschaftliches sowie literarisches Wirken.

Die Bilder auf dieser Seite geben einige Eindrücke des Treffens wieder. Erfreulich war die Teilnahme der aus dem südlichen Ostpreußen und aus Memel angereisten Vertreter. Aus Allenstein war Domherr André Schmeier gekommen. Er gab den Teilnehmern das geistliche Geleit, und Heinrich Hoch, Vorsitzender der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, sprach ein Grußwort. Neben dem Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums in Memel trat die bekannte Tanzgruppe Saga aus Bartenstein auf. PAZ



André Schmeier gab den Teilnehmern das geistliche Geleit



Nahm die Totenehrung vor: Hans-Jörg Froese



Bei der Kulturpreisverleihung: Andreas Gautschi (l.), Stephan Grigat und Laudator Horst Buschalsky (r.)



Stephan Grigat (M.) mit Chormitgliedern des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel



Heinrich Hoch bei seinem Grußwort



Die „Ostpreußenbrüder“ Gustav Kaludrichkeit und Otto Kaluweit brachten das Publikum zum Lachen



## ● AUFGESCHNAPPT

Das Aus kam unerwartet. Am Wochenende stoppte die schwedische Regierung die Stromautobahn „Hansa PowerBridge“. Mit dem im Bundesbedarfsplan als „Vorhaben 69“ aufgeführten Projekt sollte überschüssiger deutscher Strom nach Schweden geleitet und dort in Wasserkraft umgewandelt werden, die dann bei einer Unterversorgung in Deutschland wieder in Strom verwandelt und in die deutschen Netze eingespeist wird. Laut den Planern sollte die „Hansa PowerBridge“ so zur Versorgungssicherheit und zu günstigen Strompreisen in beiden Ländern beitragen. Doch die schwedische Regierung sah das offenbar anders. Sie fürchtete, dass das Vorhaben zu höheren Strompreisen in Südschweden und einem instabileren Strommarkt im Lande insgesamt führen könnte. Für das Online-Portal „Tichys Einblick“ zeigt der Rückzug der Schweden einmal mehr, dass das sich selbst regelmäßig für seine Energiewende preisende Deutschland im europäischen Ausland „immer mehr als Störenfried in europäischen Netzen wahrgenommen wird“. *neh*



Deftige Quittung für die Ampel

## ● STIMMEN ZUR ZEIT

In der ZDF-Talkshow von Markus Lanz (4. Juni) widersprach der Integrationsexperte Ahmad Mansour der Behauptung, der Attentäter von Mannheim sei das Musterbeispiel gelungener Integration gewesen:

„Vielleicht ist das unser Grundfehler in der Betrachtung von Integration. Vielleicht war auch Mohammed Atta aus Hamburg, der Attentäter vom 11. September, super integriert: Er hat studiert, er hat die Sprache gelernt, er hat auch keine Straftaten begangen. Und wir dachten, das ist Integration. Das ist auch etwas, was ich immer wieder in der Politik begegne, dass sie meint, Integration sei Sprache plus Arbeit minus Kriminalität. Das ist viel zu wenig, weil wir nicht schauen, dass die Leute auch emotional ankommen, dass unsere Grundwerte auch verinnerlicht und akzeptiert werden.“

Der Publizist Jan Fleischhauer setzt sich in seiner „Focus“-Kolumne (15. Juni) mit dem Debakel linker Parteien bei der Europawahl auseinander und fragt auch danach, wie diese aus ihrem Tief wieder herauskommen können:

„Es ist, von außen betrachtet, relativ einfach zu sehen, wie eine linke Politik aussehen könnte, die mehrheitsfähig ist. Zu den Bestandteilen würde eine härtere Migrationspolitik zählen, eine strengere Haushaltsdisziplin, dazu eine Sozialpolitik, die die Fleißigen und nicht die Faulen belohnt, und ein entschiedeneres Vorgehen gegen Übeltäter. Es ist übrigens genau diese Kombination, mit der in Ländern wie in Dänemark die Sozialdemokraten wieder den Anschluss an die Macht gefunden haben. Es ist ja nicht so, dass die SPD nicht gewinnen kann, wenn sie wirklich will. Sie muss sich halt nur besinnen, wo ihre Wähler sind.“

Auf „bild.de“ kommentiert Jan Schäfer mit Kopfschütteln die Überlegungen der Grünen, wer nächster Kanzlerkandidat werden soll:

„Das ist lächerlich, liebe Grüne! Aktuell würden euch gerade mal elf Prozent der Bundesbürger ihre Stimme geben. Das ist gut jeder Zehnte. Vom Kanzleramt seid ihr damit so weit entfernt wie Olaf Scholz von der Moderation von ‚Wetten, dass ...?‘ ... Die FDP hatte 2002 mit Guido Westerwelle erstmals einen Kanzlerkandidaten aufgestellt – und scheiterte kläglich. Ergebnis einer völligen Selbstüberschätzung. Bei Annalena Baerbock lief es 2021 mit der ersten grünen Kanzlerkandidatur nicht viel besser. ‚Schuster, bleib bei deinem Leisten‘, heißt ein altes Sprichwort. Die Grünen sollten es sich zu Herzen nehmen.“

Das Portal „NiUS“ (17. Juni) fragt nach der Vereinbarkeit von grünem Klimaschutz und Demokratie und kommt zu der Erkenntnis:

„Eine Politik, die die Menschen immer ärmer und unfreier macht, kann an der Wahlurne langfristig nicht bestehen. Grüner Klimaschutz ist mit Demokratie auf Dauer unvereinbar. Er ließe sich nur ohne nervige Wahlen umsetzen. Der Zenit des Wahnsinns ist überschritten.“

## ● WORT DER WOCHE

„Deutschland, du hast ein Sicherheitsproblem. Hausgemacht durch unsere Politik der letzten Jahre.“

**Manuel Ostermann**, stellvertretender Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft am 16. Juni auf der Plattform X

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Die Blase platzt

Wie sich die Herausforderungen der Realität gegen die rotgrüne Phrasen-Maschine durchsetzen

VON REINHARD MOHR

Lange Zeit sah es so aus, als sei der rot-grün dominierte politisch-mediale Komplex, der woke Ampel-Zeitgeist voll guter Absichten und irrsinniger Fehlplanungen, schier allmächtig und unüberwindbar. Eine Politik, wie der Handwerkspräsident schrieb, „die mit ihrem Bürokratismus und ihrem Mikromanagement krachend scheitert und deren Ansinnen, die Kräfte des Wandels mit Formularen einzuhegen, zu einer noch größeren Unwucht führt“.

Nun aber scheint sich der Wind zu drehen. Nicht nur die neuesten Umfragen und Wahlergebnisse zeigen es: Die Blase aus endemischem Moralismus, obstinater Selbstgerechtigkeit und rechthaberischer Arroganz platzt. Was mit dem famosen „Heizungsgesetz“ von Robert Habeck anfang und sich über das „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“, die „Kindergrundsicherung“ – das Stuttgart 21 der außer Rand und Band geratenen Sozialbürokratie – und jenes „Selbstbestimmungsgesetz“ fortsetzte, das den jährlichen Wechsel des eigenen Geschlechts erlaubt, hat mit dem Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament ein vorläufiges Ende gefunden.

Der Aufruhr in der rotgrün gelben Chaos-Koalition wird immer heftiger, die gedemütigten Grünen lecken ihre Wunden, und die geschredderte Sozialdemokratie hadert mit ihrer Parteiführung – und ihrem Kanzler. Selbst der kurzfristige Bruch der „Fort-schrittskoalition“ ist keineswegs ausgeschlossen, sollte es nicht zu einer raschen Einigung über den Haushaltsentwurf für 2025 kommen.

Angesichts der katastrophalen Wahlkampf-Inszenierung der Kanzlerpartei urteilte der Kolumnist Harald Martenstein, nicht die SPD-Wähler hätten ihrer Partei den Rücken zugekehrt, sondern umgekehrt, die SPD ihren Wählern.

Selbst der alerte Generalsekretär Kevin Kühnert, dem man sogar ein chinesisches E-Auto abkaufen würde, wenn er nur eine Minute Zeit zum Reden hätte, findet nun auch nicht mehr die passenden Worte, um die desaströse Lage der deutschen Sozialdemokratie rhetorisch glattzubügeln.

Ähnlich geht es bei den Grünen zu, deren Krisenkommunikation eine Mischung aus angelegener Einsicht, taktischen Rückzugsgefechten und ausgewachsener Ratlosigkeit ist – natürlich unter Verteidigung ihrer grund-

sätzlich völlig richtigen Politik, die aber selbst bei der Jugend keinen Anklang mehr findet.

Ohne es zu beabsichtigen, hat die preisgekrönte Publizistin Carolin Emcke, eine woke Zeitgeist-Ikone mit antrainierter Leidensmiene, jüngst auf einem Konklave der linksgrünen „Netz-Gemeinde“ namens „re:publica“ das wahre Narrativ des Ampel-Zeitgeists enthüllt. Es erinnert an die gute alte Zeit, in der nur eine Meinung galt. Unter großem Beifall sagte Emcke wörtlich: „Ich würde wirklich dazu aufrufen, dass niemand, der eingeladen wird in einer Rahmung, die Pro und Kontra heißt, teilnimmt. Ich würde wirklich inständig darum bitten, es muss aufhören.“

## Bloß keine Widerworte

Und noch einmal für alle, die nicht glauben wollen, dass eine linke Intellektuelle in Deutschland, die mit den aufklärerischen Gedanken von Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas groß geworden ist, das Ende des kritischen Diskurses ausruft – Schluss der Debatte, Ruhe im Bau: „Es wird uns beständig vorgemacht, es gäbe zu allen Fragen gleichermaßen wertige, gleichermaßen vernünftige, einander widersprechende Positionen. Das ist, mit Verlaub, einfach Bullshit. Wir müssen es abschaffen.“

Dieses peinliche Bekenntnis bestätigt das Gefühl von Millionen Menschen, dass die rotgrüne Obrigkeit gar nicht an Argumenten der Bürger „draußen im Lande“ interessiert ist, die mehr sind als die sprichwörtlichen „Sorgen und Nöte der Wählerinnen und Wähler“.

„Die Partei, die Partei, die hat immer recht“ – so lautete die Hymne der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED). Die DDR ist gottlob Geschichte, aber der Hang zu Bevormundung und Inanspruchnahme der absoluten Wahrheit ist offenbar nicht totzukriegen.

Auch die beiden Chefinnen der „Grünen Jugend“ beharren auf einer zeitlosen Wahrheit, die sich von keiner historischen Erfahrung irritieren lässt. Im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ teilten sie jüngst der deutschen Öffentlichkeit mit, was schon für Wladimir Iljitsch Lenin glasklar feststand: „Das kapitalistische System funktioniert nicht, es bringt immer neue Krisen hervor. Es produziert immer wieder systematisch Ungleichheit, und der Zwang zu immer weiterem Wachstum führt den Planeten ins Verderben. Dieses System kann und darf nicht das Ende der Geschichte sein. Der Kapitalis-

mus ist aus der Zeit gefallen. Unser Ziel ist ein demokratischer Sozialismus.“

Da stöhnt nicht nur manch älterer Sozialdemokrat auf, sondern auch der Autor Rainer Zitelmann (jüngstes Buch: „Weltreise eines Kapitalisten“). Er ist einer der wenigen deutschen Intellektuellen, die unermüdlich, theoretisch, historisch wie empirisch, die unleugbaren Vorzüge des Kapitalismus vulgo Marktwirtschaft ins Feld führen und an das Scheitern jeder Art von Sozialismus erinnern.

Aber was zählen Fakten schon, wenn es um den ewigen Traum vom Paradies auf Erden geht. Immer wieder werden neue Wolkenkuckucksheime errichtet, die sich schon beim nächsten Talkshow-Geschnatter in heiße Luft auflösen. All das spricht für die tiefe Verwirrung der rotgrünen Geister, eine politische Implosion, die mit einer Kommunikation einhergeht, die niemand mehr verstehen kann. Nie war die Kluft zwischen Regierung und Volk größer, nie die Sprachlosigkeit offenkundiger.

Doch die gesellschaftliche Atmosphäre ändert sich, ob in der Migrationspolitik oder beim Bürgergeld. Plötzlich werden hier Verschärfungen und dort Kürzungen – etwa für Flüchtlinge aus der Ukraine – gefordert, die eben noch Entrüstungsstürme hervorgerufen hätten. Selbst im politisch korrekten Deutschlandfunk erfährt man nun Genaueres über die Herkunft der Messer-Attentäter, und die Gefahr durch radikale Muslime wird nicht mehr so routiniert heruntergespielt, dass der „Kampf gegen Rechts“ als alleinige Staatsaufgabe übrigbleibt. Auch das öffentlich-rechtliche Gendern ist nicht mehr ganz so präsent. Unverkennbar, dass der branchenübliche Opportunismus auch jetzt seine Wirkung entfaltet, selbst wenn die Lieblingsvokabeln immer noch „Weltoffenheit“, „Vielfalt“ und „Klimagerechtigkeit“ lauten.

Es scheint, dass sich am Ende doch die immer drängender werdenden Herausforderungen der Realität gegen die rotgrüne Phrasen-Maschine durchsetzen. Den Rest erledigt der demokratische Druck der Wähler, die dafür sorgen, dass vor allem bei Grünen und SPD existentielle Ängste ausbrechen. In Thüringen und Sachsen laufen die Sozialdemokraten Gefahr, zur Splitterpartei zu werden.

Wie oft im Leben setzt die Angst vorm Untergang neue Kräfte und neue Ideen frei, womöglich den Mut, sich einfach, soweit vorhanden, des eigenen Verstandes zu bedienen. Immanuel Kant, der Alte aus Königsberg, hätte sich jedenfalls gefreut.



Alle Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)